

# Der Grundstein

Offizielles Organ des Zentral-Verbandes der Maurer Deutschlands

sowie der

Zentral-Krankenkasse der Maurer, Gipser (Weißbinder) und Stukkateure Deutschlands „Grundstein zur Einigkeit“

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche. Abonnementpreis pro Quartal M. 1,50 (ohne Postgebühren), bei Zusendung unter Kreuzband M. 1,90.

Herausgeber: Joh. Staningh, verantr. Redakteur: Aug. Winnig, beide in Hamburg. Redaktion und Expedition: Hamburg 1, Besenbinderhof 56.

Schluss der Redaktion: Dienstag Morgen 8 Uhr. Vereins-Anzeigen für die dreizehnpennige Beitzelle ober deren Raum 30 A.

**Inhalt:** Die Gewerbeordnungs-Novelle. — Die Arbeitslosigkeit in Berlin. — Wirtschaftliche Rundschau. — Politische Rundschau. — Maurerbewegung: Streiks, Ausperrungen, Maßregelungen, Differenzen. — Bekanntmachung des Verbandsvorstandes. — Bekanntmachungen der Gewerkschaften. — Berichte. — Sitzung des Einigungsamtes für das rheinisch-westfälische Tarifgebiet. — Zentral-Krankenkasse. — Vom Bau: Das Baujahr 1907. — Unfälle, Arbeiter-Tätigkeit, Subventionen usw. — Aus anderen Vereinen. — Polizei und Gerichte. — Eingegangene Schriften. — Briefkasten. — Anzeigen. — Feuilleton: Gipsbeton. — Ausführungen der Baufachmannen.

## Die Gewerbeordnungs-Novelle.

Dem Reichstage ist die Novelle zur Gewerbeordnung zugegangen. Viele Jahre hindurch ist sowohl von Seiten der Sozialdemokratie wie auch von Seiten dergeringeren Sozialpolitiker hingewiesen worden auf die argen Lücken und schweren Mängel, die das bestehende Gesetz charakterisieren. Seit zwanzig Jahren mindestens ist nicht eine Reichstagsession vergangen, ohne daß der Regierung durch Anträge und kritische Betrachtungen die Notwendigkeit dargelegt worden wäre, an eine gründliche Revision der Gewerbeordnung heranzutreten. Die Sozialdemokratie faßte dabei vornehmlich stets die Entwicklung des Arbeiterrechts ins Auge. Aber die Regierung beobachtete in diesem Punkte immer eine von erheblicher sozialpolitischer Rückständigkeit zeugende Zurückhaltung. Wohl hat sie, unterstützt von der nicht minder rückständigen Mehrheit des Reichstages, im Laufe der Jahre mit einer Reihe von Novellen mancherlei Flickarbeit geleistet. Aber zu einer gründlichen großartigen Reform hat sie sich nie bekümmert. Diesen Standpunkt ist sie auch jetzt in ihrer neuen Novelle nicht wahren geworden. Mit höchsteden Worten haben ihre Vertreter im Reichstage sie angekündigt als eine sozialpolitische Leistung von herausragender Bedeutung. Im Rahmen der Volkspolitik soll sie der „Fortführung der Sozialpolitik“ dienen. Aber was sie, in ganz mechanischer Weise sich an die einzelnen Artikel der Gewerbeordnung haltend, bietet, ist wieder nichts als Flickwerk. Nur einmal, im Jahre 1891, hat der Arbeiterschutz durch eine Gewerbeordnungs-Novelle eine geringe gesetzliche Erweiterung erfahren. Um so mehr wäre es geboten gewesen für die Regierung, in dieser Richtung einen großen und entscheidenden Schritt vorwärts zu tun. Sie tut diesen Schritt aber nicht. Die wenigen Verbesserungen, die sie bringt, sind auch nicht entfernt danach beschaffen, den berechtigten Anforderungen der Arbeiterschaft zu genügen. Von einer ernsten und wohlwollenden Initiative, von einem klaren und zielbewußten Reformsystem zeugen sie nicht.

Da ist zunächst die Frage der Lohnzahlungsbücher. Diese Bücher sind durch die Novelle vom 21. Juni 1900 für die minderjährigen Arbeiter eingeführt worden. Man muß dieser Einrichtung damals von Seiten der Regierung und der reaktionären Parteien eine „hohe erzieherische Bedeutung“ bei, man sagte, gerade in den Jahren, wo für die jugendlichen Arbeiter die Gefahr bestände, „auf Bahnen der Unbotmäßigkeit und Verschwendung zu geraten“, böten die Lohnzahlungsbücher, die bei der Lohnzahlung dem jugendlichen Arbeiter oder seinem gesetzlichen Vertreter ausghändig werden müßten, ein gutes Mittel, in diesem Arbeiter „das Bewußtsein der Abhängigkeit von den Eltern und den Trieb zur Sparsamkeit lebendig zu erhalten“. Die Sozialdemokraten haben diese Begründung der Lohnzahlungsbücher, wie die Einrichtung selbst als völlig verfehlt, energig bekämpft. Und die inzwischen gemachten Erfahrungen haben die Bedenken durchaus bestätigt. Die Einrichtung hat sich als völlig zwecklos erwiesen und die Vorlage der

Regierung fordert deshalb ihre gänzliche Beseitigung. Nach § 114 der Gewerbeordnung kann der Bundesrat Lohnbücher oder Arbeitszettel für bestimmte Gewerbe vorschreiben. Bis jetzt hat er eine solche Vorschrift nur für die Bäcker- und Konfektionsindustrie erlassen. Diese Einrichtung soll beibehalten werden mit der Maßgabe, daß das Lohnbuch zu einem Brechnungsbuch umgestaltet wird. Zu diesem Zwecke sollen weitere Eintragungen, namentlich über die abgelieferte Ware, die Lohnzahlung, Abzüge vom Lohn usw., gemacht werden, so daß Arbeiter und Arbeiterinnen eine weitere Sicherung gegen Uebervorteilung von Seiten der Unternehmer erhalten. Diese Bestimmungen sind nach den Vorschlägen des Beirats für Arbeiterstatistik in dem Entwurf aufgenommen worden.

Die Rechtsverhältnisse der technischen Angestellten (Werkmänner, Techniker, Zeichner usw.) erfahren eine Regelung dahin, daß diese Angestellten im allgemeinen den Handlungsgehilfen gleichgestellt werden, wie es vom Reichstag schon öfter gefordert worden ist. Die Kündigung, soll nicht eintreten bei kürzerer militärischer Dienstleistung (bis zu acht Wochen); bei unverschuldetem Unglück soll das Gehalt auf sechs Wochen gezahlt werden, allerdings unter Anrechnung der Ansprüche aus einer gesetzlichen Kranken- oder Unfallversicherung; das Gehalt soll monatlich, spätestens vierteljährlich gezahlt werden.

Die Konkurrenzklausele erfährt, um unbillige Erschwerung des Fortkommens zu verhüten, einige Einschränkungen. Sie soll über drei Jahre nur dann gelten, wenn vereinbart wird, daß während der Dauer der Beschränkung dem Angestellten das von ihm zuletzt bezogene Gehalt weitergezahlt wird. Diese Bestimmung soll jedoch keine Anwendung finden, wenn der Angestellte ein Gehalt von mindestens M. 8000 bezogen hat.

Für weibliche Arbeiter unter 18 Jahren wird der Fortbildungsschulzwang festgesetzt.

Seit Jahren kämpft die textilindustrielle Arbeiterschaft um gesetzliche Regelung ihrer Arbeitszeit; sie fordert mit Recht als Minimum den zehnstündigen Maximalarbeitstag. Vor drei Jahren führte diese Forderung in Grimnitzschau und anderen Orten zu erbitterten Kämpfen zwischen Arbeiterschaft und Unternehmertum. Mit großer Entschiedenheit haben damals die Sozialdemokraten wie auch bürgerliche Sozialpolitiker darauf gedrungen, die Streitfrage reichsgesetzlicher Regelung zu unterziehen. Wie findet sich nun die Regierung mit ihr ab? Sie proklamiert den zehnstündigen Arbeitstag für Fabrikarbeiterinnen in der Theorie. Die Arbeitszeit soll fakultativ herab geregelt werden können, daß die Dauer der Beschäftigung auf elf Stunden täglich ausgebeht wird, wenn nur die wöchentliche Arbeitszeit sechzig Stunden nicht überschreitet. Es würde also an fünf Tagen je elf Stunden gearbeitet und nur an Sonnabenden der Nachmittag freigegeben werden müssen. Ein merkwürdiger „zehnstündiger Maximalarbeitstag“! Dieser „Zehnhunderttag“ soll vom 1. Januar 1910 ab eingeführt werden. Für die Arbeiterinnen und jugendlichen Arbeiter in Fabriken — nicht auch für die im Handwerk! — wird eine ununterbrochene Ruhepause von elf Stunden festgesetzt. Der „Ausgleich“ kommt aber ohne weiteres dazu: die Beschäftigung von Arbeiterinnen bis 10 Uhr Abends ist jetzt an 40 Tagen im Jahre gestattet; künftig soll sie an 60 Tagen gestattet sein! Auch soll der Reichskanzler Ausnahmen vom „Zehnhunderttag“ zulassen können! Das ist die alte schimliche Praxis, durch die unter Umständen jedes bishigen Arbeiterschutzes illusorisch gemacht werden kann. Uebrigens erweitert der Entwurf die Ausnahmen in geradezu rigoroser Weise. So sollen die gesamten Schutzbestimmungen für Arbeiterinnen

und jugendliche Arbeiter keine Anwendung finden auf Gärtnereien, Bauten, Gast- und Schankwirtschaftsgewerbe, Musikaufführungen, Schaustellungen, theatralische Vorstellungen sowie auf die Verkehrsgewerbe; weiter auf männliche jugendliche Arbeiter, die in Bäckereien und Konditoreien arbeiten.

Das so oft und viel beklagte schwere Unwesen der Mitgabe von Arbeit nach Hause an jugendliche und Arbeiterinnen läßt der Entwurf völlig unberührt; er ignoriert die berechtigten Forderungen, diese ansehtliche Praxis zu verbieten. Unberücksichtigt läßt er auch die Forderung, für verheiratete Arbeiterinnen den Neunstundentag und die Freigabe des Sonnabend-Nachmittag an Arbeiterinnen, die ein Hauswesen zu besorgen haben, gesetzlich vorzuschreiben.

Auch im übrigen kommt der Arbeiterschutz sehr knapp weg. Bisher fanden die ihn betreffenden Vorschriften nur Anwendung auf Fabriken. Aber die Frage was ein Fabrik- und was ein handwerksmäßiger Betrieb ist, hat man bisher nicht zu lösen vermocht. Auch der Entwurf läßt sie unentschieden. Er bestimmt, daß die Schutzbestimmungen künftig für alle Betriebe gelten sollen, in denen in der Regel mindestens zehn Arbeiter beschäftigt sind. Das ist ja allerdings ein kleiner Fortschritt. Aber er zeigt auch nur wieder, wie sehr die Regierung immer noch zurückrecht vor einem konsequenten und gründlichen Eingreifen. Die erdrückende Masse der kleineren und kleineren Betriebe bleibt ausgeschlossen. Sind die Arbeiter dieser Betriebe denn weniger des Schutzes bedürftig, als die der größeren und großen? Das Gegenteil ist, wie die Erfahrung lehrt, der Fall.

Auch „Heimarbeiterchutz“ bringt die Novelle. Der ist aber recht absonderlicher Art. Den Heimarbeiter wird theoretisch genügendes Recht, ausreichender Luftraum und Luftwechsel, Schutz gegen gefährlicher Berührungen mit Maschinen, Beseitigung des Staubes usw. zugesichert. Aber die Novelle gibt dafür nicht etwa, wie es sein müßte, zwingende Vorschriften; sie ermächtigt die Behörden, Schutzbestimmungen zu erlassen. Die Behörde kann sie erlassen, muß es aber nicht. Hat man denn an maßgebender Stelle immer noch nicht gelernt, wie sehr bedenklich es ist, sich in solchen Dingen stets auf das Gesetz, auf die Einsicht und den guten Willen der Behörden zu verlassen? Der polizeistaatliche Geist verleiht sich auch hier wieder einmal nicht. Von einer Regelung der Arbeitszeit der Heimarbeiter, von Einbeziehung der Heimarbeiter in die Gewerbeaufsicht, von gesetzlicher Berufungspflicht der Heimarbeiter ist in der Novelle mit keinem Wort die Rede.

Geradezu unerhört ist es, daß die Regierung es unterläßt, in ihrem Entwurf auch nur die geringste Rücksicht auf die Sicherung und die Ausgestaltung des Koalitionsrechtes zu nehmen. Im Reichstage hat kürzlich selbst der Staatssekretär Nieberding zugeben müssen, daß der § 153 der Gewerbeordnung durch Polizei und Gerichte mißbräuchliche, ungerechte, Auslegung und Anwendung gegen Arbeiter und Arbeiterorganisationen findet, daß auf ihn Urteile gestützt werden, die nicht zu billigen seien. Im Entwurfe des Reichsgesetzes erklärt die Regierung: „Die Koalitionsfreiheit gehört nicht hierher.“ Da wäre es denn doch durchaus logisch und konsequent gewesen, sie in der Gewerbeordnungs-Novelle zu berücksichtigen, zumal der Reichstag mit großer Mehrheit öfter schon erklärt hat, daß die Erweiterung und Sicherung der Koalitionsfreiheit unbedingt geboten sei. Aber der Entwurf geht mit keinem Worte auf diese höchst wichtige und dringliche



Frage ein, woraus zu entnehmen ist, daß die Regierung ihre Regelung nicht will.

Die geringfügigen Verbesserungen, die der Entwurf bietet, fallen gegenüber dem, was er unterläßt an notwendigen Reformen, kaum ins Gewicht. Wird der Reichstag diese Unterlassungen in den Kauf nehmen? Er wird sich sehr anstrengen müssen, um etwas Besseres zu schaffen. Und da wird die Hauptarbeit ohne Zweifel der sozialdemokratischen Fraktion zufallen. Von entscheidender Bedeutung wird für sie vornehmlich die Frage des Koalitionsrechts sein. Gelingt es jetzt nicht, sie den berechtigten Interessen der Arbeiterklasse entsprechend zu regeln, so wird es damit noch lange gute Weile haben. Nützlich ist, daß nun auch die Arbeiterkraft selbst sich energisch rührt, daß sie demonstriativ hervortritt mit ihren auf die freierliche und gesunde Entwicklung des Arbeiterrechts und des Arbeiterschutzes gerichteten Forderungen.

Die Arbeitslosigkeit in Berlin.

Den Umfang der Arbeitslosigkeit in Berlin festzustellen, hat, wie wir aus dem Vordrucks 'ersehen, die Berliner Gewerkschaftskommission versucht. Sie hat an alle ihr angeschlossenen Gewerkschaften Fragebogen gerichtet, um die Zahl der Beschäftigten sowie der Arbeitslosen festzustellen und sonstige Angaben zu erhalten, aus denen sich Schlüsse auf den Umfang der Arbeitslosigkeit ziehen lassen. Ferner ist die Statistik des Zentralvereins für Arbeitsnachweis zum Vergleich mit den Angaben der Gewerkschaften herangezogen.

Diesigen Gewerkschaften, welche Arbeitslosenunterstützung zahlen oder den Arbeitslosen die Beiträge erlassen, waren in der Lage, genaue Angaben über die Zahl ihrer arbeitslosen Mitglieder zu machen. Solche Gewerkschaften, die eine genaue Feststellung nicht machen können, haben die Zahl der Arbeitslosen schätzungsweise angegeben, ein Teil hat überhaupt keine Angaben gemacht. Die Gesamtzahl der Arbeitslosen nach den Angaben der Gewerkschaften betrug Mitte Dezember 1906 7772 männliche und 164 weibliche, Mitte Dezember 1907 15888 männliche und 325 weibliche Mitglieder.

Im Zentralverein für Arbeitsnachweis waren eingetragen Mitte Dezember 1907 11385 Arbeitslose. Dem Zentralverein ist eine Anzahl von partielligen Facharbeitsnennungen angeschlossen. In seinen Zählungen ist also ein Teil der von den Gewerkschaften angegebenen Zahlen enthalten. Rechnen wir den gewerkschaftlichen Angaben diejenigen des Zentralvereins hinzu, die von den Gewerkschaften nicht berücksichtigt sein können, weil für die betreffenden Arbeiter nur der Nachweis des Zentralvereins besteht, so erhalten wir die Zahl von 22322 Arbeitern und Arbeiterinnen, die Mitte Dezember 1907 arbeitslos waren. Diese Zahl ist durch ziemlich sichere Feststellungen gewonnen. Sie ergibt aber noch lange nicht den vollen Umfang der Arbeitslosigkeit, denn die Kontrolle der Gewerkschaften erstreckt sich nur auf ihre Mitglieder. Unberücksichtigt bleiben dabei die Mitglieder anderer Organisationen sowie die Unorganisierten. Auch von den Berufslosen, wo die Arbeitsnachweise in den Händen der Unternehmer liegen,

fehlt jede Angabe. Viele Arbeitslose nehmen überhaupt keinen Nachweis in Anspruch, sondern suchen sich Arbeit durch Zeitungsinserate, Umhau in den Vorlesungen Angaben berücksichtigen, dürfte bei vorsichtiger Schätzung die Zahl von ungefähr 30000 Arbeitslosen in Berlin zuzurechnen sein.

In den letzten Substanzweigen ist der Umfang der Arbeitslosigkeit sehr verschieden. Am schwersten mit von der Krise ist das Baugewerbe betroffen. Ganz sichere Zahlen über den Umfang der Arbeitslosigkeit in ihm liegen noch nicht vor, da einige der größten Baubetriebe keine Kontrolle über ihre Arbeitslosen ausüben. Die Schätzungen dieser Gewerkschaften ergeben aber, daß die Zahl der Arbeitslosen in ihren Betrieben im Dezember dieses Jahres mindestens dreimal so groß ist wie im Dezember des vorigen Jahres. Die Maurer- und Zimmerer haben die festgestellten Zahlen ihrer Arbeitslosen angegeben. Diese übersteigen die Zahlen vom Dezember des Vorjahres um die vier- bis fünffache. Die Maurer hatten Mitte Dezember 1906 148, Mitte Dezember 1907 aber 671 Arbeitslose. Die Zimmerer, eine Spezialgruppe im Maurerberuf, verzeichnen 220, beziehungsweise 387 Arbeitslose. Bei den Zimmerern ist die Zahl in derselben Zeit von 108 auf 430 gestiegen. Diese Zahlen geben jedoch nur einen Bruchteil der arbeitslosen Maurer und Zimmerer an, denn von diesen Berufsarten sehr viele, die auswärts wohnen, in Berlin. Diese reisen, sobald sie keine Aussicht auf Arbeit mehr haben, in ihre Heimat und können in Berlin also nicht mitgezählt werden. Ferner ist zur Berücksichtigung, daß die genannten Zahlen sich nur auf Mitglieder der beiden Zentralverbände beziehen. Die Statistiker hatten im Vorjahre 188, in diesem Jahre 284 Arbeitslose. Die Angaben der kleineren Berufsarten im Baugewerbe ergeben ebenfalls ein mehrfaches Anwachsen der Arbeitslosenzahl gegen den Dezember des Vorjahres.

In der Holzindustrie ist die zahlenmäßig nachgewiesene Arbeitslosigkeit umgekehrt groß. Mitte Dezember 1906 waren 940, Mitte Dezember 1907 dagegen 2850 Holzarbeiter arbeitslos. Diese Zahl ist inzwischen weiter gestiegen. Bis zum 23. Dezember ließen sich auf dem Nachweis weitere 679 arbeitslose Holzarbeiter eintragen.

Auch in der Metallindustrie herrscht ein hoher Grad von Arbeitslosigkeit. Der Metallarbeiterverband gibt die Zahl der von ihm unterstützten Arbeitslosen auf 3600 an. Der Zentralverband der Schmiede, eine verhältnismäßig kleine Berufsgruppe, hat 130 Arbeitslose (gegen 10 im Dezember d. V.). Mit diesen Angaben ist die Zahl der Arbeitslosen in der Metallindustrie natürlich noch lange nicht erschöpft, denn eine große Zahl von Metallarbeitern entzieht sich der Kontrolle durch den Verband.

Die meisten Gewerkschaften zählen ihren Mitgliedern Arbeitslosenunterstützung. Was die Arbeitersolidarität in dieser Hinsicht zu leisten vermag, sehen wir an einigen Zahlen. Von den der Berliner Gewerkschaftskommission angeschlossenen Organisationen wurden im Jahre 1907 (bis 15. Dezember) an Arbeitslose M. 1.190.008 und an Kranke M. 1.576.843 ausgezahlt. Das ist eine Gesamtsumme von M. 2.766.851; womit die organisierten Arbeiter ihre kranken und arbeitslosen Kollegen unterstützen.

Damit wird aber doch nur eine völlig unzulängliche Linderung des Notstandes bewirkt. Die Behörden hätten die Pflicht, eingegriffen. Aber wer kann hoffen, daß das geschieht? Für die Arbeiter gibt es nur eines: auch in den Zeiten der Not auf die eigene Kraft zu vertrauen. Sie müssen festhalten an ihrer Organisation und deren Stärkung sich zur Lebensaufgabe

machen. Kein Gewalten darf es für sie geben, keinen Schritt dürfen sie rückwärts tun. Vorwärts muß die Parole sein, vorwärts unter allen Umständen.

Wirtschaftliche Rundschau.

Aus Jahresberichten: Konkurrenz der Kommunalanleihen, Arbeiten auf Vorrat oder Produktionsbeschränkung, Arbeiterorganisationen gegen die Syndikate. Lage in Amerika, England und Deutschland.

Die Hoffnungen der pflichtmäßig fälligen Berichte und Wirtschaftskreisberichten über das abgelaufene Jahr 1907 hat noch keiner wie gewöhnlich begonnen. Aber diesmal ist trotz der vorhergehenden Beurteilung das Interesse an ihnen eher schwächer als sonst, weil mit dem Beginn und der Vertiefung der amerikanischen Krise und des europäischen Rückfalls das Besondere über die Bedingungen der letzten Periode schon gesagt und zusammengefaßt wurde. Dennoch verdienen einige Beobachtungen anderer Art herabgehoben zu werden.

Die Hamburger Handelskammer hofft, daß es sich in Deutschland nur um ein Wetterleuchten des jenseits des Meeres sich ausbreitenden Gewitters handelt; denn, im großen und ganzen, erhebe die Lage nicht nur des deutschen Handels, sondern auch der Industrie und der Schifffahrt Deutschlands als gesund. Etwas glückselig ist abdam der Welt an die Gemeinwesen, zur Erleichterung des Weltkapitalmarktes mit ihren Unternehmungen und den dadurch bedingten langfristigen Anleihen und kurzfristigen Darlehensaufnahmen noch Möglichkeiten zurückzuführen. Wir stehen schon oft bei anderen Gelegenheiten auf diese Möglichkeit zwischen privatem und öffentlichem Kreditbegeh, und einzelnen, was die Hamburger Handelskammer anspricht, weiß sicherlich auf keine normalen Verhältnisse hin: 'Was es doch schon dahin gekommen, daß selbst kleinere Stadteingemeinden ihre Wechselkassette in Umlauf setzten, weil sie ihre Anleihen nicht zu annehmbaren Bedingungen zu begeben vermochten. Aber ebenso wie die privaten Unternehmer jetzt täglich die Erfahrung machen, daß Geldmarkt und Konjunktur ihnen Zurückhaltung auferlegen, so sollen auch die Kommunen, die sie zuerst nur um die Beobachtung der gesetzlichen Formalitäten kümmern und im übrigen ihrer Kredit für unerschöpflich halten, ihre Unternehmungen zögeln.' Als bedenklich überwundene Kräfte wird sodann in acht großkapitalistischer Ausmaßung, die Tendenz zum kommunalen Erwerb von Privatunternehmungen bezeichnet. Diese Warnung würde berechtigt sein, wenn sie die Gemeinden nur vor Übersteuerung und Zinsüberzahlung in Sozialjahrzeiten behaupten wollte. In den stilleren Perioden sollen aber die Gemeinden erst recht alle municipalen Anläufe unterlassen, weil das Gewinnfeld des Privatkapitals sowieso schon übergenug eingeschmälert ist.

Der Stahlwerksverband spricht in einer jüngst in den 'Tag' die Meinung aus: das Wachsen der Bevölkerung und das Fortschreiten der Kultur bedinge heute eine solche Zunahme des Eisenerbrauchs, daß keine Produktionsbeschränkung auf diesem Gebiete von langer Dauer sein könne. Offenbar von dem eigenen Interesse der möglichen Produktionssteigerung geleitet, kommt der Verband weiter zu dem Ergebnis, daß eine vorübergehende einschließliche Produktionsbeschränkung einem mühsamen Fortwärtstreben und einer Anbahnung von Verzögerungen vorzuziehen sei. Das ist ganz amerikanisch gedacht, und es scheint, daß unsere Syndikatspolitik mehr und mehr in dieses Fahrwasser hineintrifft: 'Die gegenwärtigen Verhältnisse

Gipsbeton.

(Nachdruck verboten.)

ATK. Gipsbeton fand im Mittelalter in umfassender Weise für tragende Bauteile Verwendung. Es zeugen noch die alten Ruinen davon, daß sowohl schwerbeladene Fundamente, wie Mauern und tragende Pfeiler, in Gipsbeton ausgeführt wurden. Daß der Gips nicht sehr wetterbeständig ist, spielt dabei keine Rolle; denn im Innern der Mauern wie im Innern der Gebäude ist er den Witterungseinflüssen entzogen, und auch an den Fronten kann er durch einen wetterbeständigen Anstrich, durch Putzflächen oder durch irgend eine andere Bekleidung hinlänglich geschützt werden.

Die Entdeckung der Zementbeton-Bauweise hat auch die Aufmerksamkeit der Fachleute wieder auf den Gipsbeton gelenkt, und wenn man auch heute dieses Material nicht zu Fundamenten, Tragewerkeln usw. verwendet, so dient es doch in umfassender Weise anderen Zwecken des Bauwesens. Namentlich werden ausgezeichnete und sehr dauerhafte Fußböden aus Gips hergestellt, ferner Gipsdielen für Zwischewände, Schmalsteine, Säulenkapitelle, Giebelstübe usw. Gipsdielen kennt man größtenteils als leichte Tafeln, die zu Zwischewänden mittels Eisenstützen bzw. eines geeigneten Bindemittels zu Scheidemänden zusammengefügt werden. Verwendung man aber zur Herstellung dieser Tafeln Gipsbeton, so erreichen die Wände eine höhere Tragfähigkeit; man wird sie also auch in mächtiger Weise belasten können, wodurch die Ausführung der Konstruktion nicht selten wesentlich erleichtert wird. Die mittelalterlichen Bauten, u. a. die Ruinen des Klosters Wallenried am südlichen Abhang des Sarzes, zeigen, daß vielfach, zumal in der Nähe der Gipsgrube, große und äußerst harte Wände aus Gipsbeton verwendet wurden. Wir sollten uns die mittelalterlichen Baumeister in dieser Hinsicht als Lehrenten dienen lassen und mit der Herstellung von Gipsbetonteilen für beladene Bauteile Versuche anstellen. Wenn wir ferner an die von Nabis entworfenen, heute allgemein gebräuchlichen Drahtgipswände denken, so liegt die Vermutung nahe, daß sich auch ganz zweckmäßige Kombinationen aus Gipsbeton und Eiseneinlagen erzielen lassen, und wir besitzen ja auch bereits eine Reihe sehr tragfähiger Dedenkonstruktionen, die sich als eine Kombination von Gips und Eisen darstellen. Als Bindemittel von großer Härte war der Gips zu allen Zeiten gebräuchlich, und in Lüneburg, am Garz, in Wirttemberg usw. existieren noch sehr zahlreiche mittelalterliche Gebäude, deren Bausteine namentlich in Gipsmörtel verlegt sind. Für Schmalsteine, Ornamente usw. aus Gipsbeton kommt auch die bekannte Eigenschaft des Gipses in Betracht, beim Gießen ein etwas größeres Volumen anzunehmen, so daß die Form ganz vollkommen ausgefüllt wird, wodurch das Gussstück alle Feinheiten des Orna-

ments, der Inschriften usw. wiedergibt. Wir dürfen diese Schmalstücke aus Gipsbeton nicht mit solchen aus Stuck, die nachträglich befestigt werden, in einen Topf werfen; denn da zweckmäßig hergestellte Gipsbetonteile eine ziemlich große Tragfähigkeit besitzen, können sie gleichzeitig mit Aufzählung des Mauerelements verlegt werden - etwa so, wie man Sandstein, Ornamente oder Terrakotten bei Ausführung des Mauerwerks verwendet.

Die Verdrängung des Zementbetons für Arbeiten jeder Art - sogar für Schmalstücke -, für welche der Gips ein viel geeigneteres Material bildet, war der Entdeckung dieser Industrie nicht förderlich, aber es ist jedenfalls ein weiterer Aufschwung derselben zu erwarten. Notwendig ist es allerdings, daß die Zementhersteller sich mit dem Gips mehr vertraut machen. Namentlich ist auch zu beachten, daß der Gips die wunderbaren Färbungen annimmt, wir dürfen also nicht nur an die blendende weiße Färbung denken, die viel vorzuziehen ist als der Zement, das fällt bei der Herstellung von Schmalstücken aus Gipsbeton doch sehr wesentlich ins Gewicht.

Ferner müssen wir den Stuckgips und den Estrichgips unterscheiden. Der Stuckgips ist natürlich nicht nur zum Stuck und der Estrichgips nicht nur zu Fußböden geeignet; die Bezeichnungen deuten nur an, für welche Zwecke diese beiden Sorten Gips hauptsächlich bisher Verwendung fanden. Zur Erzeugung des Stuckgipses wird dem an der Natur vorkommenden Gipsstein, der aus großen massiven Felsen gebrochen wird, durch Schüttung bis auf 120 bis 130 Grad Celsius, das Kristallwasser entzogen. Nach dem Brennen wird der Stein in ein feines Pulver verwandelt, das unter Zusatz von Wasser zu einer festen Masse erhärtet. Das Material eignet sich namentlich zu Stuckarbeiten für Innenräume, als Wandputz usw.; es ist aber sehr wenig wetterbeständig und kann daher an Fronten nicht unbedenklich Verwendung finden. Den Estrichgips erhält man, indem man den Gipsstein bis zur Rotglut brennt. Das gewonnene Gipspulver hat im Gegensatz zum Stuckgips die Eigenschaft, nur langsam abzutrocknen und unter Wasser zu erhärten. Dieses Material wird viel härter als der Stuckgips und ist auch wetterbeständig. Wegen seiner großen Härte wird dieser Gips in umfassender Weise zur Herstellung von Fußböden verwendet; er ist aber ebenso für die Frontarchitektur wie zur Herstellung harter Bausteine geeignet. Wegen seiner bedeutenden Feuerfestigkeit hat dieser Estrichgips für Beton, Dielen, Bausteine schon vielfach Anwendung gefunden, und man darf heute annehmen, daß man mehr und mehr den Gipsbeton zu den tragenden Bausteinen rechnen und ihn sogaragen zu den Hauptfunktionen der Baustoffe im Hochbau heranziehen wird. F. Hd.

Ausbühnungen der Backsteinmauern.

(Nachdruck verboten.)

ATK. J. C. Jones von der Universität von Illinois behandelt diesen Gegenstand in den 'Transactions' der Amerikanischen Keramischen Gesellschaft. Die Ausbühnung ist die weiche kristallinische Substanz, welche sich auf Backsteinen sowohl vor als auch nach der Vermauerung zeigt und den Einbruch der Bauteile fördert. Die Ursachen der Ausbühnung sind festgelegt als:

1. Lösliche Salze, die teils im Lehm in Naturzustand vorhanden sind, teils sich durch Einwirkung der Luft auf den Lehm entwickeln.
2. Lösliche Substanzen, die sich im Lehm beim Brennen bilden, einerseits durch chemische Veränderungen in den Bestandteilen des Lehms selbst, andererseits durch Wechselwirkung der Bestandteile der Ofengase und des Lehms aufeinander.
3. Lösliche Salze, die in dem zum Vermauern der Backsteine benutzten Mörtel oder in dem Wasser, dessen man sich zur Herstellung der Steine und des Mörtels bedient, enthalten sind.
4. Lösliche Substanzen, die sich durch Reaktionen zwischen den Bestandteilen des Lehms und denen des Mörtels bilden.
5. Lösliche Salze in der Erde oder in Substanzen, die an die Wand anstoßen.

Die Ausbühnung besteht meist aus schwefel- und kohlensauren Salzen und gelegentlich auch Salzen anderer Säuren, welche durch die Verdunstung eingebrachten Wassers an die Oberfläche der Backsteine befördert werden. Als Abhilfe wird empfohlen:

1. Die Anwendung von Lehm, der nicht der Luft ausgesetzt war.
2. Den Lehm der Luft auszusetzen und dann alle löslichen Salze auszuwaschen.
3. Lösliche Salze in unlösliche zu verwandeln, indem man ein niederflüchtiges Alkali, wie Natrium, hinzusetzt.
4. Im Brennofen erzeugte Ausbühnung zu vermeiden, indem man während des letzten Teiles der Brennung abkühlende und reduzierende Bedingungen abwechseln läßt.
5. Die Backsteine beim Herauskommen aus der Maschine mit einer organischen Substanz zu überziehen.
6. Die Backsteine so zu brennen, daß sie so wenig wie möglich Wasser absorbieren.
7. Die unterirdischen Mauerteile mit wasserdichtem Anstrich zu versehen.
8. Dafür zu sorgen, daß Dachrinnen und Wassertröten sowie auch Dampfrohre so konstruiert sind, daß kein Wasser an die Mauern gelangen kann.
9. Die Mörtelsetzen so dünn wie möglich zu machen und Mörtel zu benutzen, der ganz oder fast frei von Schwefel ist.

E. R.



erzwingen eine Einschränkung. In den Vereinigten Staaten wird sie durch richterstolches Giltigen gauger Veranlaungen in...

Der vorläufige Bericht des Berliner Vorkriegssozialismus, vom Präsidenten des Kongresses, Kämpf, erstattet, betont...

Wahren wir von den rücksichtslosen und allgemeineren Verhältnisse...

Die Londoner Börse bezeichnete deshalb schon längere Zeit eine...

Deutschland ist über den kritischen Jahresabschluss in der...

Der lin., 29. Dezember 1907. Mag Schippel.

Politische Umschau.

Der Reichstag wird, wenn diese Nummer unseres Blattes zur Ausgabe gelangt...

sammen. Sie haben gemeinsame Interessen, echt reaktionäre Interessen gegen das Volk zu vertreten...

In der Frage der neuen Reichsfinanzreform herrscht noch dieselbe Unklarheit wie vor den Reichstagsferien...

Die Streitfrage, ob direkte oder indirekte Steuern fordern werden, ist durch die Erklärungen ihrer Vertreter...

Zwar erklärt die Zentrumspresse jetzt noch, ein „ehrenvoller Frieden“ mit dem Fürsten Bismarck sei „ganz unmöglich“...

Merkwürdig treffen diese Konsequenzen ja nicht nur den Reichstag, auch im preussischen Landtage werden sie zum Austrag kommen...

Die Wählung der „Kreuzzeitung“ ist von der Presse der liberalen Parteien dahin gebauet worden...

Damit rechnen wir auch, trotz aller stillen Entrüstung der liberalen Presse...

für das allgemeine gleiche und direkte Wahlrecht für das allgemeine gleiche und direkte Wahlrecht...

Die Arbeiterklasse muß den reaktionären Gewalt und Parteien und der elenden Volkspolizei gegenüber ihren Willen, ihre Grundsätze mit größter Energie bekämpfen...

Eine merkwürdige Art von Kameradschaft des Arbeitsherrentums mit den Arbeitern verbandte auf der kürzlich in Düsseldorf abgehaltener Jahresversammlung des Vereins deutscher Eisenhüttenbetriebe...

Interessanter, die sich den Arbeitern gegenüber auf den Getreidehandelsmarkt stellen — und doch Kameraden der Arbeiter, wie reinit sich das zusammen?

Lohnherabsetzungen im Kohlenbergbau. Nach Angaben der „Verarbeiter-Zeitung“ haben auf dem Riedon, Hosenwinkel, Friedrichs-Nachbar und Waer-Quide Neubergwerken...

Polenbekämpfung. Die polnischen Anstieher im Osten der preussischen Monarchie stehen beinahe ausschließlich unter einem Ausnahmegericht...

Nach einer Anzeige des Bezirkslandmann haben Sie sich in Ihrer wohnsitzlichen Wohnung einen Feuerwerksberg errichtet...

Obgleich Gaczowski gegen die Verfügung sofort Einspruch erhoben hat, verlich am 25. d. M. im Auftrage des Gemeindevorstehers...

Bohloft deutscher Fabrikate in Russisch-Polen. Die offizielle Handels- und Industrie-Zeitung bringt in ihrer letzten Nummer...

Obwohl genaue Angaben noch fehlen — so schreibt das Blatt — wird jetzt schon die Beobachtung gemacht...

Als charakteristisches Symptom der Bohloftbewegung merkt daselbe Blatt, daß österreichische, französische und englische Firmen ihre Agenten nach Russisch-Polen entsandt haben...



**Politische Selbstentmannung.** Ein edler und rechter biopolitischer Streber ist der freimüthige Herr Müller-Reiningen, Mitglied des Reichstages und der bayerischen Abgeordnetenversammlung. In dieser Kammer wurde eine vom Zentrum abgeordnete Delegation der bayerischen Regierung, betreffend die Stellungnahme der bayerischen Regierung zum Reichsgesetz über die Selbstentmannung, befragt. Der freimüthige Herr Müller-Reiningen brachte es fertig, zu erklären, daß über Reichsgesetzesvorlagen überhaupt keine Anfragen an die Regierungen der Einzelstaaten gestellt werden!!! In dieser Privatität übt die freimüthige „Berliner Volkszeitung“ folgende Kritik:

„Es wird immer schöner Zeit bestreiten die freimüthigen Biopolitiker schon den Parlamenten der Einzelstaaten das Recht, sich mit Dingen der Reichsgesetzgebung zu befassen, wenn diese Dinge eine Gefahr für das politische Leben der Einzelstaaten bedeuten. Das gefragte Auftreten des Herrn Dr. Müller-Reiningen ist geradezu unerhört und eine unerbittliche Wiederkholung aller Grundgedanken freimüthiger Politik. Der Wettkampf biopolitischer Ruchlosigkeit — die Jagd nach einem Phantom — hat mit dem Auftreten des Herrn Müller-Reiningen einen Retortgeschmack, der nicht mehr zu überbieten ist. Eine Debatte wie die gefragte in der bayerischen Kammer eine Heiligung zu nennen, ist eine Leistung, deren sich Herr Dr. Müller-Reiningen billig schämen sollte. Wußte man aus seiner Rede schliessen, daß die freimüthige Volkspartei des Reichstages mit dem etwas moderateren § 7 wirklich hinuntergeschludert wird? Dann müßte eine liberale Fraktion die politische Selbstentmannung unumgänglich ungenierter betreiben. Man sieht, bis zu welchem Mangel an Charakterfestigkeit eine liberale Fraktion unter der Führung von „Opportunisten“ gelangen kann. Es wird die höchste Zeit, daß die Wähler den Herren, die an der Spitze stehen, und heraus erklären: So geht es nicht weiter.“

Warten wir es nun ab. Die freimüthige Jämmerlichkeit ist noch lange nicht am Ende mit ihren den einfachsten Grundfäden des Liberalismus frech Hohn sprechenden Leistungen.

**Erst der Adel, dann der bürgerliche Plebs.** Die deutschen Bundesstaaten sind ihrer geschriebenen Verfassung nach bürgerliche Reichsstaaten, in denen es privilegierte Stände nicht geben soll, in denen vielmehr die Gleichheit aller Staatsbürger ein Recht und vor dem Recht als oberster Grundsatz zu respektieren ist. Das ist aber leider nur Theorie. In der Praxis ist das Gegenteil der Fall. So genießt bekanntlich überall in Deutschland der Adel eine erhebliche Bevorzugung bei der Besetzung öffentlicher Ämter; ihm fallen in der Regel die höchsten und bestbezahltesten Stellen zu. Er genießt im Vergleich mit den übrigen Klassen der Bevölkerung eine höhere Bildung, eine höhere soziale Stellung, erhebt er sich in der höheren Staatsstellen erhoben wurden, und noch unter Hinweis auf die dem Haupte Mittelstand erwiesene Treue und Opferwilligkeit um bessere Berücksichtigung des Adels als bisher gebeten wurde.

Der bayerische Hochadel bringt damit seine rückfichtlose Präferenz auf Vererbung aus der Staatskasse recht drastisch zum Ausdruck. Kann es eine schlimmere Verhöhnung des bürgerlichen Rechtsstaates geben, als von einem „Heberwürgern des bürgerlichen Elements“ zu sprechen? Das Volk hat keine Ursache, auf die Verdienste des Adels um eine Dynastie das geringste Gewicht zu legen; ihm kann es nur auf die Wahrung seiner berechtigten Interessen ankommen, denen der Adel grimmig feind ist.

**Das Wohnungselend der ländlichen Arbeiter in Preußen** erfährt eine amtliche Beleuchtung in dem von der Medizinalabteilung des preussischen Ministeriums der geistlichen, Unterrichts- und Medizinalangelegenheiten bearbeiteten Buch über das Wohnungselend in den preussischen Staaten im Jahre 1905.

Da finden sich folgende Schilderungen: „In den abgelegenen Ortschaften des Regierungsbezirks Gumbinnen sieht man massive Gebäude nur selten, dagegen Reihenhäuser mit nicht zu öffnenden Fenstern. Der Kreisarzt von Niederkorn hat in seinem Amtsbezirk vier aus Korfajen erbaute Häuser und eine Erdhütte. Im Regierungsbezirk Allenstein und im Kreise Sendzbur wurden noch einige Erdhöhlen als Wohnungen angetroffen. In dem Dorfe Bemblau im Regierungsbezirk Danzig fand der Kreisarzt gelegentlich einer Typhusepidemie keinen einzigen Abort im Dorfe. Auf allmählich machenden die alten Lehm- und Strohdächern im Regierungsbezirk Köslin gesundheitsgemäßen Neubauten Platz. Das in einziger Raum zwei verschiedene Familien, Federbetten, Karoffeln und Kohl herbeibringt, kommt im Regierungsbezirk Bromberg auf dem Lande oft vor. Mehrere, von Stöcken bewohnte Gemeindefürher im Landkreise Oppeln mußten geräumt werden. Die Armenhäuser der Dorfer im Regierungsbezirk Merseburg werden vielfach als dürrig festgestellt, einige gar für unbenutzbar erklärt. In einem Arbeiterhaus im Regierungsbezirk Schleswig lagen Schweinefall, Abtritt und Wohnung unter einem Dach, zwischen Schweinefall und Küche war eine Verbindungskammer. Die Mietskäufer der Tagelöhner im Regierungsbezirk Lüneburg und auch die häufig vermieteten Gemeindefürher sind meist ohne Dielung, Echornstein, Abtritt und Brunnen. Vesperung zu schaffen gelingt nur allmählich.“

Ueber die „Ländlichen Arbeiterquartiere“ wird aus dem Regierungsbezirk Allenstein gesagt, daß es eigentliche Schnitterhäuser kaum gibt. Die große Zahl der Wanderarbeiter wurde vielfach in Scheunen untergebracht, wobei oft eine Trennung der Geschlechter nicht stattfand. Ueberlegung, Flehen von Krankenstufen

kamen im Regierungsbezirk Potsdam „häufig“ vor. In den Quartieren des Ritterguts Stolpe im Kreise Niederbarnim war eine Reihe von Choleraerkrankungen vorgekommen. Die Quartiere waren stark überfüllt. Es fehlte die vorgeschriebene Krankenstube. Bei den Arbeiterwohnhäusern auf den Gütern fehlte es oft an einer Abortanlage, einmal wurde das auch bei einer Domäne festgestellt.“

Empfindend sind die Mitteilungen, die das amtliche Buch über die Art der Unterbringung von Bahnstreckenarbeitern macht. Diese waren in hölzernen Baracken (im Kreise Regenswalde, Regierungsbezirk Stettin) untergebracht. Bei der Revision des Kreisarztes, die von der Ortspolizei veranlaßt worden war, stellte es sich heraus, daß in den Baracken der Schlafraum stark belegt, das Stroh unsauber war und Waschgelegenheit und Aborte fehlten. Die Massenquartiere der Saisonarbeiter im Regierungsbezirk Straßburg wurden wegen der häufigen Verschleppung ansteckender Krankheiten ständig von der Polizei überwacht. Die Ausbreitung der Boden, die von den Russen fast in jedem Jahre eingeschleppt werden, wurde geradezu bedingt dadurch, daß die ausländischen Arbeiter bei einzelnen heimischen Familien verteilt wurden. Das Massenquartier für die beim Bahnbau beschäftigten galizischen Arbeiter, das in einer Scheune aufgeschlagen worden war (in Neudorf, Kreis Goldberg, Regierungsbezirk Posen) mußte aufgehoben werden. Im Kreise Schleswig ist es mit der Trennung der Geschlechter in den Quartieren „vielfach“ schlecht bestellt. Aus dem Kreise Gaderleben wird berichtet: „Auf einem Hofe haften in einem geräumigen Zimmer drei Ehepaare mit Kindern und ein junger Mann; eine Frau war eben entbunden, während die andere kurz vor der Entbindung stand.“

Sollte man es für möglich halten, daß in einem Kulturstaate solche ständischen Zustände herrschen? Und dabei getern die Agrarier und ihre Bundesgenossen heuchlerisch über die Landflucht der Arbeiter, über ihre Unbotmäßigkeit, über Kontraktbruch, wegen Polizeigewalt ihnen helfen soll. Daß auch der Staat zögert, daß Eisenbahnarbeiter so mißachtet behandelt werden, wie hier geschildert, ist sehr charakteristisch.

**Hungermillarden.** In der Bank- und Handelszeitung wird für Deutschland der Wert der Ernte für Weizen, Roggen, Gerste und Hafer berechnet. Zu Grunde gelegt sind die vom statistischen Reichsamte ermittelten Durchschnittspreise des November in Preußen. Es ergibt sich nun aus einer immer noch vorläufigen, hinter der Wahrheit zurückbleibenden Berechnung folgendes Zahlenbild:

	Tonnen	Preis M.	Gelbwert in 1000 M.
<b>1905/06:</b>			
Weizen.....	8498882	170	828980
Roggen.....	9686227	160	153792
Gerste.....	2921958	158	447058
Hafer.....	6646502	158	1001815
			3614748
<b>1906/07:</b>			
Weizen.....	8939563	172	877604
Roggen.....	9625788	158	52886
Gerste.....	3111300	157	488476
Hafer.....	8431879	159	1840589
			4027634
<b>1907/08:</b>			
Weizen.....	3479324	221	768930
Roggen.....	9757859	203	1980846
Gerste.....	3497745	178	605109
Hafer.....	9149138	178	1582800
			4987684

Zu Jahre 1907/1908 ist also der Gelbwert der deutschen Ernte in den vier Hauptfrüchten Weizen, Roggen, Gerste und Hafer gegen das Vorjahr 1906/07 allein um M. 910515000 gesunken und gegen das Jahr 1905 sogar um M. 1322940000.

Dr. Frankfurter Tagesspiegel bemerkt recht zutreffend: „Die enorme Steigerung des Geldwertes ist nur zum geringen Teil auf eine Vermehrung der Produktion zurückzuführen, zum weit größeren auf die Steigerung der Preise. Die einundmittel Milliarden Mehrgewinn der Agrarier sind das Bollwerk der agrarischen Regierung an ihre „notleidenden“ Freunde, und es verlohnt sich für wenig, daß der Soldat, der auf Weizen niederkniet, für die Wäffe der arbeitenden Bevölkerung, auch der landwirtschaftlichen, eine Vermehrung der Unterernährung und des Hungers bedeutet.“

**Gegen die Masseneinwanderung** und damit zum Teil gegen einen Beschluß des internationalen Sozialistenkongresses in Stuttgart hat die National-Gesellschaft der Sozialist Party in Nordamerika kürzlich Stellung genommen. Die Parteigruppe war der Ansicht, daß die Resolution des Kongresses bezüglich der Einwanderung und Auswanderung wieder auf die amerikanischen Verhältnisse passe, noch für die Sozialist Party bindend wäre. Das wurde in folgender Resolution des Parteivorstandes festgelegt:

„Es ist die Ansicht des National-Gesellschafts, daß es stets das Prinzip der internationalen sozialistischen Bewegung gewesen sei, daß der Internationale Kongress kein Recht habe, die Politik nationaler Parteigruppen zu bestimmen. Er ist besonders inkompetent, sich zur Einwanderungsfrage zu äußern, als die überwiegende Mehrheit der Delegierten Länder beitrifft, die ein Einwanderungsproblem gar nicht kennen.“

Das National-Gesellschaftsmitglied drückt, vorbehaltlich der Entscheidung der höheren Instanzen der Partei, seine Ueberzeugung dahin aus, daß die sozialistische Bewegung von Amerika zur Zeit sich gegen die asiatische Einwanderung erklären muß.“

**Maurerbewegung.**  
**Streiks, Aussperrungen, Maßregelungen, Differenzen.**  
Sperrungen, über die nicht mindestens alle vier Wochen berichtet wird, werden ferrihin nicht mehr veröffentlicht.  
Zuzug von Maurern und Bauarbeitern ist fernzuhalten:

- Deutschland:**  
**Maurer:**  
**Hannestädte:**  
Spandau (Sperrung über Neben), Ohsenwärd (Sperrung über A. Blecken), Travemünde (Sperrung über Söhrmann);  
**Schleswig-Holstein:**  
Killinghusen, Wrist, Wulfsmoor (Streiks), Apenrade (Sperrung über Callesen), Wedel (Sperrung über Hatje), Husum (Sperrung über Petersen), Itzehoe (Sperrung über die Alsenische Zementfabrik in Lägerdorf);  
**Mecklenburg:**  
Güstrow (Sperrung über Thielke);  
**Brandenburg:**  
Jüterbog (Sperrung über die Bauten von G. Wäsch-Jüterbog, Niendorf aus Maltershausen und Wwe. Rüter aus Treuenbrietzen im „alten Lager“), Guben (Aussperrung angedroht);  
**Pommern:**  
Fryzik (Sperrung über Friedrich Berg), Köslin (Sperrung über Schüttner), Neustettin (Sperrung über Duske);  
**Ost- und Westpreußen:**  
Konitz (Sperrung über Brozoskowski in Czereck);  
**Posen — Schlesien:**  
Muskau (Sperrung über Stülpmagel), Waldenburg (Sperrung über Täslar in Neu-Salzbrunn), Weisswasser (Sperrung über die Opalesenzwerke);  
**Königr. Sachsen:**  
Leipzig (es sind gesperrt: Marien & Kunze, Bahnhofsbauteil, P. Walther, Kant- und Brandvorwerkstrasse, Ebert & Rödel, Brandvorwerkstrasse, Bernadt & Söhne, Berlinerstrasse, in L. Gohlis H. Kögel und R. Thiele, Landbergerstrasse, in L. Leutzsch Eisengießerei E. Becker & Co., in L. Mückern K. Edlich, Hühnerbeinerstrasse, und M. Steyskal, Sohrstrasse), Potschappel (Sperrung über das Bangeschäft von Hegerl, Döhlen (Sperrung über die Bauten der Gusstahlfabrik);

- Provinz Sachsen und Anhalt:**  
Halle a. S. (Sperrung über den Fabrikneubau von Priegerl & Söhne);  
**Hannover, Braunschweig, Oldenburg und Lippe:**  
Celle, Norderny (Aussperrung), Braunschweig (Sperrung über Gröpler, die Arbeit ist in Wolfenbüttel);  
**Hessen und Waldeck:**  
Giessen (Sperrung über Bernhard in Kleinbuden), Schmalkalden (Sperrung über Peter);  
**Bayern:**  
Selb (Sperrung über Jäger & Werner), Diessen (Streik);  
**Friessener:**  
Duisburg (Sperrung über die Zwischenmeister Kräsken und Gebr. Bönning), Barmen-Rittershaus (Sperrung über Rumehndorf), Elberfeld (Sperrung über Bross & Hammelsbeck).

**Oesterreich:**  
Marienbad i. Böhmen (Aussperrung).

**Ein weiteres „Friedensdokument.“**

Unter Zweigvereinsvorstand in Guben hat von dem dortigen Vorstand des Arbeitgeberverbandes für das Baugewerbe folgendes Schreiben erhalten:

Bezugnehmend auf das Schreiben vom 3. Dezember d. J. erhalten Sie in der Anlage den feierlich abgezeichneten und einmündig angenommenen Lohnvertrag mit dem Bemerkten, daß der Betrag von Ihrer Organisation nicht bis zum 15. Januar 1908 anerkannt und vollzogen an uns zurückgereicht wird, infolge einmündig gefassten Beschlusses von heute die Arbeit in sämtlichen Betrieben am 20. Januar 1908 eingestellt wird und daß jede Verhandlung mit Ihrer Organisation von vornherein ausgeschlossen ist.  
Guben, den 28. Dezember 1907.

Total-Arbeitgeberverband für das Baugewerbe zu Guben.  
Der Vorstand. H. Guille.

NB. Falls Sie den Vertrag nicht anerkennen, dann bitte ich, denselben zu retournieren.

Die Vorgeschichte des Briefes ist diese: Am 26. Oktober 1907 kündigten die Maurer und Zimmerer den bis zum 31. Dezember geltenden Vertrag mit der Auffassung, daß der Stundenlohn von 41 auf 45 M. erhöht werden möge. Am 29. November teilte der Unternehmerverband den Gewerkschaften mit, daß er beschlossene habe, 41 M. Stundenlohn beizubehalten, der Arbeitsvertrag solle aber die Fassung des „Rüstervertrages“ bekommen. Schon damals kündigte der Unternehmerverband an, daß, falls seine Bedingungen nicht bis zum 10. Dezember angenommen würden, in sämtlichen Betrieben die Arbeit am 2. Januar eingestellt werde.

Darauf hat der Vorstand unseres Zweigvereins geantwortet, daß er die Zufassung eines Vertragsentwurfes seitens des Unternehmerverbandes erwarte. Daß er zu Verhandlungen jederzeit bereit sei, hatte der Vorstand unseres Vereines jedoch in dem Schreiben vom 26. Oktober betont. Auf dies Entgegen folgte nun die hier an erster Stelle abgedruckte Kriegserklärung des Unternehmerverbandes.

Man muß gestehen: Der Gubener Unternehmerverband ist äußerst „friedliebend“. Dieser Tage ließ der Unter-



nehmern durch die Presse verbinden, daß „den Arbeitgebern jeder aggressive Gedanke feindlich und das Baugewerbe wie jedes andere nur gedeihen könne unter den Segnungen des Friedens, unter dem einträchtigen Zusammenarbeiten aller in ihm tätigen Arbeitsfaktoren“.

„Um der Tarifvertragsbewegung im Interesse des sozialen Friedens eine weitere kräftige Stütze zu geben, hat der Deutsche Arbeitgeberbund für das Baugewerbe vor kurzem die Einführung eines Normalvertrages beschlossen.“

„Die Einbringung der Verträge hat durchaus nichts Auffälliges an sich... nichts wäre verkehrter, als daran den Schluß auf Streik oder Ausbeugung zu knüpfen.“

Nichts als Friedensgefänge, die ja wohl auch nach Guben hinübergeklungen sind, und der Schlusssatz: ein Kartätschenschuß! Und ganz zu derselben Zeit findet in dem „Zentralblatt für das deutsche Baugewerbe“ ein weiterer Warte wieder das lieblichste *Gia popera*, das nur noch übertrifft wird von der schmerzlichen Verwunderung, daß die böse Welt so schlecht denkt von dem „Friedensinstrument“, das der Arbeitgeberbund für das Baugewerbe zu spielen gedenkt. — Wenn diesem Instrument aber so schnelle Mißstöße eigen sind, wie das Konzert in Guben hören läßt, dann wird unser Friedensengel wohl gar nicht mehr aus der Verwunderung herauskommen.

**Sau Hannover.**

In **Wunstorf** läßt die Hartnäckigkeit der Unternehmer die Differenzen nicht zu Ende kommen. Die aus Berlin stammenden „Arbeitswilligen“ haben ein Haus mauerfertig gemacht und sind nun abgereist. Die früher dort arbeitenden Maurer sind nicht geneigt, zu den alten Köhnen wieder anzufangen. Der Unternehmer habe in jetzt zum Vorliegen des Arbeitgeberbundes für den Streik Neustadt besetzt worden und fährt per Automobil im Lande herum, um Streikbrecher zu fangen. Da die reisenden Kollegen vielfach von der Sachlage nicht unterrichtet sind, so seien sie besonders hierauf aufmerksam gemacht.

**Sau Lübeck.**

Der Unternehmer **Schröder** in **Trarantünde** verpflüchtete sich im vorigen Jahre, keine Reformmurer zu beschäftigen, sondern seine Arbeiter in Zeitsloß anzuführen zu lassen und Mitglieder des Verbandes zu beschäftigen. Diese Verpflichtung hat Schröder nicht erfüllt. Verbandskollegen, die in letzter Zeit bei S. um Arbeit angefragt haben, wurde die Frage vorgelegt, ob sie im Verbands wären. Wo diese Frage mit Ja beantwortet wurde, folgte stets eine ablehnende Antwort. Unsere Kollegen haben nun beschloffen, die Exerz aller das Schröder'sche Geschäft zu verhängen. Die Kollegen allerorts werden ersucht, dies zu berücksichtigen und die Firma Schröder in Trarantünde nicht zu „beschäftigen“.

**Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.**

Für die Bibliotheken der Zweigvereine sendet wir mit dieser Nummer des „Grundstein“ je ein Exemplar:

- a) Bericht der Zentralkommission für Bauarbeiterbeschäftigung für 1906/1907;
- b) Protokoll der Internationalen Konferenz der Maurer- und Bauhilfsarbeiter-Organisationen;
- c) Die Arbeiterbeschäftigungs-Gesetzgebung, und
- d) Die gegenseitigen Gewerkschaften in Deutschland.

Die „Grundstein“-Adressen werden gebeten, die Bücher dem Zweigvereinsvorstand auszusenden.

**Gültigkeit der Mitgliedsbücher ausländischer Organisationen.** Zum Vereinbarung haben vom 1. Januar 1908 an die Mitgliedsbücher der Verbände: der Maurer Österreichs, der Bauarbeiter in der Schweiz und in Ungarn Gültigkeit in unseren Verbänden.

Die Mitglieder der genannten drei Verbände erhalten daher beim Hebertritt zu unserem Verbands kein neues Mitgliedsbuch; die Beiträge werden vielmehr nur in ihrem Besitz befindlichen Büchern quittiert. Die Buchnummer bleibt dieselbe. Als besonderes Erkennungszeichen ist aber den Nummern des Österreichischen Verbandes ein A, den Nummern des Schweizerischen Verbandes ein S und den Nummern des Ungarischen Verbandes ein U vorzusetzen.

**Neuwahl der Zweigvereinsvorstände.** § 5 a des Statuts bestimmt über die Neuwahlen der Zweigvereinsvorstände, daß sie alljährlich, nachdem für das vierte Quartal abgerechnet ist, stattzufinden haben, aber spätestens bis zum 1. März erfolgt sein müssen.

Wir ersuchen, die Neuwahlen baldmöglichst zu veranlassen und die Wahlprotokolle einzusenden.

Sollte in den in letzter Zeit gegründeten Zweigvereinen eine Neuwahl nicht für zweckdienlich gehalten werden, dann muß trotzdem das Wahlprotokoll ausgefüllt und eingeschickt werden, weil es zur Aufrechterhaltung eines neuen Zweigvereins und Adressenverzeichnis gebraucht wird.

**Vorschlüge zu Vertrauensleuten für die Einzelmitglieder in Sachsen.** Für Orte in Sachsen, wo keine Zweigvereine, sondern nur Einzelmitglieder bestehen, werden wir wie bisher Vertrauensleute ernennen. Die jetzt bevollmächtigten Vertrauensleute werden ersucht, baldmöglichst eine Benennung der Einzelmitglieder einzubringen, wo Solches bestimmt werden, die uns in Vorfeld gebracht werden sollen. Sobald das geschehen ist, werden wir einen Kollegen zum Vertrauensmann ernennen und ihn mit einer Vollmacht ausstatten.

**Verbandskalender 1908.** Allen nachträglichen Wünschen hiermit zur Nachricht; daß wegen zu geringer Beteiligung von der Herstellung einer zweiten Auflage Abstand genommen werden muß. Alle weiteren Bestellungen sind also zwecklos.

**Die Zweigvereinsvorstände** werden ersucht, die Mitgliedsbücher der auf Grund §§ 28 und 38 des Statuts vom Beitrag befreiten Kollegen zur Abstempelung einzusenden.

**Achtung! Anzahl der Reiseunterstützung.** Dem Kollegen **Julius Gronwald**, geboren am 12. Juli 1856 zu Königsberg i. Pr., eingetreten am 14. April 1901 zu Starzard a. Perante, hat sein Verbandsbuch nebst Reisekarte (Nr. 55 683) verloren. Wer erluchen, Buch und Karte anzuhalten, falls es vorgezeigt wird; Kollegen Gronwald ist ein Ersatzbuch ausgestellt worden.

**Sterbegeb** darf laut Statut nur auf Anweisung des Verbandsvorstandes ausgezahlt werden. Mit den diesbezüglichen Anfragen haben die Zweigvereinsvorstände zu übersehen:

- a) das Mitgliedsbuch des betreffenden Mitgliedes und
- b) die Sterbeurkunde.

Außerdem sind anzugeben die Todesursache, das Alter und der Name derjenigen Person, an welche die Unterstützung ausbezahlt ist.

Unterstützungs-Anweisungen wurden in der Zeit vom 29. Dezember 1907 bis 4. Januar 1908 für folgende Mitglieder erteilt:

- Wilhelm Künike-Breitewitz (Fran), Werb.-Nr. 183 677; Ferdinand Merke-Seehausen i. d. Alt., 198 781; Albert Semmler-Berlin, 5923; Fritz Schröder-Berlin, 7089; Gustav Habermann-Berlin (Fran), 5841; Jakob Grünwald-Darmstadt, 198 351; Joachim Kugel-Gnoien, 72 148; August Trost-Hamburg, 29 604; Fritz Telle-Samburg, 200 563; August Kaiser-Wilhelms-Hafen, 107 249; Ernst Emmerich-Strassburg (Fran), 102 986; Karl Müller-Schöppurth, 99 681; Johann Grieb-Oberhausen, 250 524; Wilhelm Peter-Berlin, 8775; Wilhelm Neumeier-Berlin (Fran), 3091; Albert Saage-Berlin, 3187; Karl Kaiser-Berlin, 344 122; Heinrich Lauth-Zwenkau (Fran), 110 047; Heinrich Bröhling-Magdeburg, 221 047; Friedrich Kühne-Magdeburg, 43 157; Friedrich Sibane-Breslau (Fran), 270 889; August Vogt-Seehausen i. d. Alt., (Fran), 198 775; Konrad Heinemann-Erfurt, 67 128; Rob. Wändener-Dresden (Fran), 134 285; Ernst Wöhlke-Dels i. Schl., 17 927; Karl Schuchmann-Hannover (Fran), 82 635; Hermann Schollbach-Thorn (Fran), 127 491; Chr. Krauß-Hofheim, 286 332; Jakob Gohl-Hauen i. B., 325 894; Otto Weg-Berlin, 315 105; Emil Gause-Berlin, 112 992; Cl. Franke-Geln i. N., 308 587; Heinrich Goltz-Berleberg, 178 795; Max Stauppe-Vorna b. L., 231 606; S. Mehen-Samburg (Fran), 66 793; Wilhelm Eiders-Samburg (Fran), 30 182.

**Geldsendungen** für die Hauptkasse sind nur an den Kassierer **J. Köhler, Hamburg I, Fensbinderhof 56**, zu adressieren. Bei jeder Sendung ist auf dem Postabschnitt anzugeben, wofür das Geld bestimmt ist.

In der Zeit vom 29. Dezember 1907 bis 4. Januar 1908 sind folgende Beträge eingegangen:

- a) Für Beiträge und Eintrittsgelder.**
- Birna M. 114,17, Kattowitz 609,65, Girmittschau 602,29, Gohlsz 600, Dönhäuser 600, Waldenburg 594,21, Brandenburg 472,30, Gelsenburg 335,87, Döbste 320, Bregel 229,78, Trachenberg 214,62, Guben 211, Freling 196,65, Dirschel 179,34, Prenzlau 166,62, Brandis 136,77, Zeig 110, Leutmannsdorf 90,30, Nollha a. Harz 57,72, Erieha 24,98, Weidenhof 14,98, Trosen u. Wundschlößchen 2, Samburg u. Hing. 2500, Gamburg 300, Giegitz 101,08, Nidda 559,93, Schönebeck a. d. Elbe 317,51, Schöndörfer 320,92, Merane 217,10, Regin 152,89, Schönbühl 140,91, Regenswalde 103,58, Zarbedi 75,70, Rensberg 55,80, Borsdorf 53,80, Neulan 44, Sandow 16,20, Herringswalde 14,34, Nieba 800, Wolfshüttel 558,45, Vermau 307, Galsberg 514,94, Hofenmühlen 401,84, Zegau 387,15, Timmerode 329,56, Marienwerder i. B. 349,10, Müllern 387,91, Torgau 321,40, Wilhelmshafen 320,27, Witten 312,72, Jägerstrassen 267,69, Goltz 257,60, G.-Neumondt 235,90, Martrandsdorf 208,97, Wilitz 196,38, Müllern i. B. 192,35, Gummersdorf 191,57, Meuselwitz 179,43, Dierode i. B. 174, Selb 172,17, Stavenhagen 164,26, Neife 128, Treptow a. d. Rega 120,64, Zörchau 119,92, Gönning 105,30, Zwenkau 100,65, Nichtenberg 97,17, Trittau 86,80, Zerbit 85,35, Warg i. Pom. 83,24, Zeitz 76,52, Triptitz 75,68, Müllern i. Hann. 65,24, Uebitz 68,60, Maltensburg 54,15, Lössau 43,18, Dierberg 31,80, Lechten 30,08, Gernheim 26,57, Arendsee 18,56, Schmitz 18,31, Wiere 5,20, Nollhof 710,10, Döbeln 600, Guben 57,62, Wittweba 578,36, Burgstädt 508,86, Lehnin 479,60, Lübeck 454,21, Saengerhau 405,78, Wittluch 361,06, Sanderburg 288,34, Langenberg 267,14, Hfen 184,66, Penig 171,90, Nieder 158,42, Krausnick 118,80, Sadow 114,24, Hannover 3000, Freiburg i. Schl. 94,03, Liebenwerda 84,98, Ermühle 81,50, Rumbach 73,20, Altenburg 56,63, Altdorf i. Bayern 55,66, Alstedt 40,90, Müllern i. Westf. 34,75, Jastrow 26,08, Gräfenhainichen 25,85, Eosel 24,88, Frankfurt a. d. 1416,95, Erkner 459,59, Bausku 448,31, Deutsch Wissa 441,99, Dessau 418,17, Oderberg i. d. Mark 358,90, Stendal 303,12, Gamburg 299,54, Schweinfurt 266,04, Trebitz a. d. Elbe 256,45, Glinshorn 248,27, Meiersberg 235,78, Wittenberg 232,76, Delsitz 227,64, Grünberg i. Schl. 231,78, Lauterbach 210,60, Nollsen 200, Sadowe i. Pom. 240,86, Konitz 183,16, Langenweddersdorf 134,62, Gerdorf 131,34, Mühlberg 124,30, Waldhelm 106,22, Lebnitz 96,51, Gredemühlern 91,20, Hittenrode 89,08, Altam. 71,11, Goltberg i. Westf. 64,16, Mienen 52,28, Leutmannsdorf 39,12, Goltz i. Oberschl. 21,76.

- b) Für Kalender.**
- Hamburg und Umgegend M. 469,50, Kattowitz 16,50, Gelsenburg 25, Bregel 37,50, Trachenberg - 50, Penig 15, Leutmannsdorf 2,50, Weidenhof 6, Fißha 15, Schönebeck a. d. Elbe 12, Merane 25, Regin 5, Rensberg 2,50, Geringwalde i. Kolberg-15, Hofenmühlen 12,50, Marienwerder 10, Müllern 37,50, Wilhelmshafen 28,50, Jägerstrassen 11,50, Martrandsdorf 5, Meuselwitz 25, Dierode i. D.-B. 7,50, Selb 25, Nichtenberg 5,50, Warg i. Pom. 5, Müllern i. Hann. 4, Maltensburg 12,50, Lössau 4, Dierberg 2, Arendsee 2,50, Sadow 20, Wittweba 3,50, Burgstädt 12,50, Lehnin 25, Lübeck 50, Wittluch 7,50, Penig 10, Nieder 5, Liebenwerda 10, Ermühle 4, Altenburg 35, Eosel

- 7,50, Erkner 12,50, Deutsch Wissa 15, Gamburg 12,50, Meiersberg 5, Delsitz 7,50, Konitz 20, Langenweddersdorf 6,50, Lebnitz 17,50, Schlawe 7,50, Witz i. D.-Schl. - 50.

**c) Für Futterale.**  
Samburg und Umgegend M. 10, Brandis 2, Fißha 3, Penig 2,50, Nieder 1, Liebenwerda 4.

**d) Für Verbands-Protokolle.**  
Marienwerder M. 1, Müllern 2, Torgau 2,50, Dierode i. D.-B. 6, Müllern i. Hannob. 1.

**e) Arbeit und Kultur.**  
Samburg und Umgegend M. 15.

**f) Bauarbeiterbeschäftigung.**  
Lübeck M. - 70.

**Marken-Verband.** Vom 16. Dezember bis 4. Januar sind Marken verhandelt worden (E = Eintrittsmarken, B = Beitragsmarken, A = Arbeitsloosmarken, K = Kolportagemarken, L = Vorkaufsmarken):

- Alten 100 L à 15 A, Nachen 300 B à 50.
- Bonn 20 E à 160 A, Burgundisch 100 B à 40, 20 E à 50, 200 L à 10, Würzel 400 L à 5, Budow 50 B à 45, Writel 100 B à 40, Wiefenthal 50 B à 50, Wodulz 400 B à 40, 50 A à 25, 200 L à 15, Wintum 100 A à 25, Wiedeke 150 B à 35, Welfau 50 A à 25, Wessig 100 B à 50, 50 A à 25, Wergern 200 B à 30.
- Wörlitz 25 A à 25 A, Großitz 600 B à 45, Cönnern 200 B à 30.
- Driefen 200 A à 25 A, Deutsch Eglau 400 A à 25, Dömitz 200 B à 35, Dessau 20 E à 150, 8 B à 10, 25 A à 25, Droyßig 800 B à 40, Dürwanen 200 L à 20.
- Eberswalde 100 A à 25 A, Emben 200 B à 60, Effen 5000 L à 10, Gisterwerde 200 B à 35, Giershausen 400 B à 35, Grotz 400 B à 40, Gütlich 200 B à 35, Gütin 1000 B à 50, Gtfer 25 A à 25, Grünhille 100 A à 25.
- Hilche 150 B à 40 A, Frankenhäuser 1000 L à 10, Forchheim 100 B à 35, Fribdichow 400 A à 25.
- Grimma 100 B à 30 A, 100 A à 25, Götzig 11 B à 30, Gießen 100 A à 25, Gredemühlern 150 B à 40, Gubow 100 A à 25, Groß-Berzen 100 B à 65, Gletten 100 B à 45, Goltzen 100 A à 25, Grünberg i. Polen 200 A à 25, Grünhille 50 A à 25, Gräfenhainichen 400 B à 40, Grünberg i. Schl. 1000 B à 40, 100 A à 25.
- Hannu 100 B à 60 A, Havelberg 100 B à 35, Haynau 100 B à 35, Häftingen 200 B à 40, Hennigsdorf 2 E à 150, Holzhausen 200 A à 25, Heidenheim 500 L à 10, Sinterze 100 B à 30, 50 A à 25.
- Jüterbog 100 A à 25 A, Jagnitz 500 B à 40.
- Kanfenbeun 200 L à 10 A, Konitz 20 E à 50, Könnigs-wulstehäuser 50 A à 25, Kötzen 300 L à 10, Stropfschloß 200 A à 25.
- Lützenburg 5 E à 150 A, Leitzsch 100 A à 25, Lauterberg 500 B à 35, Luta 1000 K à 5, Liebenwerda 50 B à 35, Ludenow 150 A à 25, Ludenau 200 B à 40.
- Merane 1000 L à 10 A, Mammuthin 1000 L à 10, Mittenwalde 100 B à 55, Müden 100 L à 10, Müchendorf 50 A à 25.
- Nengersdorf 50 B à 45 A, Nauen 200 A à 25.
- Oppitz 1000 B à 35 A, Odringen 100 B à 50, 150 L à 10, Osmünde 400 B à 40.
- Potsdam 500 A à 25 A, Plettenberg 100 B à 35.
- Reitewitz 100 B à 40, 100 B à 35, Rieneberg 100 A à 25.
- Rückhausen 200 B à 60, 200 B à 50, Rrenzlan 1000 B à 35, 400 A à 25, Rusewalf 200 A à 25.
- Rüdtha 10 E à 150 A, 100 A à 25, Rüdtha 1000 L à 5, Regensburg 5000 L à 10, Rhena 25 B à 35, Radolfzell 100 B à 50, 20 B à 50, Romberg 100 B à 35, Roßitz 200 B à 35.
- Sadow 50 A à 25 A, Schweinfurt 400 L à 20, 200 L à 10, Schwelitz 200 B à 30, Sebnitz 100 A à 25, Seitzwedel 800 B à 50, Seifentitz 800 B à 50, Seibin 60 A à 25, Schwarlau 300 B à 55, 100 K à 10, Strausberg 15 B à 30, Seyda 200 A à 25, Schwerin i. M. 60 B à 30, Stitzgau 10 E à 50, Schönwalde i. d. Mark 100 B à 60, Strehlen 50 B à 35.
- Trachenberg 300 B à 30 A, Töls 200 B à 35, Teutitz 200 B à 50, 100 A à 25, Trebitz 100 B à 30, Teßchen 100 B à 40, 100 A à 25, Trebbin 400 A à 25.
- Unterweißbach 50 A à 25 A.
- Ward 12 E à 50 A, Witz 25 A à 25, Witzschbode 100 L à 20.
- Wörlitz 100 B à 40 A, 100 B à 35, Wörlitzsdorf 50 B à 60, Witten 1000 L à 20, Witten 60 B à 35, Weidenhausen 50 B à 35, Wegeleben 60 B à 30, Wulfershausen 25 B à 35, Witten a. d. Lufe 400 B à 45, Witten a. d. Alt. 100 B à 45, Wörlitzsdorf 50 B à 45, Wülfingende 50 B à 30, 150 L à 10, Wollin i. S. 25 B à 50, 50 A à 25.
- Zossen 100 A à 25 A, Zahna 50 A à 25, Zäckeritz 100 A à 25.

**Vom Verbandsvorstande** bestätigt sind die neu gewählten Vorstandsmitglieder aller Zweigvereine, die in voriger Woche das Wahlprotokoll eingeschickt haben und denen nicht brieflich eine andere Mitteilung geworden ist.

**Als verloren gemeldet** sind uns die Mitgliedsbücher der Kollegen: August Jenndorf-Breslau (Verb.-Nr. 17 230), Wilhelm Schröder-Oberhausen (42 838), Wilhelm Dünne-Weizenberg (64 981), Johann Gebrte-Bronberg (124 496), Karl Christ-Erfurt (253 158), Johann Müller-Frankfurt a. M. (394 921), Friedrich Gule-Wieschen (454 352), Wilhelm Benz-Gummersbach (493 956), August Zickos-Duisburg (184 532), Wilhelm Kriehens-Hannover (372 788), Gustav Brumm-Wiehl (56 418), Julius Gronwald-Erfurt (55 683), Wilhelm Müll-Dortmund (51 922), Anton Dinger-Gera (71 864), Carl Kühner-Goltberg b. L. (83 387), H. Hoffmann-Göten i. B. (100 672), Hermann Nieber-Trebitz (104 681), Egm. Schall-Gienhagen (153 281), Osw. Berger-Dresden (161 990), Hermann Witzke-Militz (229 071), Ernst Fischer-Zügerleben (248 018), Peter Johann Ruch-Darmstadt (261 466), Hugo Müller-Bangenhals (277 124), Wal. Hallung-Gienhagen (291 054), Bal. Pfaff-Dortmund (311 276), Gustav Hermann-Berg (414 437), Bal. Boldele-Antonienhütte (467 481), Julius Hermann-Zeitwang (418 138).



Ausgeschlossen sind auf Grund § 27 b des Statuts vom Zweigverein A e u h a d i a. d. S.: Konrad Kaufmann (Verb.-Nr. 90 750), Johannes Beyer (90 758).

Angefordert, ihren Verpflichtungen nachzukommen, werden vom Zweigverein A e u h a d i a. d. S.: Rudolf Grabowski, geb. am 5. März 1881, eingetreteten am 12. November 1898 zu Bremen (Verb.-Nr. 80 723); O t t e n f i r d e n: Hermann Dethmer (116 384); P o t s d a m: Aug. Westphal, geboren am 4. Januar 1889 zu Oldenstadt (276 246).

Der Verbandsvorstand.

Quittung

Aber die von Zweigvereinen eingegangenen Inveratenbeiträge. D i e s e n d e r: Hannover A. 1,60, Schwemlingen 1,75, H e s s e n 1,15, Nordhausen - 90, O r d e n s t a d t - 50, Schmiedeberg 1, Schilf 2,95, Borsheim 4,40, C a t t u n - 45, G l o s s a u 3,20, B a r t h 1,15, S t e n d a l 1,50, W i n n a 1,80, B u r g h. M. 1,20, N e l s e n 3,80, B u n g l a n - 45, M e r z b u r g - 45, E i t e n b u r g 2,70, S a b e r s l e b e n 3,90, W e i d e n b a c h 1, S a l. 1,20, G i e d e n 4,20, W o l f e n b u t t e l 3,50, B a h n - 30, W a n d e n b u r g - 45, V r a n d 1,80, S a n g e r h a u s e n 3,40, W i n n i g 1,80, D e l s n i k 1,50, T h o r n 5,25, M e n t s c h e 4, A l t - D a m m 1,20, F i n k e n w a l d e - 60, S e i e n s t r a ß e 2,40, S o n n e n b u r g - 70, G o t t e s b e r g - 45, D r e m e r - l a g e n 3,60, S i b e r s t e i n 2,10, G a t t a 3,60, W a h n 1,50, S a l d e n d u 2,70, E i n c e d - 45. - V e r g e n a. A. (Zeitungsbereitigung) A. 55,32, R a u e n b u r g a. d. S. (Abonnement) - 75. N o v e m b e r: G a l s t A. 1,20, H a n s f e l d 3,80, W i n n a 3, W i e d e n 3,90, W i t t a 2,95, W o l f a. a. H a r z 1,80, M e n t s c h e n 3,40, G l o s s a u - 50, K a n g e n 1,15. D e z e m b e r: G a i s h o r n A. - 45, S t. W o l f g a n g 1, I n w a n t 1,80, S e i n f e l d 1,80, N o r d e n d a m 3,55, W e i g e s 3,85, M e r c e n 2,20, T e c h e r 2,95, W i n n i n g 1,15, W i e d e n b a d 8,55. Die Zweigvereinskassierer werden gebeten, die fälligen Beiträge unaufgefordert einzubringen.

Die Expedition des „Grundstein“.

Gekanntmachungen der Gauvorstände. Gau Berlin.

Gemäß der Bestimmungen des § 8 d Abs. 2 des Statuts und unter Berücksichtigung des Gauregulativs §§ 6 bis 8 berufen wir hiermit auf Sonntag, den 29. Februar, nachmittags 8, und Sonntag, den 1. März, nach Berlin, Engelstr. 15, Saal IV, den ordentlichen Gaustag. Als Tagesordnung, vorbehaltlich der Zustimmung des Gautes, schlagen wir vor: 1. Berichte, a) des Vorsitzenden, b) des Kassierers, c) der Revisoren. 2. Die Wohnbewegung unter besonderer Berücksichtigung der bevorstehenden Kämpfe im Baugewerbe. 3. Agitation. 4. Anträge, die bei den vorhergehenden Punkten der Tagesordnung keine Erledigung fanden. 5. Wahl des Vorstandes und der Revisoren. Die weiteren Mitteilungen werden den Zweigvereinsvorständen durch Rundschreiben in der zweiten Hälfte des Januar zugehen. Mit kollegialem Gruß Der Gauvorstand. J. A. S. Silber Schmidt.

Berichte.

Die Antwort des Verbandsvorstandes auf die Carliskündigungen

Ist den hierfür in Frage kommenden Unternehmerorganisationen (München, Mainau, rheinisch-westfälisches Industriegebiet) am 5. Januar zugegangen. Sie ist in allen drei Fällen ihmgemäß dieselbe. Es ist den Unternehmerorganisationen mitgeteilt worden, daß unser Verband bereit ist, ein neues Vertragsverhältnis einzugehen und zu diesem Zwecke mit den Vertretern der Unternehmer zu verhandeln. Das kann aber erst geschehen, wenn die notwendigen Vorbereitungen dazu vollendet sind, was bis Ende dieses Monats dauern wird. Die den Unternehmern von uns zu unterbreitenden Vorschläge werden ihnen Ende Januar resp. Anfang Februar zugehen. Weiter ist den Unternehmern gesagt worden, daß diese Antwort auch zugleich im Namen der Gau- und Zweigvereinsleitungen erteilt wird.

Abschluß der Einigungsverhandlungen.

Am 27 und 28. Dezember des vorigen Jahres tagte in Berlin, in Schmidts Festsaal, in der Gartenstraße, eine Konferenz unserer in der „Freien Vereinigung“ organisierten Kollegen, die sich in der Hauptsache mit den Einigungsverhandlungen beschäftigte. Es waren 22 Ortsvereine durch 26 und die Geschäftsleitung durch 4 Delegierte vertreten. Der Geschäftsleiter, Kollege Julius Gschl, begründete ausführlich die Notwendigkeit einer Einigung. Der letzte Kampf im Berliner Baugewerbe habe gezeigt, wie schwer es sei, bei dem Nebeneinanderbestehen verschiedener Organisationen desselben Gewerbes eine einheitliche Taktik aufzubringen. Andererseits mache aber die Entwicklung der Unternehmerorganisation die Schaffung einer Einheitsorganisation der Maurer notwendig; denn nur eine solche Organisation könne wirksam bei den bevorstehenden Kämpfen im Baugewerbe den Unternehmern gegenüberreten. Der Zentralverband der Maurer habe sich auch so entwickelt, daß die Mitglieder der Freien Vereinigung in der Tendenz des Zentralverbandes keinen

Sinderungsgrund gegen die Verschmelzung mehr erblicken könnten. Die Gegner der Einigung hätten keine stichhaltigen Gründe gegen die Verschmelzung vorbringen können. Der Redner gab dann die von uns schon früher veröffentlichten Einigungsbedingungen bekannt und empfahl schließlich die Annahme folgender Resolution:

„Die Delegierten der 16. Konferenz der Freien Vereinigung der Maurer Deutschlands erkennen die Zweckmäßigkeit einer einheitlichen Organisation im Maurergewerbe an und erklären sich mit dem Verhalten der Geschäftsleitung, betreffend die Einigungsbestrebungen des Parteivorstandes, vollkommen einverstanden.“

Sie akzeptieren die in der gemeinsamen Sitzung am 27. November ausgearbeiteten Einigungsbedingungen und verpflichten sich, in ihren Ortsvereinen dahin zu wirken, daß auf Grund dieser Vereinbarungen die Verschmelzung mit dem Zentralverband erfolgt.“

An die Mitglieder der Freien Vereinigung der Maurer richtet die Konferenz das dringende Ersuchen, den Vereinbarungen ebenfalls zuzustimmen und dafür einzutreten, daß in allen Orten der Lebertritt zum Zentralverband einmütig und geschlossen vollzogen werden kann.“

Die Geschäftsleitung wird angewiesen, für die Durchführung des Konferenzbeschlusses, dort wo es ratsam erscheint, alle erforderlichen Maßnahmen zu treffen; sie darf ihre Funktionen erst dann als erledigt betrachten, wenn der Anschluß an den Zentralverband von allen Ortsvereinen erfolgt ist.“

Dem Referat Gschls folgte eine lebhaft, aber sachliche Debatte. Die meisten Redner sprachen sich mehr oder minder entschieden für die Einigung unter den vorliegenden Bedingungen aus. Kollege Wittstod, Vertreter für Franz-Juchacz, meinte, die Unterhaltungsvereinstellungen des Verbandes, hinderten den Kampfkampf, während Müller-Spandau aus anderen Gründen nicht für die Einigung eintreten zu können glaubte. Nachdem der Vertreter unseres Verbandes, Kollege Wölschburg, einige Mißverständnisse aufgeklärt hatte und nach mehreren anderen Rednern darauf hingewiesen worden war, daß die Mehrzahl der Mitglieder der Einigung sympathisch gegenüber standen, wurde die Resolution in einstimmiger Abstimmung mit 21 gegen 4 Stimmen angenommen. Tagesgen stimmten die Delegierten von Wuppertal, Düsseldorf, Regenwalde und Spandau.

Darauf beschloß die Konferenz mit dem demnachst stattfindenden Kongreß der Freien Vereinigung deutscher Gewerkschaften. Der Referent, Kollege Heinrich Weste, führte aus, es könne so sein, als hätten die Maurer nun nach dem Einigungsbeschluss keine Ursache mehr, sich noch mit dieser Angelegenheit zu befassen. Da aber die Freie Vereinigung der Maurer jene Vereinigung nicht nur mitgegründet, sondern auch lebhaft an ihrer Tätigkeit teilgenommen habe, sei es selbstverständlich, daß die Maurer auch ein starkes Interesse an dem achten Kongreß haben. Im übrigen hält der Redner unter den jetzigen Verhältnissen die Auflösung der Freien Vereinigung der Gewerkschaften für geboten und empfiehlt folgenden Antrag der Geschäftsleitung der Konferenz zur Annahme:

„Die 16. Konferenz der Freien Vereinigung der Maurer Deutschlands beschließt, an den Beratungen des 8. Kongresses der Freien Vereinigung deutscher Gewerkschaften teilzunehmen und sich durch Delegierte auf dem Kongreß vertreten zu lassen.“

Die Konferenz als oberste Instanz der Freien Vereinigung wählt die Delegierten, welche die gesamte Vereinigung zu vertreten haben.

Sie erwartet von den Delegierten ein einmütiges und tatvolles Vorgehen im Sinne des Konferenzbeschlusses und empfiehlt, die Auflösung der Freien Vereinigung deutscher Gewerkschaften zu beantragen und diesen Antrag mit aller Entschiedenheit zu vertreten.“

Der Antrag wurde nach kurzer Debatte mit 21 gegen 3 Stimmen angenommen. Sodann wurde beschlossen, den Kongreß mit 12 Delegierten zu besenden.

Ein liberales Blatt über die Lage im Baugewerbe.

In einem sojuzagen liberalen Organ, das keineswegs zu den unter Auschluss der Öffentlichkeit erscheinenden gehört, finden wir die Schmiererei eines Berliner Journalisten, der sich über die bevorstehenden Kämpfe im Baugewerbe äußert. Aus diesem Sagenkonvrat von Unkenntnis und Bosheit zitieren wir einige Sätze:

„Im Zentralverband der Maurer Deutschlands ist man recht heimlich geworden und wenn auch die lang ersehnte Einigung zwischen den total- und zentralorganisierten Maurern endlich zu Stande gekommen ist, so ist damit der Kampfschritt im sozialdemokratischen Maurerkampfe nicht gemacht. Im Gegenteil, die Herren Wölschburg, Johannes Gschl, S. Panzer, August Dachsne haben schweren Herzens der Zukunft entgegen. Denn Herr Wölschburg hat vieler Tage die Carliskündigungen und die neuen Vertragsunterwerfer der Arbeitgeberverbände für Mittel-Deutschland, Rheinland und Westfalen verborgen.“

Nachdem dann einige Vorklässe der Generalversammlung des Arbeiterbundes erwähnt worden sind, heißt es weiter:

Das sind sehr bittere Willen für den sozialdemokratischen Zentralverband der Maurer. Er muß sie herunterschlucken. Er kann die Kämpfe mit diesen beiden mächtigen Arbeitgeberverbänden nicht aufnehmen, er kann nicht Hunderttausende von Bauarbeitern noch einmal über Wasser halten. An gewaltige Kämpfe im Baugewerbe glauben wir bestimmt nicht. Herr Wölschburg und Gschl wollen klein-bezogenen müssen. Die Agitatoren der Maurer wollten doch in diesem Jahre in Berlin den Achtstundentag erkämpfen. Jetzt sind alle diese schönen Pläne zu Wasser geworden.“

Kein Mensch wird behaupten wollen, daß aus dieser Stellungnahme Arbeiterfreundlichkeit oder auch nur Neutralität spräche. Im Gegenteil: man fühlt in den Zeilen geradezu das Wohlbehagen dieser Liberalen darüber, daß für die Gewerkschaften wieder einmal schwere Zeiten bevorstehen, die Vörsicht züngelt an allen Ecken hervor. Ausnahmen bilden derartige Äußerungen liberaler Blätter sicher nicht, und gerade im Zeichen der Wohlpolitik kann man auch nichts anderes davon erwarten. Aber: wirkt diese politische Episode denn so verderblich auf Intellekt und Moral, daß sie alle Beteiligten unfähig macht, die einschlägigen Gelegenheiten zu erfassen, wo sie sich ein Stück ihres verloren gegangenen Kredit im Volke wieder erwerben könnten? Wägen diese Kreise, um was sie für geboten halten, wir werden nicht verfehlen, ihre Stellung zu den bevorstehenden Arbeitskämpfen gewissenhaft zu beobachten.“

Angetruener Kaiserer.

Wegen Unterdrückung von A. 99,79 Verbandsgebern ist der Maurer Carl Lehmann aus Grawitz, vom Schöffengericht in Angermünde zu A. 30 Geldstrafe oder zehn Tagen Gefängnis verurteilt. Seine bisherige Anwesenheit galt als mitbestimmend.

Machen. Zur Zeit herrscht hier große Arbeitslosigkeit. Die Unternehmer nehmen Rache dafür, daß die Maurer und Arbeiter diesen Sommer ihren Hungerlohn um wenige Pfennige in die Höhe bringen wollten. Werden irgendwo Leute überflüssig, so sind es immer organisierte und vorkennlich die, die am Streik beteiligt waren; während Indifferente und Streikbrecher bevorzugt werden. Auch in bezug auf Einhaltung der vorgeschriebenen Lohnhöhe steht es trübe aus. Derjenige, der den Gehalt von 47,3 verlangt, kann sicher sein, daß bald seine Stundenlöhne sinken. Man sollte nun erwarten, daß die „Christen“, die bekanntlich mit den Unternehmern einen Vertrag haben, den Herren auf die Finger klopfen würden und von ihnen eine Einhaltung des Vertrages verlangen. Aber da kann man lange warten. Gschl steht es mit dem Bauarbeiterbund. Im November strakte ein „christlich organisierter“ Maurer, der, nachdem bemerkt, während des Streiks es fertig brachte, bei Tage zu den neuen Bedingungen und nachts als Streikbrecher zu arbeiten, von Dachsne zur Erde und war tot. Die „christliche“ Zahlstelle vertritt ihn in der „Baugewerkschaft“, ein ehrendes Andenken. Wir können uns nicht vorstellen, was man sollte erwarten, daß die „christliche“ Leitung es nun endlich an der Zeit fände, in Sachen Bauarbeiterbund etwas zu tun. Die Stadtverordneten sind zum größten Teile Parteigenossen, also Parteigenossen unserer „Christlichen“. Wägen sie also von ihren schwarzen Genossen verlangen, daß endlich eine vernünftige Bauarbeiter-Schlichtungsordnung erlassen und - was die Hauptsache ist - auch durchgeführt wird. Aber diese Herren haben ja bessere zu tun. Arbeitete da nicht ein schon gealterter Kollege von uns unter lauter „Christlichen“. Als man sah, daß dieser das Not mehr liebte als das bessere heimische Schwarz und aller Liebe Müß, ihn zum Lebertritt zu bewegen, vergebens war, mußte er aufhören, wobei der Unternehmer Zimmermann erklärte, es wäre auch besser für den Maurer, wenn er sich „christlich“ organisiert. Würde dies einem „Christen“ passieren, wie würde man über Terrorismus schreiben, aber so ist es halt „christliche Nächste liebe“. Mit welchen Mitteln man gegen uns kämpfen zu müssen glaubt, zeigt folgende Episode: Die Frau eines Maurers war mit einem wahren Fanatismus dagegen, daß ihr Mann bei uns organisiert sei. Als unser Vertrauensmann den Kollegen einmal besuchte und mit der Frau vertraulich redete, hatte sie zuletzt keinen richtigen Gegenstand mehr. Sie plagte dann herauf: „Ja, aber für mich doch mit Eurem Mut den Teufel verheimlichen!“ So sehen die Waffen aus, womit man auf dem Lande gegen uns kämpft. Aber wer Wind sät, wird Sturm ernten, und die fahrlässigen Fachabteilungen haben leichtes Spiel. Es ist ja auch für die schwarzen Drahtzieher viel erproblicher, die Auflösung fernzuhalten, sonst könnten die Wünsche der Arbeiter derartige werden, daß den Herren die Pulse ausgehen könnte. War dem Streikdrücker doch während des Streiks die Geschichte schon bräunlich, wider er andere dorthin schickte, wo vielleicht die Polizei für „Ordnung“ sorgte, mit der Erklärung, er müsse sich doch etwas zurückziehen. Ja, da braucht man auch keine Angst zu haben, da bleibt man den Seiten erhalten; aber auch die Verhältnisse bleiben dieselben. Daß die Unternehmern beim Streik an milien-prositieren, zeigt folgendes. Vor uns liegt ein Rundschreiben der Unternehmerorganisation an ihre Mitglieder, worin die Presse normiert werden, die das bauende Publikum zu zahlen hat. Das Schriftstück trägt das Datum: September 1907. Es heißt da unter anderem: Da wir unieren Arbeitern wesentlich höhere Löhne und sonstige Vergünstigungen zugestanden haben, sehen wir uns gezwungen, ab 1. Oktober folgende Sätze in Rechnung zu stellen:

Table with 2 columns: Item description and Amount. Items include: a) für eine Portierstunde, b) eine Maurerlunde, c) eine Handlagerstunde, d) eine Schreiner- oder Zimmerlunde, e) eine Plüscherstunde, f) 1000 genöndliche Ringofenfeine A. 30,50 bis, g) 1 obm Wörl, h) 1 obm genöndlichen Sand, i) 1 obm Schläckland, j) 1 obm weissen Kalk, l) einen Sack Portland-Zement, m) eine Zuhre Schutt, n) 1 obm schwarzen Maurerfand, o) 1 hl Wörl.

Man sieht, hier findet man nichts von der individuellen Leistungsfähigkeit, nichts von den Klassenlöhnen; hier werden Einheitslöhne und Einheitspreise in entzündender Einfachheit gefordert. Unverständlich, ungerecht nannte man unsere Forderung von 50 A Stundenlohn und warf die Bauarbeiter siebzehn volle



Wochen auf Pfahle. Rechnet man, was die Herren an den Materialien (1000 Steine 3. D. Kosten in Wochen M. 20 bis 22) und an den Löhnen profitieren, so kommt pro Maurer und Tag mindestens M. 5 heraus, also ein Meingewinn von mehr als 100 Pst. Da werden die Herren den Schaden, den ihnen der Streik gebracht, wohl bald heraus haben. Aber die Maurer in Arbeit werden wohl noch ein Wörtchen mitzubringen; sobald nur die Konjunktur etwas besser wird, werden wir den frommen Herren etwas beschlisslich sein, die ewige Seligkeit zu erwerben. Denn es steht doch geschrieben: „Eher geht ein Kameel durch ein Nadelohr, als ein Reicher ins Himmelreich.“ Also ist es Pflicht der Armen, dafür zu sorgen, daß der Reichtum nicht zu groß wird. Darum hinein in den Zentralverband, dann wird es schon besorgt werden!

**Cassel.** Der nach den Weihnachtstagen täglich hereinbrechende Winter hat nun auch die wenigen Glücklichsten, die noch in Arbeit standen, zur Arbeitslosigkeit bereit, und so schließt das Jahr 1907 für uns mit Arbeitslosigkeit, wie sie die Signatur des ganzen Jahres gewesen. Seit mindestens zehn Jahren haben wir noch nie eine solche Zeit gehabt, wie es das Jahr 1907 war. Wahrscheinlich wird auch das Jahr 1908 nicht besser werden. Schon das Jahr 1906 endete mit größerer Arbeitslosigkeit, die auch im Anfang des Jahres 1907 nicht wich. Die Privatindustrie lag ganz und gar daneben, der immer fühlbarer werdende Mangel an Geld verdrängte natürlich den Zustand noch, und so kam es, daß die alljährlich im Frühjahr nach Cassel zureichenden Kollegen wochenlang arbeitslos herumirrten, wenn sie es nicht vorzogen, anderswo ihre Domizil auszuwählen. Glücklicherweise war in der Umgebung von Cassel, in den ländlichen Gebieten, eine ziemlich große Bautätigkeit, so daß die Kollegen aus der Umgebung, die nun in Cassel keine Arbeit bekommen, zu Hause oder in der nächsten Nachbarschaft in Arbeit treten konnten. In der zweiten Hälfte des Jahres 1907 besserte sich die Situation etwas, weil eine Anzahl größerer Bauten in Angriff genommen wurde, u. a. das Theater, das Krankenhaus des Roten Kreuzes und mehrere größere Fabriksanbauten; diese liefen jedoch bis zum Schluß dieses Jahres alle im Nothstand vollendet, so daß für das nächste Jahr nur noch die Arbeiten des Ausbaus blieben. Im Bau befindet sich nur ein Neubau, es ist ein größeres Privatbaugebäude, genehmigt sind bisher zehn Bauten; auch der Neubau eines Landesmusikums steht in Aussicht, ebenso sollen die Kavalleriekasernen, deren Fundamente schon fertig gestellt sind und schon ein ganzes Jahr stillliegen, fertiggestellt werden; ob dieses aber im Jahre 1908 geschieht, oder ob es noch einige Jahre hinausgeschoben wird, weiß die Zukunft lehren. Jetzt hat es den Anschein, als wenn die Unternehmer alle Hebel in Bewegung setzen, keine Arbeit aufkommen zu lassen, bevor nicht die Tarifbewegung zum Abschlusse gekommen ist. Trotz dieser mißlichen Verhältnisse hat sich die Mitgliederzahl unseres Zweigvereins auf der Höhe gehalten, die wir hatten, nämlich 1700. Die Höhe der eingegangenen Beiträge bleibt allerdings gegen das vorige Jahr etwas zurück, weil mehr Kollegen als sonst in ländlichen Gegenden arbeiten, wo auch die Beiträge etwas niedriger sind, als im Kolonnengebiet Cassel selbst. Die Beitragsleistung haben sich die Kollegen mit wenigen Ausnahmen recht angelegen sein lassen, aber in Bezug auf die Extrabeiträge hat mancher Kollege geglaubt, er hätte diese nicht unbedingt nötig zu bezahlen, und infolgedessen ist noch mancher im Rückstand. Das muß unbedingt nachgeholt werden. In Anbetracht der bevorstehenden Tarifbewegung ist es nötig, daß wir alle Kräfte zusammenfassen zum gemeinsamen Handeln; feiner darf nicht fehlen. Deshalb muß auch ein jeder einzelne, gleichgültig wo er wohnt, im kommenden Jahre alle seine Kräfte dem Dienst der Organisation widmen.

**Deutsches Kassel.** Die am 29. Dezember tagende Versammlung des Zweigvereins war wieder so schlecht besucht, daß beschlossen wurde, für Mitglieder, die den Veranlassungen fernbleiben, fürs erste eine Strafe von 25  $\mathcal{M}$ , fürs zweite Mal eine Strafe von 60  $\mathcal{M}$  festzusetzen. Die Strafgebühren sollen in die Kassaflasse fließen und besonders geachtet werden. Seit der Bildung des Zweigvereins sind acht Vorstandssitzungen und drei Mitgliederversammlungen abgehalten worden. Der Vorstand lagert vier Wochen im Weiching von den Extras befragen vor. Die Mitglieder hatten nur bis Mitte September alle Maurer gearbeitet und von da an den Beitrag für Arbeitslose gezahlt. Die Gesuche müssen dem Hauptvorstand unterbreitet werden.

**Ermittlung.** Der Zweigverein hielt am 29. Dezember seine Generalversammlung ab. Der Kassierer gab den Quartals- und Jahresbericht bekannt; es war an beiden nichts zu beanstanden. In den Vorstand wurden gewählt: als erster Vorsitzender Stefan Gerlein; als erster Kassierer Wilhelm Wagenmann. Kollege Käfer ermahnte die Mitglieder mit den Unterschieden keinen Verkehr zu pflegen; nur dann wäre es möglich, diese in unsere Reihen zu bekommen. Der Vorsitzende sprach seine Anerkennung für die gut besuchte Versammlung aus; die Kollegen wüßten sich immer so zahlreich einzufinden. Er sprach dann über die Agitation innerhalb des Zweigvereins. Die Kassaflasse dürvanen habe sich zum Verein umgewandelt und eine große Hilfe in dem Zweigverein gerissen. Die Kollegen möchten im neuen Jahre mit neuer Kraft für die Agitation eintreten, da es noch viele Kollege gebe, die uns fern stehen, damit diese Lücke wieder ausgefüllt werde.

**Freiburg.** Am 28. Dezember hielt der hiesige Zweigverein eine Mitgliederversammlung ab. Zunächst wurde der Boykott über das Romanische Lokal einstimmig verhängt. Ueber dasselbe Lokal wurde am 8. März 1907 der Boykott verhängt, weil es der Arbeiterchaft zu Veranlassung nicht zur Verfügung stand, zu einem Vergnügen oder zum ferneren Gebrauch. Am 28. Juni erklärte der Boykott, sein Lokal der Arbeiterchaft zur Verfügung stellen zu wollen; jedoch dauerte das nicht lange, die Arbeiter sollten nicht erst warten werden in diesem Lokal. So teilte Herr Romané am 15. Dezember dem hiesigen Zweigvereinsvorstand schriftlich mit, daß er unter keinen Umständen in seinem Lokal Versammlungen abhalten lassen könne. Nun, die Arbeiterchaft und die Umgebung wird der Sache Bedenken tragen und das Romanische Lokal so lange meiden, bis es ihr zu Veranlassung wieder freigeht. Hierauf hielt Gausvorsitzender Bangerwerbe einen Vortrag über die gegenwärtige Lage im es sei, daß sich die Arbeiter immer mehr und fester in der der Vorstand zusammenfassen. Unter „Verständigen“ wurde der Vorstand beauftragt, Beschwerden gegen den überwiegenden Beamten zu führen, weil er verlangte, daß die Frau eines

Mitgliedes das Versammlungslokal verlasse, was auch geschehen mußte, um der Auflösung zu entgehen. Es war die einzige Frau in der Versammlung. Esch drückte seine Freiheit! Darauf wurde die Versammlung mit einem dreifachen Hoch auf das Gelingen und Blühen des Zentralverbandes geschlossen.

**Görschenhain.** Die hiesige Zählstelle hielt am 28. Dezember eine Mitgliederversammlung ab, also die Quartalsabrechnung geprüft und für richtig erklärt wurde. Ausdem wurde die Bewußtheit des Vorstandes vorgelesen, sowie einige andere Verwaltungsangelegenheiten erörtert. Der Vorsitzende, Kollege Stroh, ermahnte die Mitglieder, besonders die neu in die Verwaltungsgewählten Kollegen, zu treuer Pflichterfüllung, damit die Organisation in allen Stücken zu besserer Wirkung gelange.

**Kaiserlautern.** Am 1. Januar fand in unserer Zählstelle in Wehlbach eine Generalversammlung statt, die von 20 Kollegen besucht war. Nachdem der Kassierer den Geschäftsbericht erlassen, wurde zur Renovation des Vorstandes geschritten. Gewählt wurden: Karl Weber als Vorsitzender, Otto Forster als Kassierer. Der Vorsitzende ermahnte die Kollegen, die Versammlungen dieser zu besuchen, um das Zusammengehörigkeitsgefühl zu stärken. Ein weiterer Wunsch, der ebenfalls einer Abhilfe bedürftig ist, das Nichterhalten der An- und Abmeldung; die Kollegen können zum weitestgehenden Maße nicht in ihren gewöhnlichen Gewerbetrieben oder in sonstigen Arbeit erhalten und müssen daher in weitergelegenen Städten und Orten sich Verdienst suchen. Es müsse sich jeder auswärts Arbeit zu suchen machen, falls ein Zwangsverein am Orte oder in der Nähe vorhanden sei; dort seine Anmeldung zu beibringen und seine Beiträge zu bezahlen. Wenn es sich um die Arbeit zu beschaffen, wenn sie heimkommen, die hier leichte Arbeit gebrauchen. In bezug auf meine Beiträge vor, um sich seiner Pflicht zu entziehen. Wenn Luft und Liebe zur Sache vorhanden ist, können Mühsäße nicht vorkommen. Mit dem Wunsch, daß jeder das Seine zur Stärkung des Verbandes beibringe, wurde die Versammlung geschlossen.

**Kellheim.** In der am 1. Januar tagenden Versammlung des Zweigvereins wurde nach einem Vortrag des Kollegen Haumüller beschlossen, für die Monate Dezember, Januar und Februar einen wöchentlichen Beitrag von 10  $\mathcal{M}$  für die Kassaflasse zu zahlen.

**Kellinghufen.** Wie die Tisch-Dunderische Gewerkschaft Tarifverträge abschließt? Im Zweigverein Kellinghufen haben die Kollegen im vergangenen Jahre viele Wochen um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen gekämpft. Die Unternehmer verlangen die bedingungslose Anerkennung eines von ihnen einseitig aufgestellten Tarifs. Unsere Kollegen wollten hierauf nicht eingehen, wodurch sich heute die Differenzen in Kellinghufen befinden. Wie die Unternehmer nun im Herbst zu der Einigung kamen, daß sich die Maurer und Zimmerer auch in der vorderen Jahreszeit der Dittmar der Unternehmer nicht fügen würden, verriet der Herr Deß, Obermeister der Bauhewerkschaft in Kellinghufen, auf den genauen Besuchen, sich einen Vertreter der Tisch-Dunderischen Gewerkschaft nach Kellinghufen kommen zu lassen, um einen Tarifvertrag mit ihm abzuschließen, obwohl in ganz Schleswig-Nordsee keine im Tisch-Dunderischen Verbande organisierten Maurer und Zimmerer zu finden sind. Ein Herr Häfte aus Kiel, angeblich Vertreter der Tisch-Dunderischen, hat sich dann auch eingestellt, und nachdem dieser Herr dann den Unternehmern in Kellinghufen einen Vortrag über die Harmonie zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer gehalten hatte, ist es auch zwischen ihm und dem Innungspräsidenten zu einem Tarifabschlusse für die Maurer und Zimmerer von Kellinghufen und Umgegend gekommen. Damit es nun auch nicht an Arbeitern fehlt, die nach diesem neuen Tarif arbeiten, hat man einen von unsern Verbandskollegen, der von seinem Unternehmer Hypothekengeld in seinem Haus hat, gezeugen, aus dem Verbandsauszutreten und den Tarif anzuerkennen. Weitere Unterdritten zur Anerkennung des Tarifs wollten aber nicht folgen. Nummer hat sich die Innung entschlossen, aus zu geben. Kurz vor Weihnachten ist den Maurern und Zimmerern ein Schreiben der Unternehmer zugegangen, worin die Unternehmer fordern, den mit dem Tisch-Dunderischen „Verein“ während des Streites abgeschlossenen Tarif durch Unterwerfung anzuerkennen. Wer den Tarif nicht unterschreibt, soll für alle Ereignisse von den Unternehmern in Kellinghufen nicht wieder eingestellt werden. Ob die Tisch-Dunderischen und Zimmerer weitere Dienste in der Art leisten und Maurer und Zimmerer nach Kellinghufen als Streikbrecher jenden werden, bleibt abzuwarten.

**Riegnitz.** Am 29. Dezember v. J. tagte unsere Generalversammlung des hiesigen Zweigvereins. Der Kassierer berichtete über den Jahresbericht. Das Jahr 1907 war für unsern Zweigverein nach außen ruhig, da unser Tarif das zweite Jahr bestand und lebergriffe der Unternehmer nicht zu bezichtigen waren. Nur in der Zählstelle Lüben, die zum Zweigverein gehört, wurden Forderungen gestellt. Leider muß wieder berichtet werden, daß die dortigen Kollegen, als die Unternehmer, wie im vorigen Jahre, die Lohn-erhöhung und die zehnrundige Arbeitszeit bewilligten, nach acht Tagen alle wieder elf Stunden arbeiteten, genau so, wie sie es schon 1906 gemacht hatten. Eine derartige Rücksichtlosigkeit steht wohl in der Geschichte des Verbandes einzig da. Willentlich kommt auch den dortigen Kollegen hoch die Erkenntnis, wenn nicht eher, dann im Schwabenreiter. Die Konjunktur war bei Beginn des Jahres sehr gut, ging aber im September zurück und war im Herbst so schlecht wie nie zuvor. Schuld trägt nur der hohe Zinssatz; wurden doch für Baugelder bis zu 10 Pst. verlangt. Für das nächste Jahr scheint es aber wieder besser zu werden, da am Ort noch Mangel an Wohnungen besteht und auch eine Anzahl öffentlicher Gebäude aufgeführt wird. Wir hatten am Beginn des Jahres 490 Mitglieder, die sich bis auf 534 vermehrten, im dritten und vierten Quartal auf 450 zurückgingen, da am Ort selbst fast gar keine Kollegen mehr beschäftigt waren. Versammlungen wurden 2 abgehalten; davon waren 21 Mitgliederversammlungen, 2 außerordentliche und 1 öffentliche. Es wurden acht Vorträge und fünf Vorlesungen gehalten. Außerdem fanden noch 21 Sitzungen des Vorstandes und sechs Bundeslegierungen statt. Die Versammlungen waren im Durchschnitt von 97 Kollegen besucht. Die Einziehung des Extrabeitrages regelt sich ziemlich gut, so daß die Verpflichtungen einzelner Kollegen nicht eingetroffen sind. Die Quartalsabrechnung schloß mit einem Bestand der Kassaflasse M. 1927,68. Eingetretten sind im Laufe des Jahres 102 Kollegen, wovon 27 erhöhtes Eintrittsgeld bezogen mußten. Im ganzen wurden 17570 Beitragsmarken verkauft. Extrabeiträge wurden 2856 gezahlt. Die Gesamtsumme aus den Beiträgen betrug M. 10 187,26. Es ist das erste Mal, daß in unserm Zweigverein die Einnahmen M. 10 000 übersteigen. Eine heftige Debatte entspann sich nach Verlesen der rückständigen Kollegen. Kollege Anders beantragte, daß die Kollegen, die keine Beiträge zahlen, in ihre Pflichten erinnert werden. Kollege Bohner beantragte noch, wie sich die katholischen Tagelöhner in diesem Jahre erfolglos um Mitglieder bemühten; für die ist in Riegnitz kein Boden. Ferner berichtete Bohner, daß die „Tische“ manchmal über Terroristen in Berichten schreiben, nachdem zwei Kollegen übergriffen waren, darüber gehe man jedoch mit einem Lächeln hinweg; die Stimme des Herrn Seibt lode seinen Mauerer nicht. Bei der Vorstandswahl wurde Kollege Bohner einstimmig wiedergewählt. Als Kassierer wurde Kollege Gust Hofmann neu gewählt. Nach heftiger Debatte wurde ein Antrag des Kollegen Härtel, dem Kollegen Bohner für die Zeit, wo er am Unterrichtsurzug in Berlin teilnahm, M. 75 aus der Kassaflasse zu bewilligen, gegen eine Stimme angenommen. Mit der Aufforderung, im kommenden Jahre wieder voll ihre Schuldigkeit zu tun und den Kampfgeist, von dem die letzten Jahre einige Kollegen manchmal ein Köndchen zuviel hatten, bei allen Kollegen zu pflegen, wurde die Versammlung geschlossen.

**Wagdenburg.** Am 29. Dezember hielt die Zählstelle Diesdorf ihre Generalversammlung ab. Zuerst verlas der Kassierer die Abrechnung vom vierten Quartal und den Jahresbericht. Die Mitgliederzahl betrug am Jahreschluss 112, davon waren 7 Ehrenmitglieder und 1 Mitglied wegen Krankheit auf Grund des § 26 des Statuts beurlaubt. Die Abrechnung ergab bei einer Bruttoeinnahme von M. 3217,13 und einer Ausgabe von 2991,87 einen Restbestand von M. 625,26. Bei der Vorstandswahl wurde als erster Vorsitzender Kollege Aldert Schulte gewählt. Als Kassierer wurde der Kollege Hermann Häger wiedergewählt. Unter „Verständigen“ entspann sich eine lebhafte, teilweise sogar erregte Debatte. Die Arbeitslosigkeit war im Sommer und Herbst sehr groß, worauf die vorbesagte Mithimmung zurückzuführen ist. Nach dieser Aussprache beschloß man, zum nächsten Verbandstage einen Antrag zu stellen, wonach Gehaltsrückstellungen und Extrabeiträge nur durch Abstimmung herbeigeführt werden können.

**Mariental.** Sonntag, den 22. Dezember, tagte in unserm Vereinslokal „Zur Schärer“ die regelmäßige Monatsversammlung, die aber sehr schlecht besucht war. Von 85 Mitgliedern waren nur 25 erschienen, und das waren die Kollegen, die immer da sind, die anderen hatten es nicht für nötig, überhaupt in den Versammlungen zu erscheinen. Der Vorstand forderte die Kollegen auf, die Organisation auch in den beurlaubten Wochen zu pflegen und zu pflegen, denn die Unternehmer seien darauf bedacht, unsere Organisation zu zeripern. Deshalb sei es Pflicht eines jeden Kollegen, in den Versammlungen zu erscheinen und mitzuarbeiten. Ferner ermahnte der Vorsitzende die Wochen- und Extrabeiträge voll zu zahlen, damit keine wegen Schulden gefangen werden muß.

**München.** Sonntag, den 29. Dezember, tagte im großen Saale des Gaderkellers eine von ungefähr 1700 Kollegen besuchte Maurerverammlung, um darüber zu beraten, ob der im Jahre 1905 abgeschlossene Tarifvertrag gekündigt werden soll oder nicht. Gauleiter Kollege Hart führte den Kollegen den Ernst der Situation vor Augen und warnte vor einem übereilten Beschlusse. Mit trefflichen Worten beleuchtete er die Entwicklung der Organisation in München seit dem Jahre 1904 bis heute; aber zugleich auch das Wadigen der Arbeiterorganisation. Was die Kündigung des Tarifs selbst betrifft, so hat sowohl der Verbandsvorstand als auch die Leitung in München dies den Mitgliedern selbst überlassen. Da trotz der in Berlin abgehaltenen geheimen Unternehmerversammlung (in der ein aller Menschenrechte gehöher Propädeutischer Buchausarbeitungsvertrag, der uns auf Jahre hinaus zu Sklaven der Unternehmer machen soll, beschloffen wurde) unser Oberjahrsmacher Feilermeister mit unserer Organisation im Jahre 1905 abgeschlossener Tarifvertrag nicht gekündigt hat, es aber gerade Feilermeister war, der in Berlin bei der Beratung dieses Judstausarbeits des Oberjahrsmacher spielte, so möchte er wohl den Tarif noch ein Jahr weiterlaufen lassen, um damit die Münchner Kollegen mit Hilfe der Unternehmer ganz Deutschland im nächsten Jahre niederzuringen; er will aber in der öffentlichen Meinung, wenn der Tarif von unserer Seite gekündigt wird, als unschuldig verfolgter Mann dastehen. Daß es den Unternehmern darum zu tun ist, eine Maßprobe zu wagen, beweist die Massenkündigung der Tarife in Rheinland-Westfalen usw. Nachdem Hart nun den Kollegen die Schwere des Kampfes vor Augen geföhrt hatte, forderte er diese auf, bei einer etwaigen Kündigung des Tarifs Mann für Mann zum Kampfe gerüht zu sein. Vor allem sei es Pflicht der Kollegen, den Anordnungen der Leitung unbedingt Folge zu leisten und diese nach Kräften zu unterstützen. Verschiedene Diskussionsredner erklärten, unter den gegenwärtigen Verhältnissen unter keinen Umständen mehr weiterzuarbeiten, sie forderten die Kollegen auf, diesen Tarif zu kündigen. Hierauf läßt der Vorsitzende, nachdem er die Versammlung noch einmal auf die Schwere des Kampfes zu lassenden Beschlusse aufmerksam gemacht hatte, darüber abstimmen, ob die Tarife für Hoch- und Tiefbau gekündigt werden sollen. Es ergibt sich bei beiden Abstimmungen eine Einigkeit, wie sie bis jetzt noch nicht in München dagewesen sein dürfte. Hart dankte den Kollegen für die Zustimmung, mit der sie für die Kündigung des Tarifs eingetreten sind und fordert sie nochmals auf, auch in Zukunft so einmütig zu handeln, wie sie es heute getan haben. Hierauf schloß der Vorsitzende Metzger die so impotant und schon verlaufene Versammlung mit einem Hoch auf die Organisation.

**Neumünster.** Hier ist am 31. Dezember 1907 der im Jahre 1905 mit der Innung vereinbarte Tarifvertrag abgelaufen. Eine Mitgliederversammlung unseres Zweigvereins beschloß, der Innung nach den Bestimmungen des alten Vertrages zum 1. Oktober 1907 eine Lohnforderung zu unterbreiten. Nachdem dieser Beschluß zur Ausführung gekommen war, haben die Unternehmer zwei Sitzungen anberaumt, zu der die Lohnkommission des Zweigvereins hinzugezogen wurde, um über die eingereichten Forderungen zu verhandeln. Eine Einigung konnte nicht erzielt werden, weil die Unternehmer zu wenig Entgegenkommen zeigten. Nachdem die Verhandlungen resultatlos verlaufen waren, erhielt die Lohnkommission am 15. Dezember von den Unternehmern folgendes Schreiben: „Nachdem Sie durch Ihr Schreiben vom 8. d. Mts. das Angebot der Innung abgelehnt haben, die Innung aber beschloßen hat, an diesem Angebot — 66  $\mathcal{M}$  pro Stunde (bis-



ber betrug der Stundenlohn 53 %) bei zweijähriger Vertragsdauer festzuhalten, besteht keine Möglichkeit mehr, einen neuen Lohnvertrag mit ihnen gemeinschaftlich zu vereinbaren. Die Innung hat daher beschließen, einen neuen Lohnvertrag, gültig vom 1. Januar 1908 bis 31. Dezember 1909 mit einem Stundenlohn von 56 % anzustellen. Dieser Lohnvertrag wird vom 1. Januar 1908 an aufwärts vorgelagt werden; wer seinen zur schriftlichen Anerkennung vorgelagert wird; wer diese schriftliche Anerkennung verweigert, wird nicht beschäftigt. Dies teilen wir Ihnen auf Ihr Schreiben vom 7. D. M. mit.

Der Vorstand der Innung Bauhütte.  
W. R o h d e r, Obermeister.

Diesem Schreiben folgte dann am 17. Dezember 1907 eine weitere Mitteilung, der von der Innung aufgestellte Tarif befreit war. Am 29. Dezember 1907 beschäftigte sich eine stark besetzte Mitgliederversammlung im „Glycium“ mit dem terroristischen Vorgehen der Unternehmer. In dieser Versammlung sprachen die meisten Redner ihre Empörung über das Vorgehen der Unternehmer aus. Es wurde besonders hervorgehoben, daß es auf dem Grund der Absicht der Unternehmer gewesen sei, ein neues Vertragsverhältnis mit unseren Verbänden einzugehen. Diese Annahme wurde dadurch bestätigt, daß die Innung von Anfang an den Vertreter des Verbandes nicht zu den Verhandlungen zulassen wollte. Alle Redner waren sich aber darin einig, daß, wenn die Unternehmer glauben sollten, uns durch ihr Vorgehen zu einem Kampfe provozieren zu können, wir hierauf nicht eingehen dürfen. Unsere Absicht sei bei Eingabe der Forderung nicht gewesen, einen Kampf mit den Unternehmern herauszufordern, im Zweigverein war vielmehr die Meinung vorherrschend, auf dem friedlichen Wege der Verhandlung eine der herrschenden wirtschaftlichen Lage angemessene Verbesserung zu erzielen. Dieser Gedanke und diese Absicht behielt auch heute noch. Die Versammlung nahm hierauf folgende Resolution gegen einige Stimmen an: Die am 29. Dezember 1907 tagende Mitgliederversammlung hat von dem einseitig aufgestellten Tarif der Innung Kenntnis genommen. Die Versammlung bedauert, daß die Innung das alte Vertragsverhältnis mit der Organisation nicht weiter aufrechterhalten will. Am aber den Frieden zu wahren, soll es jedem Mitgliede überlassen bleiben, sich mit seinem Unternehmer abzugeben.

**Schleiz.** Am 24. Dezember d. J. hielt der diesjährige Zweigverein seine Generalversammlung ab. Bei möglichem Besuche wurde die Versammlung vom Vorsitzenden eröffnet; er bedauerte, daß bei der letzten Jahreszeit die Mitglieder zu versammeln kaum sind. Daraufhin wurde vom Vorsitzenden der Jahresbericht verlesen, der von der Versammlung anerkannt wurde. Hierauf wurde der Kassierbericht verlesen; er wurde für richtig befunden und dem Kassierer obzueigelt. Um wurde darüber gesprochen, wie wir im nächsten Jahr arbeiten wollen. Der Vorsitzende wies darauf hin, daß wir im Herbst am Seminarbau Gelegenheit hatten, zu sehen, was die Unternehmer für Lohn zahlen können. Den Fremden zahlten sie 45 % und die Anstaltlichen arbeiten für 35 %. Deshalb müßten wir unseren Vertrag kündigen. Der Vorsitzende stellte den Antrag, im nächsten Jahr nicht unter 45 % zu arbeiten. Es wurde beschlossen, den Vertrag zu kündigen und im nächsten Frühjahr bei reger Bauaktivität, einen Lohn von 45 % zu fordern. Bei der Neuwahl des Vorstandes wurden der erste Vorsitzende sowie der erste Kassierer einstimmig wiedergewählt.

**Unterweßbach.** Am 25. Dezember d. J. hielt der Zweigverein seine regelmäßige Mitgliederversammlung ab, die aber so schlecht besucht war, daß dies unbedingt in der Öffentlichkeit gerät werden muß. Obgleich wir hier schon lange an einen schlechten Versammlungsbesuch gewöhnt sind, zeigt doch die letzte Versammlung, wie wenig Interesse die Kollegen an ihrer Organisation haben. Außer dem Vorsitzenden waren 17 Mitglieder erschienen. Also hier herrscht die Gleichgültigkeit, die aller Beschreibung spottet. Den Kollegen von Curodorf hauptsächlich scheint nicht viel an der Organisation zu liegen; nicht einmal der Hilfskassierer hält es für nötig, in die Versammlung zu gehen, damit wir unseren Jahresabschluss erledigen können. Dasselbe gilt von dem Hilfskassierer von Mellenbach. Als Delegierter zur Gaukonferenz wurde der Kollege Otto Weber aus Mellenbach einstimmig gewählt. Der Vorsitzende verlas ein Schreiben des Gauvorstandes, in welchem empfohlen wird, während der zwölf beitragsfreien Wochen einen Sozialbeitrag von 5 % pro Woche zu erheben. Dieser Punkt wurde, weil nicht acht Tage vor der Versammlung bekanntgegeben, zur nächsten Versammlung vertagt. Der Vorsitzende beantragte, die rüchständigen Kollegen noch einmal mit einer Hausagitation zu beehren. In „Verständnis“ wurden drei Kollegen, die über zwölf Wochen krank sind, je 8 M mit Abzug der Beiträge gewährt. Für die am 19. Januar stattfindende Mitgliederversammlung soll täglich agitiert werden, damit die Kollegen, die sich so wenig um Versammlungen und Versammlungsbeschlüsse kümmern, einmal zahlreich erscheinen. Da auch die Vorstandswahlen in dieser Versammlung stattfinden, ist es besonders für die Kollegen, die an den leitenden Personen immer etwas zu nörgeln haben, an der Zeit, einmal ihrer Meinung durch die neue Wahl Ausdruck zu geben. Also, Kollegen, befehl Euch! In der Zukunft erscheint alle zur Versammlung!

**Wandsburg.** Am 4. Januar tagte unsere regelmäßige Mitgliederversammlung. Zweck betraf der Kassierer die Quartals- und Jahresabrechnung, die von den Kollegen gutgeheißen wurde. Dann wurde die Vorstandswahl vorgenommen, bei der der alte Vorstand wiedergewählt wurde. Weiter wurden die Kollegen Jette, Hausmann und Wlochowicz in die Lohnkommission gewählt und begünstigt, den Unternehmern eine Lohnforderung von 43 % in der Stadt und 45 % über Rand, bei zehnteilhalbstündiger Arbeitszeit, zuzufeststellen. Sodann wurde beschlossen, der Zentralratentafel der Maurer Deutschlands „Grundstein“ beizutreten. Es erklärten sich gleich zwölf Mitglieder durch Unterschrift zum Beitritt bereit; worauf Ernst Hausmann als Bevollmächtigter, und Johann Wlochowicz als Kassierer gewählt und beauftragt wurden, die weiteren Schritte zu tun, damit die Zahlstelle am 1. Februar dieses Jahres in Kraft tritt. Da hier im Falower Kreise ein Wahlverein gegründet ist, so forderte der Kollege Jette die Mitglieder zum Beitritt und zur Agitation für diesen Verein auf. Nach Erledigung einiger minder wichtiger Angelegenheiten erfolgte Schluß der Versammlung.

**Vegefall.** (Jahresbericht für 1907.) Am Anfang des Jahres gaben wir im „Grundstein“ unsere Ansicht dahin

Ausdruck, daß für 1907 eine gute Bauaktivität in Aussicht läge; damit sollten wir für die erste Hälfte des Jahres auch Recht behalten. Es war möglich, in den Monaten März bis Anfang Juli eine ganze Anzahl auswertiger Kollegen hier unterzubringen. Eine Menge streifer Kollegen aus Berlin und der Provinz sagten während der diesjährigen Lohnbewegungen hier in Arbeit gefunden. In diese Zeit fiel nun auch das Ende des zwischen dem Gesellenrat und der Innung „Bauteile“ im Jahre 1905 abgeschlossenen Tarifvertrags. Selbstverständlich waren unsere Kollegen nun auch befreit, sich von den Erträgen der letzten Bauperiode etwas abzuteilnehmen, und so wurde am 1. Mai den Unternehmern eine Forderung auf Erhöhung des Lohnes und Verzinsung der Arbeitszeit gestellt. Das Unternehmertum, das bei uns ziemlich stark vertreten ist (250 Gesellen und 49 Maurermeister), geriet in dieser Zeit unter die Fänge des Arbeiterverbandes des Bauergewerks für das untere Weser- und Gesenbüchel, und so entstand im Anfang April der Ortsverband Vegefall. Mit diesem haben dann im Wesen des Kollegen Jette während des Monats Mai Tarifverhandlungen stattgefunden, die ihren Abschluß durch Anerkennung der Organisation und einen neuen Vertrag fanden. Erreicht wurde eine Erhöhung des Stundenlohnes von 47 % auf 52 %. Eine Verzinsung der Arbeitszeit fanden die Unternehmer ablehnend gegenüber mit der Begründung, die Arbeitszeit nicht unter die der großen industriellen Betriebe (Schiffswerk „Bremer Vulkan“, Bremer Wollmanufaktur, Waidplattentabakfabrik usw.) herabsetzen zu können. Nun erleben wir, daß, nachdem durch friedliche Verhandlung die Arbeitszeit auf den Saizfünftel auf 9 1/2 Stunden herabgesetzt wurde, das Bauergewerk hier den Nachschub bietet. Wie lange es noch dauern wird, bevor die Herren des Bauergewerks soviel Verstand zeigen wie die Herren des Schiffbaues, wird uns die Zukunft bald lehren. Ein kräftiger Einwand, den wir dieses Jahr haben auch noch gelten lassen, ist aber unseren Vorgesetzten Unternehmern aus den Händen geschlagen worden. Der Vertrag ist, soweit bis jetzt ersichtlich, von unseren Kollegen auch strikte innegehalten worden, und wir werden auch weiterhin dafür sorgen, daß von keiner Seite Seitenprünge gemacht werden. Mitte des Sommers ging die Arbeitslosigkeit bedeutend zurück und jetzt arbeitet ein großer Teil der hiesigen Kollegen in den Nachbarstädten. Dies zeigt an, besten die Mitgliederzahl. Sie betrug im 1. Quartal 260, im 2. Quartal 277, im 3. Quartal 240, im 4. Quartal 215. Verloren gingen uns durch Austritt 4 Mitglieder, die als Unternehmer teilweise dem Arbeitgeberverband beiträgen und dort Vorwissen geworden sind. Wegen Austritts wurde ein Kollege, gestorben ist ein Kollege; wegen Beitragsrückstände werden zwei Mitglieder gestrichen. Einen sehr guten Abschluß haben wir dieses Jahr im Kassierenwesen zu verzeichnen. Beitragsrückstände haben wir so gut wie gar nicht; der Ertragsbeitrag ist von allen Kollegen ohne Ausnahme voll entrichtet worden. Der regelmäßige Wochenbeitrag wurde ab 1. Juli auf 65 % erhöht, vorher betrug er 55 %. Die Zahlung des Vorstandes war in diesem Jahre recht umfangreich, haben doch inklusive der Lohnkommissionstätigkeiten 43 Sitzungen des Vorstandes stattgefunden. Mitgliederversammlungen sind 17, öffentliche S abgehalten worden. Der Umfang der schriftlichen Verwaltungsarbeit zeigt sich im Ausgang von 213 Briefen, 147 Postkarten, 13 Druckdrucken, 27 Gebildungen, ohne die Postsendungen, die sich zur Verbreitung des „Grundstein“ nötig machten. Im Bauarbeiterklub ist keinerlei Versicherung eingetreten; auch eine Senatsvorlage für das Bremische Staatsgebiet brachte keinerlei Veranlassung. Na, hoffentlich bräutet uns den Sitzungen vor zur Durchberatung der Vorlage von der bremsischen Bürgerchaft niedergesetzten Kommission noch etwas Brauchbares heraus. Allzu großen Hoffnungen dürfen wir uns aber nicht hingeben, denn wir wissen aus Erfahrung nur zu genau, daß der bremsische Feind von Arbeiterfreundlichkeit trief, solange es bei Worten bleibt, aber Zaten! So, Bauer, es ist etwas anderes! Nach einem Umhang werden wir in Zukunft etwas mehr Aufmerksamkeit spenden müssen, nämlich der geradezu schrecklichen Erziehungs-„ausbildung“. Hier handelt es sich um die Herren Innungsmeister getreu nach der Devise: „Verdient Euch“. Haben wir doch Herren, die die Werbung des Handwerks dadurch erstreben, daß sie nebst einem Hofbesitzer den bis-hier besten Lehrling beschäftigen; andere wieder sind in der unangenehmen Lage, einem jungen Mann im vierten Lehrjahre den horrenden Stundenlohn von 16 % zahlen zu dürfen. Was eine besondere Wohlthat ist es den jungen Leuten dann noch anzurechnen, wenn sie nach Ablauf der vierjährigen Lehrzeit noch 10 % unter dem Gesellenlohn arbeiten dürfen. Ihr jungen Leute, wenn Ihr wollt das Maurerhandwerk erlernen, dann kommt und tretet bei Mitgliedern der Bauergewerksinnung „Bauteile“ für den Kreis Blumenthal in ein Lehrverhältnis, dann habt Ihr schon hier ein Stück des schönen Jensteins! Es ist auch ganz gleich, ob wir neben den 250 Gesellen und 6 Dutzend Jungens noch soweit kommen, daß auf einen Gesellen auch ein Unternehmer und ein Lehrling entfällt. Die Einnahmen im Zweigverein waren recht gut: Es wurden verkauft an Eintrittsmarken 32 à 50 %, 12 à 1.50, 2 à 3 M; an Arbeitslohnmarken 250 à 25 %, an Beitragsmarken 10625. Hieraus betragen die Einnahmen A 5276,25. Außerdem wurden 1528 Ertragsmarken an die Mitglieder verabsolgt zum Preise von M 1248,30. Die gesamten Einnahmen für die Hauptkasse betragen demnach M 6524,55. Davon wurden an die Hauptkasse abgehandelt M 4722,06. Hauptkasseneinbezug wurden an Orte für folgende Zwecke verwendet: für Krankenunterstützung M 371,65, Sterbegeld an Hinterbliebene M 142,50, Reiseunterstützung M 44,25; Anteil des Zweigvereins an den Beiträgen und Eintrittsgeldern M 1244,49. Die Einnahmen der Sozialkasse betragen inklusive alten Kasienbestand und M 1244,49 Anteil an den Beiträgen M 4054,79; die Ausgaben der Sozialkasse weisen folgende Posten auf: für Schriften (Kalender, Protokolle usw.) M 70,50, Beiträge an den Gau M 52, an das Gewerkschaftsamt M 143,23, an das Arbeiterreferat M 231,60, an die Bauarbeiterkommission M 10, Unternehmung an einzelne in Arbeit befindliche Kollegen M 81,80, Agitation innerhalb des Zweigvereins M 52,45, Staatlich-aufnahmen M 17,30, für Spring-Verordnener M 24,40. Die persönlichen Verwaltungskosten beanspruchten die Summe von M 352,45; darunter befinden sich M 25 Einzahlung an den Vorsitzenden, M 100 an den Kassierer, M 25 an den „Grundstein“-Kolporteur, M 75 Sitzungsgelder. Für sachliche Verwaltung wurden verausgabt an: Unkosten M 12,90, Porto M 61,20, Schreibmaterial M 4,16, „Grundstein“-Stempelposten und Einlagen der Beiträge M 882,33, Annoncen M 44,50, Druckdrucken M 49,98, Sonstiges M 24,10; insgesamt M 998,96. Außerdem wurden dem Kreiswahlverein M 100 übergeben, während an

franke Mitglieder aus Iosafen Mitteln M 547,50 Krankenzuschuß bezahlt wurden. Alles in allem wurden eingenommen M 9524,85, ausgegeben M 6162,84; Restant an Jahresabschluss M 1372,01. Die durchschnittliche Mitgliederzahl ist gegen das Vorjahr fast geblieben und beträgt 955. Auf ein Mitglied entfallen somit 42,62 Wochenbeiträge. Im dritten Quartal waren 240 Mitglieder vorhanden; es entfallen durchschnittlich auf ein Mitglied demnach 10,58 Ertragsbeiträge. Die Leistung pro Mitglied beträgt demnach M 84,49. Durch diese Opfer an die Organisation war es möglich, den durchschnittlichen Jahreserwerb eines Kollegen in diesem Jahre um pro-Stunde 5 %, pro Jahr 2200 Stunden) M 110 zu erhöhen. Die Maurer Begegnung können mit Stolz auf dieses Jahr zurückblicken. Auf keinen Fall dürfen aber jetzt die Hände in den Schoß gelegt werden, sondern: von neuem heißt es jetzt uns Werk geben, wenn wir den vom Deutschen Arbeitgeberbund für das Bauergewerk herausbekämpften und genau bis ins Detail ausgearbeiteten Verhandlungsstempel mit der richtigen Würde an uns heranbringen lassen wollen. Die Aufgaben für das neue Jahr sind für uns nicht leicht als ungenügend zu bezeichnen, sondern es steht wohl eine mittlere Bauaktivität in Aussicht; vorläufig sieht es hier aber trübe aus.

**Walfrieder.** Am 29. Dezember fand unsere regelmäßige Mitgliederversammlung statt, deren Besuch diesmal zufriedenstellend war. Zuerst wurde die Neuwahl des Zweigvereinsvorsitzandes vorgenommen; als erster Vorsitzender wurde Richard Pfeffer und als erster Kassierer Fritz Schärfe gewählt. Mit der Vertretung des Zweigvereins auf der Gaukonferenz wurde Kollege Wilhelm Schärfe betraut. Dann wurde beschlossen, bei der Firma „Walfrieder Gipsfabrik“ in Zukunft nicht unter 70 % Stundenlohn und Vergütung des Jahresgebes dritter Klasse in Arbeit zu treten. Diese Firma, deren Inhaber Fritz Mose ist, braucht ihrer Kollegen zu auswertigen Arbeiten, wobei es manchmal zu Inaktivitäten bei der Lohnzahlung gekommen ist. Es wurden Schöne von 55 bis 65 % gefordert. Ein Kollege mußte sich gegen Lohnabzug von M 14,20 gefallen lassen. Da ist es nötig, der Firma energisch entgegenzutreten. Zuletzt legte der Vorsitzende den Kollegen aus Herz immer einmütig und eng zusammenzufassen, damit unser Vorhaben gut gelingen möge. Mit einem Hoch auf den Verband schloß die Versammlung.

**Würgburg.** Am 22. Dezember tagte in der Zahlstelle Rimpur eine Mitgliederversammlung. Kollege Engelhard referierte über die Pläne des Arbeitgeberverbandes für das Bauergewerk für das Jahr 1908. Er behandelte besonders das vom „Grundstein“ Nr. 49 beigegebene Protokoll, wonach zu schließen ist, daß wir in kurzer Zeit vor großen Kämpfen stehen werden, woraus wir die Lehre zu ziehen haben, uns besonders zu rüsten, zumal unser Zweigverein als unvollständiger Nachbar für den Waingau in Frage kommt. Die Kollegen, die im Sommer nicht für die Notwendigkeit der Ertragsbeiträge zu überlegen waren, büßten durch die Verschärfung dieses Protokolls eines besseren belehrt worden. Das für unseren Zweigverein recht ungewöhnliche Jahr 1904 dürfte noch manchem Kollegen in früher Erinnerung sein. Es gilt also zu zeigen, daß auch unser Verband einflußreich geworden ist und sich nicht von Arbeitgeberverbänden aufdrängen läßt. Hierauf wurden drückliche Angelegenheiten behandelt, besonders die letzte Vorkommnisse an, Wagnis der Taubstummenanstalt, wo das Verhalten der Kollegen nicht einwandfrei war, was auch Kollege Engelhard eingehender rügte. Weiter wurde über die Wiedereinnahme des Kollegen Friedrich verhandelt. Die Versammlung beschloß, Kollegen Friedrich unter entsprechender Nachzahlung von Beiträgen und erhöhtem Eintrittsgeld wieder aufzunehmen. Kollege Färlein nimmt Stellung zu einem Bericht in Nr. 49 des „Grundstein“, vom Zweigverein rüffigen, worin die Zahlstelle Rimpur in ein schlechtes Licht gestellt wird. Der Vorstand der Zahlstelle unterbreitete der Versammlung folgende Resolution, die nach kurzer Diskussion einstimmig angenommen wurde: „Die Versammlung hält es für unrichtig, mit solchen Berichten gleich an die Öffentlichkeit zu gehen. Die Kollegen nehmen das Recht für sich in Anspruch, überall zu arbeiten, zumal für die in Würgburg und Umgebung vorhandenen Maurer an Orte selbst keine ausreichende Arbeitslosigkeit vorhanden ist. Sollten sich jedoch aus dem Arbeitsverhältnis zwischen Freunden und anständigen Kollegen Differenzen ergeben, so ist unter der Beteiligung zunächst mündlich zu verhandeln. Der „Grundstein“ ist hier nicht als erstes, sondern als letztes Mittel in Anspruch zu nehmen.“

**Friesenleger.**

Erste Konferenz der Verbandsektionen der Friesenleger und Plattenanleger.  
Nach einem Beschluß unseres Arunter-Verbandsstages (Göln 1907) können die unseren Verband angehörenden Spezialbranchen in Wollschenträumen von zwei zu zwei Jahren Landeskonferenzen abhalten, um Fragen, die in bezug auf Agitation und Lohn- und Arbeitsbedingungen für die jeweilige Branche von allgemeiner Bedeutung sind, zu besprechen und zu regeln. Die Notwendigkeit einer solchen Konferenz hat sich nun zunächst für die Friesenleger und Plattenanleger herausgestellt, da sich deren Arbeit in den meisten Großstädten zu einem ausgeprägten Spezialgewerbe herausgebildet hat. In Anerkennung des Bedürfnisses nach einer besseren Regelung verschiedener Fragen hat der Verbandsvorstand eine Konferenz einberufen, die am 30. und 31. Dezember im Gewerkschaftshaus zu Hamburg tagte. Es waren 28 Sektionen, in denen 1146 Mitglieder vereinigt sind, durch 17 Delegierte vertreten; auch von der freien Vereinigung der Friesenleger, die hoffentlich bald dem guten Beispiel der Maurer von der freien Vereinigung folgen, waren zwei Kollegen als Gäste anwesend. Der Verbandsvorstand war durch zwei, der Aufsicht und die Beobachtung des „Grundstein“ durch eines dieser Körperpersonen vertreten; außerdem waren als Gäste anwesend der Gauvorsitzende und der Zweigvereinsvorsitzende von Hamburg.  
Da die Konferenz beschlossen hat, daß das demnächst erscheinende Verhandlungsprotokoll von allen Sektionen in der Zahl ihrer Mitglieder bezogen werden soll, nehmen wir hier von der Wiedergabe der Debatten Abstand und begnügen uns mit der Veröffentlichung der gestrichen Beschlüsse. Bezüglich der Organisation sind folgende Bestimmungen bis auf weiteres maßgebend:  
1. Die Friesenleger- bzw. Plattenanlegerbranche bildet im Zentralverbande der Maurer Deutschlands eine besondere Berufsabteilung.



Zentralkrankenkasse. (Grundskizze zur Einigkeit.)

In der Woche vom 29. Dezember 1907 bis 4. Januar 1908 sind folgende Beiträge eingegangen: Von der freiwilligen Verwaltung in Frankfurt a. M. 300, Dresden 300, Bitterfeld 200, Gammur i. L. 150, Benndorf 150, Tschel 150, Sorau 150, Paradies 150, Budow 150, Geheile 140, Rheinb. 137, Raffensheide 100, Moorburg 100, Langenja 100, Mariendorf 100, Ralf 100, Güttrow 100, Wänden i. S. 100, Altbaum 100, Ludowig 100, Oppau 86,57, Nauen 80, Reuhaus a. d. E. 80, Stodelsdorf 80, Mühlsdorf 75, Gilsberg 71,93, Abterode 70, Gransee 50, Burg b. M. 50, Wefenkleben 50, Silberz 40, Summa M. 3460,50.

Zuschüsse erhielten: Berlin M. 8000, Stettin 1600, Kiel 600, Spandau 600, Breslau 500, Friedländerberg 500, Halle a. d. S. 400, Bernau i. d. M. 400, Hamburg-Eppendorf 400, Wittenau 300, Oranienburg 300, Birna 300, Schwesdower 370, Fährtenwalde 250, Mamel 240, Groß-Rendorf 200, Königberg i. Pr. 200, Eppelheim 200, Cassel 200, Stöck 200, Duerberg 150, Ottenberg-Orfilla 100, Friedenan 100, Wädingen 100, Halbe 100, Worms 100, Oppau 100, Ohlau 100, Wiesbaden 100, Arnsholt 100, Landstuhl 50, Hana 11,16, Plauen i. Voigtl. 50, Elrich 50. Summa M. 14.831,18.

Altona, den 4. Januar 1908. Karl Reich, Hauptkassierer, Wilhelmstr. 57.

Vom Bau. Das Baujahr 1907 nach Arbeiterdarstellungen.

Der Gau Dresden umfasst die Kreisbauhauptmannschaften Dresden und Kamenz. Die hier in Betracht kommenden namhaftesten Orte sind außer Dresden: Weiden, Freiberg, Birna, Riesa, Großenhain und Sebnitz. Die jährliche Arbeitslosen-Zahl in Dresden ist seit dem Jahre 1904 an einer sehr schmerzhaften Höhe des Baugewerbes, die damals nach einer jäghelosen Spekulation wie ein Ungewitter hereinbrach. Auch das abgelaufene Jahr hat keine Besserung gebracht: Die Bauwirtschaft begann noch schlechter als im Jahre 1906. Dafür einige Zahlen als Belege: Im ersten Halbjahr 1907 wurden 1273 Bauten aller Art, darunter 187 Wohnhäuser, fertiggestellt. In demselben Zeitraum 1906 nur 1074 resp. 101, und 1907 gar nur 861 resp. 56. Der Wohnbau ist ziemlich ganz eingestiegen; auch im zweiten Halbjahr 1907 sind nur einige neue Häuser im Bau begriffen.

Die Ursachen der verminderten Privatbauwirtschaft sind hauptsächlich in der früher zu großen Bauwirtschaft zu suchen. Am 12. Oktober 1904 standen 9005 (7,58 pSt.) Wohnungen leer. Infolge der schon in den Jahren 1906 und 1906 verminderten Bauwirtschaft war die zum selben Datum 1906 die Zahl der leerstehenden Wohnungen zwar auf 7842 (6,8 pSt.) zurückgegangen; aber auch das ist noch kein Verhältnis, die überliegende Bauwirtschaft zu erweisen. Erheblicher für das Bauwesen wirkte auch die Haltung des Stadtrats, der den Bauwirtschaftlichen mancherlei Schwierigkeiten bereite. Natürlich tut auch der lähmende Zustand des Geld- und Kreditmarktes das seine. Trotzdem waren am 1. Oktober, wo sonst die Baukonjunktur nicht die beste war, 300 Maurer mehr beschäftigt, als im Frühjahr und am selben Zeitpunkt 1906. Diese Mehrbeschäftigung ist aber noch kein Beweis, daß wir nur endlich aus der Bauwirtschaft heraus sind. Wenn auch die großen Kommunalbauten nicht den Einfluß auf Arbeitslosigkeit haben, den ihnen Stadtrat und Stadterwerberratkollegium beilegen, so ist doch nicht von der Hand zu weisen, daß der Rathaus- und Schlachthausneubau die Arbeitslosigkeit merkbar beeinflussen müssen. Läßt die Spannung auf dem Geldmarkt nach, so ist zu hoffen, daß die Bauwirtschaft in Dresden im nächsten Frühjahr wieder normaler wird.

In den kleineren Städten und auf dem Lande war die Bauwirtschaft im Gegensatz zur Hauptstadt überall gut. Nur Birna machte eine Ausnahme. In der Bezirk Sebnitz-Meuschitz, Freiberg, Dippoldiswalde, Sayda, Großenhain, Schandau und Königsdorf war sie sogar außerordentlich gut. In Sebnitz-Meuschitz ist es die sich auf entwickelnde Blumenindustrie, in Freiberg und Königsdorf waren es Militärbauten, die die Bauwirtschaft günstig beeinflussten. In sehr vielen Orten, besonders in Dörfern, sind Schulbauten aufgeführt worden. Ueberhaupt hat die öffentliche Bauwirtschaft einen erheblichen Teil dazu beigetragen, daß in vielen Orten Mangel an Maurern vorhanden war. Auf dem platten Lande äußerten sich die Wirkungen der Agrarpolitik, indem die Scheunen-, Stall- und auch Wohnhausbauten angehalten wurden. In Birna war die Bauwirtschaft im ganzen Jahr schlecht. Die Arbeitslosigkeit wurde aber durch die gute Arbeitsgelegenheit in benachbarten Bezirk Mügeln gemindert. Mügeln wurde durch den Baufrucht vor einigen Jahren entdunkelt. Seit haben sich die damals von dem Stadt betroffenen Industrien wieder erholt, teilweise sind neue entstanden, so daß wir in dem ganzen Bezirk wieder eine Wohnungsnot haben. Nun kann hier der milde Taumel der Bauwirtschaft wieder beginnen. Die Mitgliederzahl hat sich im Gau um 350 erhöht; sie kann jedoch nicht als Maßstab für die Konjunktur genommen werden. Fremden Zugang hatten wir nirgend, weil in den böhmischen Grenzorten ebenso hohe, wenn nicht gar höhere Löhne gezahlt werden wie hier und weil infolge der beruflichen Jostpolitik überall eine lebhaft Bauwirtschaft war.

Die Ober-Lausitz — der östliche Teil des Königreichs Sachsen — und Niederschlesien bilden den Gau Westl. Im sächsischen Bezirk dieses Gebietes haben wir Bitterau, Kötzsch und Wagnen an bedeutenderen Orten. In Bitterau sind die Konjunktur gleich bei Eintritt der günstigen Winterung gut an und hielt sich so den ganzen Sommer, bis in den Oktober hinein, dann erst trat ein kleiner Niedgang ein. Es war besonders der Wohnungsbau, der die Bauwirtschaft verursachte. Ein Bedarf dafür war vorhanden, denn obwohl die Häuser von Spekulantern gekauft wurden, wurden sie doch sehr oft gleich verkauft, teils oder sofort vermiert. Ein ähnlichen Grad erreichte die Konjunktur in den Industriestädten Reichenau, Großschönau, Eichenauersdorf, Reichfeld und Orlitz. In diesen Orten trugen Erweiterungen indu-

Dortmund, Friß-Essen, Platte-Hagen i. W., Franke-Winkler; b) Arbeiter: Gaeleiter Werner-Saderborn, Rahl-Dortmund, Janzen-Düffeldorf, Ahrens-Düffeldorf, Koch-Bochum. Als unparteiische Mitglieder: Hüttendirektor Riabitz-Essen, Arbeiterdirektor Klotz-Essen, und Stadtsekretär Grebe als Protokollführer. Außerdem Bauunternehmer Dicksch-Öerne, Geschäftsführer Schmidt-Essen, Bauunternehmer Marsch-Nilpe, Weichaupt-Altenbörde, Pöster-Letmathe, Gewerkschaftsbeamte Bendler-Öerne, Peters-Dortmund.

Der Antrag der Schlichtungskommission Letmathe um Erteilung der Genehmigung der Erhöhung des Stundenlohnes der Maurer und Zimmerer auf 50 S und der Bauhilfsarbeiter auf 40 S für die Zeit bis zum Ablauf der Vertragsdauer wird angenommen. Zu der Mitteilung eines Urteils des Gewerbegerichts Essen wird von dem Urteile Kenntnis genommen. Das Einigungsamt teilt die Auffassung des Vorsitzenden, daß bei der eintägigen Kündigung der Sonntag nicht eingerechnet werden könne, da sonst die eintägige Kündigungsfrist für beide Teile wertlos sei, wenn am Sonnabend von einem Teile von dem Kündigungsrecht Gebrauch gemacht würde.

Zu der Mitteilung eines Urteils des Gewerbegerichts Bochum (in Sachen Ray ca. Feldsch) ist das Einigungsamt nicht der in dem Urteile vertretenen Ansicht, daß der Kollektivvertrag nur dann Gültigkeit für Angehörige des Arbeitgeberbundes und der Arbeitnehmerverbände hat, wenn zwischen dem Arbeitgeber und Arbeiter, nichts Besondere verabredet worden ist.

Dem Antrage auf Einbeziehung des Zimmergewerbes in Schwelm und Milpe in den Kollektivvertrag vom 31. August 1905 wird stattgegeben. Die Beschäftigung darüber, was für Arbeiten unter Wasserarbeiten zu verstehen sind, wird mit Stimmenmehrheit von der Tagesordnung abgelehnt. Desgleichen die Beschäftigung darüber, was für Arbeiten als schwierige Arbeiten zu gelten haben.

Die Streitfrage Krüper und Strauß ca. Gödel und Viebur wird zur nochmaligen Verhandlung an die Schlichtungskommission in Bochum mit dem Ersuchen zurückgewiesen, innerhalb 8 Tagen erneut über sie zu verhandeln und zu entscheiden. Es ist festzustellen, ob der Bau nach Lage der örtlichen Verhältnisse auf normale Art und Weise zum Abbruch gelangen konnte. War dies möglich, dann kann der Abbruch als schwierige Arbeit im Sinne des letzten Absatzes des § 4 des abgeschlossenen Kollektivvertrages nicht angesehen werden. Das Einigungsamt sieht in der Höhe (1/2 Stod) des zum Abbruch gelangten Baues kein Verbot, um die Abbrucharbeiten als schwierige Arbeiten zu bezeichnen.

Desweiteren handelt es sich um eine Entscheidung darüber, ob nach dem abgeschlossenen Kollektivvertrag für die Kündigungsfrist der Betriebs- des Unternehmers oder die Baustelle maßgebend ist. Es wird beschlossen: Im vorliegenden Falle ist die Baustelle für die Kündigungsfrist maßgebend, da Klager nach den vorliegenden Akten ausdrücklich für eine Arbeit außerhalb des Betriebszweiges des Unternehmers angenommen ist. Prinzipiell besteht das Einigungsamt: Wird ein Arbeiter am Betriebszweige des Unternehmers für eine auswärtige Arbeit angenommen, sind die vertraglichen Vereinbarungen des Lohnbezirks der betreffenden Baustelle maßgebend, vorausgesetzt, daß der Arbeiter besonders darauf hingewiesen wird, daß er für eine auswärtige Baustelle angenommen ist.

Dann kamen drei Fälle zur Sprache, wo die tarifmäßige Arbeitszeit nicht eingehalten wurde. Die Sachen sind wie gewöhnlich „verjährt“, weshalb man es mit einer Besprechung besenden läßt. Dann folgt die Besprechung der Sperre über die Firma G. Dicksch in Herne. Die Angelegenheit hinsichtlich der Sperre wird als erledigt betrachtet. Die Streitfrage Lohner und Genossen wird eingehend behandelt. Es wird mitgeteilt, daß Adam das Gewerbegericht angerufen und von diesem mit seinem erhobenen Ansprüche abgewiesen sei. Nur durch eidliche Genehmigung kann in der Angelegenheit der beiden anderen Kläger Arbeit geschehen werden. Das Einigungsamt beschließt, keine Entscheidung zu fällen. Die Entscheidung darüber, ob der Abschlag auf der Baustelle zu zahlen oder ob er auf dem Bureau in Empfang zu nehmen ist, lautet: nach § 8 Absatz 2 des abgeschlossenen Kollektivvertrages vorgezeichneten normalen Zahlungsbedingungen sind auf der Baustelle auszusahlen, wie es dem Sinne des Vertrages entspricht.

Bei kleineren Arbeiten ist auch der Abschlag während der Arbeitszeit von der Geschäftsstelle abzugeben, wie dies auch für die Lohnzahlung im Vertrage vorgeesehen ist. Als letzter Punkt folgt die Besprechung über die Erneuerung des Vertrages.

Der Vorsitzende teilt mit, daß dieser Punkt der Tagesordnung durch die Kündigung des Kollektivvertrages vom 31. August 1905 unter gleichzeitiger Ueberführung eines neuen Vertragsentwurfes an die Zentralorganisationen seitens des Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe in den rheinisch-westfälischen Industriegebieten beantwortet sei. Die anderen Parteien erklären ebenfalls ihre grundsätzliche Geneigtheit zum Abschluß eines Vertrages. Auf Anfrage des Herrn Klotz-Essen erklärt Herr Friß-Essen ferner, daß der Arbeitgeberbund der Auffassung sei, die etwa erforderliche Verhandlung unter Vorbehalt eines Unparteiischen zu führen. Es würden aber in den nächsten Tagen erst einen Beschluß hierüber fassen lassen und diesen auch dem Vorsitzenden des gegenwärtigen Einigungsamtes mitteilen. (Die Unternehmer haben inzwischen erklärt, daß sie bereit sind, in Essen unter dem Vorbehalt des Herrn Dr. Wiebelsch zu verhandeln. Die Redaktion.) Der Vorsitzende erklärt, eine Uebersichtskarte über den von dem Arbeitgeberbunde in Aussicht genommenen Geltungsbereich des neuen Vertrages mit Einzeichnung der vom Arbeitgeberbund vorgezeichneten Lohnsätze für die Verhandlungen anfertigen zu lassen. Hierauf wurde die Sitzung um 7 Uhr abends vom Vorsitzenden geschlossen.

2. Söhren in einem Zweiberein zehn und mehr Mitgesellener dem Verbands als Mitglieder an, dann ist für diese eine Sektion unter dem Namen: „Sektion der Mitgesellener“ zu errichten, der sich alle in der Mitgesellenerbranche beschäftigten Mitglieder anzuschließen haben.

3. Zur Leitung der Sektion ist ein Vorstand (Sektionsvorstand), bestehend aus fünf Personen, zu wählen, und zwar: ein erster und zweiter Vorsitzender, ein erster und zweiter Kassierer und ein Protokollführer. Außerdem sind drei Mitglieder zu bestimmen, denen die Revision der Kassen- und Buchführung obliegt. Die Wahl des Vorstandes und der Revisoren erfolgt in einer Sektionsversammlung. Wählbar ist jedes Mitglied des Verbandes.

4. Die Sektionen entscheiden selbstständig in allen Fragen der inneren Verwaltung, mit Ausnahme der Kollportage des Grundsteins und der Einziehung der Beiträge. Sie sind ferner zuständig innerhalb ihres Gebietes und für ihren Beruf in Fragen der Agitation und für die Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen. Diese Fragen sollen, aber nur in engerer Fühlung mit der Zweigvereinsleitung und unter Beobachtung der hierfür maßgebenden Bestimmungen des Statuts usw. erledigt werden.

5. Zur Verrichtung besonderer Berufsaufgaben sind in Zwischenräumen von zwei zu zwei Jahren Mitgesellener-Konferenzen statt. Die Einberufung erfolgt durch den Verbandsvorstand; die Kosten werden aus der Hauptkasse gedeckt.

Die Konferenzen bestehen aus Delegierten der Sektionen. Sektionen mit 100 bis 200 Mitgliedern wählen einen und Sektionen mit mehr als 200 Mitgliedern zwei Delegierte. Aus den Sektionen mit weniger als 100 Mitgliedern werden Wahlabschnitte gebildet, die in der Regel nicht aus mehr als 100 Mitgliedern bestehen sollen. Die Wahl selbst erfolgt auf Grund des für die Wahl der Verbandsstabsdelegierten maßgebenden Wahlreglements.

6. Für die Delegiertenwahlen zu den Verbandstagen werden aus den Sektionen der Mitgesellener besondere Wahlabschnitte gebildet.

7. Alle die Berufsgruppe der Mitgesellener betreffenden Angelegenheiten werden im „Grundstein“ unter einer besonderen Rubrik mit dem Namen „Mitgesellener“ veröffentlicht.

8. Im übrigen gelten die durch diese Bestimmungen nicht modifizierten Satzungen (Statut, Streitreglement etc.) des Verbandes.

Ueber die Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen wurden folgende Grundzüge aufgestellt:

1. Die am 30. und 31. Dezember 1907 in Hamburg tagende erste Konferenz der 3 nuralverband der Markter Deutschlands organisieren die Mitgesellener und Bauunternehmer hat es nicht für angebracht, Beschlüsse über die Lohnbewegung zu fassen, die darauf hinauslaufen, bestimmte Arbeitsbedingungen für große Bezirke oder das ganze Reich festzusetzen bzw. zu propagieren. Es kann vorläufig nur die Aufgabe der Mitgesellener sein, in ihren jeweiligen Bezirken die Lohn- und Arbeitsbedingungen möglichst einheitlich zu regeln und darüber zu wachen, daß diese Bedingungen strikte eingehalten werden von jedem einzelnen, der sich als Angehöriger der Gattung beizählen will, möge er einem Bezirke angehört haben, welchem er zuzählt. Vorbedingungen einer Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen sind:

1. Aufstellung und Durchführung einer getragenen Arbeitszeit (Wagen, Pausen, Schlaf), Ueberstunden und Sonntagsgarantie sind streng zu meiden, da wirtschaftliche Notwendigkeit im Mitgesellener und Bauunternehmer äußert selten vorkommt und somit die Ueberarbeit der Wohnhäuser Tür und Tor öffnet.

2. Aufstellung und Durchführung eines einheitlichen Mindest-Stundenlohnes an Geldlohn und Vereinsorte selbst, sowie Festlegung von Zuschlägen (Spezial, Fahrgeld) für Orte der Umgegend oder entferntere Orte, sofern dort keine Mitgesellenerorganisation besteht. Klage der Arbeiter in dem Bereich eines anderen Vertragsgebietes, so ist der weitgehendste Tarif der beiden in Frage kommenden Orte maßgebend.

3. Sofern Affordarbeit unumgänglich ist, muß möglichst für alle vorkommenden Arbeiten ein Mindestpreiszertifikat aufgestellt werden, das bei Affordabläufen in jedem Falle unterzuziehen werden, darf. Bei Affordarbeit muß der bei Tagelohnarbeit vereinbarte übliche Wochen- bzw. Stundenlohn als Mindestwert garantiert sein und, wenn nicht ausdrücklich abgerechnet wird, als Abzugslohn ausgerechnet werden.

4. Die Zubereitung und Herbeischaffung des Materials an die Verwendungsstelle hat durch Hilfsarbeiter zu erfolgen. Der Lohn der Hilfsarbeiter darf in dem Affordpreis der Anseher und Leger nicht enthalten sein. Selbstverständliche Voraussetzung ist, daß bezüglich der Verkürzung der Arbeitszeit und der Behandlung der Affordfrage die Grundzüge des Verbandes auch für die Mitgesellener-Sektionen gelten und daß sie an die Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen nur in enger Verbindung mit dem Zweigverein des betreffenden Ortes und unter Beachtung aller statutarischen Bestimmungen herantreten können.

Die Konferenz ersucht jedoch den Verbandsvorstand, sein ganz besonderes Augenmerk darauf zu richten und den organisieren Mitgesellenern behilflich zu sein, daß die anarischen Zustände im Mitgesellenergewerbe, die sich vielfach auf dem Gebiete des Bauarbeiterbewusstseins zeigen, beseitigt werden.

Weitergehende Wünsche, deren Erfüllung zum Teil im Widerspruch mit dem Verbandsstatut zu stehen hätte, müssen vorläufig zurückgestellt werden. Der Verbandsvorstand verspricht, dahin wirken zu wollen, daß alle berechtigten Wünsche der Sektionen vom nächsten Verbandstag herabgehört werden. Mit einem dreifachen Hoch auf die Maurerorganisation wurde die Konferenz geschlossen.

Sitzung des Einigungsamtes für das rheinisch-westfälische Carlisgebiet am 17. Dezember 1907.

(Auszug aus dem Protokoll) Anwesend waren: Beigeordneter Dr. Wiebelsch als Vorsitzender; von den Parteien a) Unternehmer: Verbandsdirektor Schmiedehaus-Essen, Baunternehmer Schulte-



stricker Anlagen (Textilindustrie und Braunkohlenbergbau) sehr zur Belebung des Baumarcktes bei. Von einer Gebirgsamität war hier nichts zu hören. Der Widrigkeit im Oktober dürfte einfach auf die Höhe des Bauens zurückzuführen sein. In Oberfranken dürfte die gute Konjunktur besonders auf den Wohnungsbau, der jedoch ausschließlich Auftragsarbeiten brachte, doch auch hier behandelte ein Teil der Arbeiten in Erweiterungsarbeiten für industrielle Werke. In Neugersdorf war die Konjunktur zuerst sehr matt, weil die Tarifverhandlungen nicht recht vom Fleck wollten, sie besserte sich aber zusehends und erreichte im Sommer einen hohen Stand. Der Zuzug von Arbeitskräften für die Textilindustrie hatte einen solchen Wohnungsmangel hervorgerufen, daß er trotz der regen Bautätigkeit auch jetzt noch nicht ganz beseitigt ist. In dem Gebiet von Gerrensitz-Neuengersdorf war die Bautätigkeit auch gut; hier war der Bedarf der Landwirtschaft zu decken, daneben wurden noch einige industrielle Anlagen erweitert bzw. neu ausgeführt. In Böhmen und Ungarn konnte man über die Lage ebenfalls nicht sagen. In der Stadt gab die Industrie, auf dem Lande die Landwirtschaft reichliche Arbeitsgelegenheit. In Böhmen war die Lage sehr gut. Besonders florirte der Bau von Wohnungen, der meistens im Auftrage von Bauherren erfolgte. Daneben war eine Kaserne zu bauen. Die gute Konjunktur hielt an. Im Lande gab es hier nicht viel zu tun; die Landwirtschaft hielt ihren Bedarf schon im vorigen Jahre gedeckt.

Gegenüber diesem Bilde lebhafter Bautätigkeit fällt Opatowitz hart ab. Zwar fing die Arbeit im Frühjahr zunächst gut an, ließ aber gegen Pfingsten stark nach — wozu wohl die Wahrscheinlichkeit eines Streiks viel beitrug — und blieb dann schlecht bis zum Jahresabschluss, obwohl die Gefahr eines Streiks nicht mehr vorhanden war. Zuzugewandten waren eben die Störungen auf dem Geldmarkte eingetreten. Baubedarf ist wohl vorhanden, denn es fehlt an kleineren und mittleren Wohnungen, aber dazu gibt es kein Geld. Was gebaut wurde, waren besonders Erweiterungs- und Neubauten für Industrie und Verkehr. In der Umgebung war gleichfalls nicht viel zu tun. In den vorwiegend ländlichen Kreisen Rottenburg und Hohenberg war gute Arbeitsgelegenheit, besonders in und um Wernsdorf und Miesitz; die meiste Arbeit kamte von der Landwirtschaft. Aber auch die Eisenbahnbauten gaben vielen Bauarbeitern Beschäftigung. In Weiskammer war die Lage erst schlecht, von Pfingsten an besserte sie sich und konnte im Sommer als gut angesehen werden. Die Ursache der Besserung war das erwachende Baubedarf der Industrie. Obwohl ein Bedürfnis nach Wohnungen vorhanden ist, werden doch wenig gebaut; es scheint, als ob die Grundbesitzer dies hintertrieben, um die Mietpreise hochhalten zu können. In Walska dagegen, und besonders in der Umgebung, war durch das Wachstum der Industrie ein starkes Bedürfnis nach neuen Wohnungen entstanden, was eine das ganze Jahr anhaltende gute Konjunktur zur Folge hatte.

In Sagan fing die Bautätigkeit früh und gut an. Sie wurde zwar durch den schließlichen Streik unterbrochen, erreichte aber nach dessen Ablauf wieder den alten Stand und blieb bis zum Eintritt des Frostwetters gut. Abgesehen von einem Fabrikneubau handelte es sich um Wohnungsbauten. Die ebenfalls gute Konjunktur in den Industriekreisen Gohrau, Prießitz, Frelenwaldau und Wieslau war dem Aufschwunge der dortigen Textil-, Möbel- und Keramikkonjunktur zu danken, der einen Wohnungsmangel hervorgerufen hatte. In Spretau war die Bautätigkeit mittelmäßig, im Landegebiet bis zur Ernte gut. Dagegen hatten die im Kreise liegenden Industriekreise Primmnitz, Kosenau, Groß-Sulau und Malsitz durch den stillen Geschäftsgang der dortigen Säbenerwerke eine gute Konjunktur aufzuweisen. In Freystadt und Umgebung war die Lage vom März an bis zum Eintritt des Frostwetters gut. In der Stadt handelte es sich um Wohnungen für Private und die Eisenbahn, auf dem Lande um landwirtschaftliche Gebäude. In Grünberg hielt die gute Konjunktur nur bis zum Oktober an, industrielle Anlagen waren im ganzen härker beteiligt als der Wohnungsbau. In Neufals genügte die Bautätigkeit, nur in den Monaten August und September flochte es einmal. Es handelte sich um Fabrikbauten und den Bahnbau Neufals-Wollstein. Im Landegebiet war nicht viel zu tun. In Slogau war die Bautätigkeit zunächst gut, brach dann aber im Mai ab und konnte sich auch später nicht wieder wesentlich erholen; das Geld war inzwischen zu teuer geworden. Im Landegebiet wurde auch nur wenig gebaut und im September war es dort völlig vorbei. In Löben brachten herkömmliche Bauten und der Bau einer Kirche gute Arbeitsgelegenheit, die aber im September nachließ. Die Arbeiten für die Landwirtschaft enden mit Beginn der Ernte.

In Wiegitz war die Konjunktur zuerst außerordentlich gut. Vom Ende Juli an flaute sie jedoch mehr und mehr ab und Ende Oktober war sie ganz schlecht. Es handelte sich um Wohnungsbauten. Die Ursache des Niederganges ist der schlechte Stand des Geldmarktes; bei den Banken ist kein Geld unter 10 pZt. zu haben und Private geben überhaupt keins her. In Saganau wurde vom Anfang des Jahres bis zum Schlusse fast gebaut, auf dem Lande war aber auch hier nicht viel zu tun, weil die meisten Bedürfnisse schon im vorigen Jahre befriedigt wurden. In Wunzlau war nur der Anfang der Bautätigkeit gut; im Juli trat ein Rückschlag ein, der bis in den Herbst hinein andauerte. Im Landegebiet war die Konjunktur besser. In Lauban mußten viele Wohnungen gebaut werden; es war darum alles voll beschäftigt. Im Landegebiet war die Bautätigkeit nur gering. Nur Marklitz machte in diesem Kreise eine Ausnahme, weil dort die Talperrne manche Arbeit brachte. Schlecht war die Lage während des ganzen Jahres in Löwenberg, aber das Landgebiet brachte etwas mehr Arbeit. In Goldberg war, in der Stadt und im Landegebiet bis in den Herbst hinein eine gute Bautätigkeit; es handelte sich besonders um Wohnbauten. In Sauer stellte die Stadt Gelder zum Bau von kleinen Wohnungen zur Verfügung; bei dem herrschenden Mangel daran blieb die Konjunktur andauernd gut. Anders aber in Prießitzberg und Cunnersdorf, wo die Bautätigkeit erst spät begann und dann rasch abfiel. Wangeberg konnten 9 pZt. In den ländlichen Teilen dieser Gegend wurde zwar mehr gebaut, aber mit der Ernte war auch hier Schluss. Die Schreibersau, Hermsdorf und Warmbunn erfahren durch den steigenden Fremdenverkehr etwas Belebung. Ähnliche Ursachen wirkten auch bei der guten Konjunktur in Schmalzberg mit, wo jedoch auch die industriellen Werke manche Arbeit brachten.

Das mittlere Schlesien bildet den Gau Breslau. In der schlesischen Hauptstadt Breslau war die Arbeitsgelegenheit für alle bausehndigen Arbeiter sehr schlecht. Schon der Anfang der Bautätigkeit war matt, sie blieb es während des ganzen Jahres. Während des ganzen Sommers mußten zahlreiche Kollegen in der Provinz arbeiten und doch waren durchgehends gegen 200 arbeitslos. Die Hauptursache bildet die Geldknappheit, die sich in jedem Brennpunkt des gewerblichen und kommerziellen Lebens schwer fühlbar macht, als in den kleineren Orten. Für Breslau kommt aber noch die Überfüllung des Wohnungsmarktes hinzu. Gegenwärtig stehen gegen 8000 Wohnungen leer. Für die Verdrängung der Baukonjunktur einige Zahlen als Beleg: Im Jahre 1906 waren, von den Monatsziffern den Durchschnitte genommen, 328 Wohnbaubauten im Betrieb, im Jahre 1907 nur 220. Angefangen wurden Neubauten von Wohnhäusern 1906 im Januar 51, im April 45, im Juni 45, im August 36, im September 26. Bei dieser Geldknappheit ist es für Breslau nur natürlich, daß sich auch die Mitgliederzahl unseres Zweigvereins um rund 300 vermindert hat. Ebenso sank nach der Geschäfts-gang im Waldenburger Kohlenrevier. In den letzten allgemeinen Natur kam hier noch hinzu, daß viele Bergleute nach Westfalen ausgewandert sind, wodurch ein Ueberschuß an Wohnungen entstand, der jetzt freilich durch den Zuzug freier Arbeitskräfte wieder ausgeglichen sein dürfte. Seit d. 1. Ende November, ist sowohl in Waldenburg wie in Breslau alles voll beschäftigt, was wir darauf zurückzuführen, daß man noch vor dem Ablauf der Verträge, im nächsten Frühjahr möglichst viel Arbeit fertig haben will. In der Oberberstadt Angersbela war die Lage ebenfalls recht unbefriedigend. Dem Ueberschuß bedarf der Industrie liegt der Mangel an geeigneten Wasserkräften entgegen. Aus der bauchichtigsten Talperrne ist es noch nicht geworden, weil die technischen Schwierigkeiten noch nicht völlig überwunden sind. Gleichfalls ungenügende Arbeitsgelegenheit hatten die Orte Felsenberg, Frankstadt, Gottesberg, Hundsfeld, Reisse, Weiden und Strehlen. Hier liegt die Schuld an dem Ueberschuß an leerstehenden Wohnungen.

In allen anderen Zweigvereinen war die Lage des Arbeitsmarktes befriedigend. In Brieg, Oppeln, Striegau, Ostrow, Neumarkt und Landshut reichten die Arbeitskräfte nicht aus. In diesen, wie überhaupt in den vorwiegend ländlichen Gebieten, sind auch die Aussichten für das nächste Jahr günstig. Die Zahl der Mitglieder im Gau hat sich zwar um 1100 vermehrt, das ist jedoch die Folge der betriebenen Agitation und nicht der Konjunktur.

Im Gau Oberschlesien berühren sich die Extreme; landschaftliches Hinterwäldertum und hochentwickelter Großindustrialsmus sind in ihm vertreten. Die Organisation ist dort erst im Werden begriffen. Infolge dessen fehlt auch noch der vollständige Uebersicht über den Arbeitsmarkt. Im allgemeinen Industriegebiet: Weußen, Kattowitz, Gleiwitz und Kniaß hatte die Geschäftsfrage sehr schwankend. In Weußen setzte die Bautätigkeit gleich im Frühjahr recht lebhaft ein und blieb auch gut bis zum Herbst. Anders jedoch in Kattowitz, Gleiwitz und Kniaß. Dort war der Anfang matt, im Sommer kam ein kleiner Aufschwung, der aber im Herbst wieder nachließ. Im allgemeinen war die Konjunktur in den Städten schlecht; in Kattowitz gerieten sieben Vaugeschäfte in Konkurs. Gut war die Konjunktur dagegen in den hochentwickelten industriellen Landkreisen Weußen, Gleiwitz, Kattowitz, Zabrze und im Stadtkreise Myslowitz. Hier wurden große Anlagen, Erweiterungs- und Wohnbaubauten vorgenommen, so daß während des ganzen Jahres Nachfrage nach Arbeitskräften war. In den Kreisen Kattowitz, Rybnik, Miesitz und Larnowitz ist die Industrie im Entstehen begriffen. Hier herrschte eine mittelmäßige Bautätigkeit, die keine größeren Schwankungen aufwies. Von den ländlichen Kreisen zeichneten sich Kosel und Neustadt durch eine sehr gute Konjunktur aus; in den anderen gab es nicht viel zu tun. In den gesamten Bauobjekten, deren Zahl mit 1252 festgesetzt wurde, waren die Gemeinden mit 98, der Staat mit 86, die industriellen Betriebe mit 95 beteiligt, wobei unberücksichtigt ist, inwiefern diese etwa an der Herstellung von Wohnungen usw. beteiligt waren.

Um die durch die geographische Lage gebotene Reihenfolge beizubehalten, wenden wir uns zu dem dem Gau Berlin zugehörigen südlichen Teil der Provinz Posen. Hier war die Konjunktur auf dem Lande und in den Kleinstädten gut, teilweise sogar besser als im vorigen Jahre.

Anders dagegen in der Stadt Posen. Der Septemberbericht des Statistischen Amtes der Stadt sagt hierüber: Die private Bautätigkeit war wegen der schwierigen Verhältnisse auf dem Geldmarkte verhältnismäßig schwach, wenn auch etwas stärker als im vorletzten Quartal. Die Zahl der Vaugesuche, die in der gleichen Zeit des Vorjahres 453 betragen hatte, stellte sich in der Berichtszeit auf 333. In der ganzen Stadt wurden 86 Neubauten abgenommen, gegen 81 im Vorjahre und 98 im vorangegangenen Vierteljahr. Im Wohngebäude wurden in der Berichtszeit 48 errichtet gegen 34 in der gleichen Zeit des Vorjahres. Die Zahl der errichteten Wohnungen beträgt 208 gegen 617 in der entsprechenden Zeit des Vorjahres. Nimmt man die Zahl der Wohnungen als Maßstab, so ist in die Augen springend, daß die Zahl der Arbeitsplätze nie mangelnd ist. Hier hat nicht nur die Zahl der Bauten, sondern in viel größerem Umfange die Größe der Bauten eine Abnahme erfahren. Hält die Spannung des Geldmarktes weiter so an, so dürfte für das nächste Jahr wenig errentliche Aussicht vorhanden sein.

In den letzten Jahren ist in Posen die Bautätigkeit durch eine Reihe großer staatlicher Bauten günstig beeinflusst worden. Diese gehen aber jetzt fast zur Reize; in Aussicht steht nur noch das Stadthaus. Die geplanten Kasernenbauten in Posen, Weußen und Schrimmen sind infolge Geldmangels im Reichs-lackel auf Jahre zurückgestellt.

In Wirschau wurde eine Dampfmaschine errichtet, auf dem Lande eine größere Anzahl Wohn- und Wirtschaftsgebäude. Dann befanden sich zwei Bahntrecken in Bau: Wirschau-Samer und Wirschau-Weußen. Die einheimischen Arbeitskräfte reichten nicht aus. Filchner hatte eine sehr gute Konjunktur durch den Bau einer Doppelschleife und einer Anzahl Industriebauten, von denen auch Garmkau profitierte. Durch die auf dem Kreuzungspunkte der Elbahn in Kreuz errichteten Wohnungen für Waldarbeiter wurde die Konjunktur noch besonders günstig beeinflusst. Die Lokomotive Samers-Wirschau und Wirschau hatten nur geringe Beschäftigung, also gegen das

Vorjahr einen bedeutenden Rückgang. Die überschüssigen Arbeitskräfte fanden aber in den ländlichen Distrikten zwischen Posen und der russischen Grenze Beschäftigung. Dagegen war der Beschäftigungsgrad in den Bezirken Komar, Magonin und Wonschowitz sehr gut. Die Ursache war der Bau einer Zweigbahn, die die drei Orte verbindet, dann eine große private Bautätigkeit, ein Seminar in Wonschowitz und erhebliche Aufstellungsbauten im ganzen Bezirk. Für das nächste Jahr stehen mehrere Schulhäuser in Aussicht. In Posen war die Beschäftigung leblich. Sie erstreckte sich fast nur auf die ländlichen Pflanzungen und gestattete Unternehmern, die Leiter unserer Organisation zu entbehren, so daß sich diese das ganze Jahr in der Fremde Arbeit suchen mußten. In Wollstein, Grätz, Schmiegel und Schrimm war durch den Bau eines Seminars (in Wollstein), durch bahnhafte Aufstellungsbauten sehr gute Arbeitsgelegenheit, ebenso in Schneidemühl durch den Bau von Wohnungen für Eisenbahnvermittlungsarbeiter. Seit Oktober herrscht aber hier starke Arbeitsamkeit. In Schönau ist erforderlich aufstehende Holzindustrie immer mehr Fabrikanlagen und Wohnungen. In Weußen war bis in den Spätherbst hinaus die Nachfrage nach Mauern sehr stark. Im ganzen Distrikt war das ganze Jahr ein Mangel an Arbeitskräften vorhanden; die Ursachen bestanden in der regen Bautätigkeit auf den Gütern, in vielen Aufstellungsbauten und mehreren Bahnbauten.

Der Gau Danzig berichtet über die Provinzen Ost- und Westpreußen, den nördlichen Teil der Provinz Posen und die pommerischen Kreise Wollow, Landsberg und Stolp. In Posen war die Bautätigkeit im Sommer befriedigend, wurde aber im September so schlecht, daß die Zahl der beschäftigten Maurer von 450 auf 100 sank. Die Arbeitslosigkeit wurde dadurch bedingt, daß die überschüssigen Arbeitskräfte in den ländlichen Gebieten unterkommen konnten, wo die Arbeitsgelegenheit sehr gut war. Von Danzig wird über eine gute Bautätigkeit berichtet. Während des Sommers war zeitweilig erge Nachfrage nach Mauern, so daß eine ziemlich Anzahl Berliner Kollegen untergebracht werden konnten. Im September kam der Aufschwung; es trat eine ganz erhebliche Verminderung der Arbeitslosigkeit ein. Der Zustand wurde dadurch verschleiert, daß auch in Zoppot die Bautätigkeit einfiel, von wo nur die Arbeitskräfte nach Danzig kamen und so das Ueberangebot noch vergrößerten. In der pommerischen Provinzialstadt neben der privaten auch die kommunale und staatliche Bautätigkeit großen Anteil. Es wurden ein Volksschule, zwei Schulen, ein großes Krankenhaus und das Justizgebäude angefangen, die zusammen einen Aufwand von über 12 Millionen erfordern. Da an der beiden letztgenannten Bauobjekten auch noch 1908/09 gearbeitet werden wird, so ist für Danzig, vorausgesetzt, daß die private Bautätigkeit nicht einfiel, auch für die folgenden Zeiten ein befriedigender Arbeitsmarkt zu erwarten. Der Jahreslohn für Baugewerke betrug 11 pZt. In Kniaßberg war die Konjunktur während des ganzen Sommers schlecht. Die Gründe dafür haben wir erst in Nr. 44, Jahrgang 1907 des „Grundstein“ mitgeteilt. Außerordentlich viel wurde in Graudenz gebaut, und zwar waren es außer zwei Kaserne vornehmlich Privatbauten. Zur Zeit der höchsten Entlastung sind gegen 500 Maurer beschäftigt gewesen, während sonst in gewöhnlichen Zeiten 250 bis 300 dort arbeiten. Anfang Oktober kam auch hier der Rückschlag, und zwar so stark, daß eine starke Arbeitslosigkeit eintrat; es ist auch nicht wieder besser geworden. Man muß auch wohl dies der Geldknappheit aufrechnen. In Thorn, wo der Zentralbahnhof nach Moser verlegt wird, schickte es den ganzen Sommer hindurch nicht an Arbeitsgelegenheit, und da es sich meistens um Staatsgebäude handelte, machte sich die Krise auch nicht so bemerkbar als in den vorher genannten Orten. Die Eisenbahnbauten Marienwerder, Posen, Posen und Posen, deren Trace zum größten Teil durch niedrige Gelände geht, erfordert große und viele kleine Werke, unter anderem eine große Weichselbrücke und viele kleine Brücken, Durchlässe und Ueberführungen, so daß eine große Anzahl Maurer den ganzen Sommer hindurch an diesen Bauten beschäftigt wurden. Dies befreite den Arbeitsmarkt in den Kleinstädten und Dörfern nicht nur für Maurer, sondern auch für Bauarbeiter ganz gewaltig und sehr langer Zeit ist die Nachfrage nach Bauhandwerkern in diesen Bezirken nicht so groß gewesen als in diesem Sommer. Auch in der maritimen Gegend, in Ostpreußen, wurde außerordentlich viel gebaut. In Malschwitz wurden in der Saisonkonjunktur 300 Maurer beschäftigt, 120 davon waren Italiener. Wie normaler Bautätigkeit werden höchstens 80 Maurer gebraucht. In Schneidemühl und Posen und den noch kleineren Orten war es ähnlich, so wie in Landsberg. In diesem Bezirk waren es besonders Kaserne, Krankenhaus, Schlachthaus, Schulen und Sanalationen, die die große Nachfrage nach Mauern hervorbrachten. Auch in Tilsit und Memel wurde tüchtig gebaut. In Tilsit wurden im Sommer gegen 500 Maurer beschäftigt; eine Zahl, die sonst selten erreicht wird. Hier waren es industrielle Anlagen (Holzindustrie), wodurch der Arbeitsmarkt so günstig beeinflusst wurde. Bis Mitte Oktober war die Baukonjunktur im ganzen Gau bis auf einige Ausnahmen gut zu nennen. Durch den hohen Zinssatz änderte sich dann das Bild. Statt der Nachfrage nach Arbeitskräften trat in den meisten Orten eine Arbeitslosigkeit ein, die durch den frühen Einzug des Winters ganz bedeutend verschärft wurde, so daß die Existenzverhältnisse für den Bauhandwerker trotz des guten Sommers seit Ende Oktober sehr gedrückt sind.

**Anfälle, Arbeiterschutz, Subventionen etc.**

Kollegen! Unterlaßt nie, von Unfällen, Vorkommnissen, überhaupt von allen wichtigen Vorkommnissen auf den Bauteilnehmern einen wichtigen Bericht an Euer Fachblatt zu senden.

Ein schwerer Unglücksfall, beim wieder ein junges Menschenleben zum Opfer fiel, ereignete sich am 28. Dezember auf einem Neubau der Grube „Marien-Gilde“ bei Wrißl. Hier fiel plötzlich ein Binder von etwa 35 Zentner Gewicht, der mit einem Stahlseil circa 10 m hoch gezogen war, herunter. Hierdurch wurde ein 19jähriger Schlosser aus Oberschlesien, der die Sturzbreite geteilt, eine Kette war gerissen. Dieser Unfall hätte vermieden werden können, wenn der Aufzug, wie es die Vorschrift fordert, weit genug von der Unterbreitstelle entfernt gewesen wäre. Die Eisenkonstruktion wies von der Höhe



Maschinenfabrik in Ebn-Ehrenfeld ausgeführt. Nachdem das Angeld gegeben war, wurde das Kabel weiter hinausgelegt. Wenn das Kabel erübrigt ist...

Zur Santhabung des Bauarbeiterchutes in Preußen. Die preussischen Minister der öffentlichen Arbeiten für Handel und Gewerbe und des Innern haben am 17. Juli 1907 an die verschiedenen Regierungspräsidenten nachstehenden Rund-erlass, betreffend Grundzüge für Polizeiverordnungen über die Arbeiterfürsorge auf Bauten...

Die Regierungspräsidenten werden ersucht, das Erforderliche zu veranlassen und darauf hinzuwirken, daß der Erlass neuer und die Abänderung der bestehenden Verordnungen — soweit die letzteren nicht weitergehende Vorschriften enthalten — sämtlich in Anwendung an die erweiterten Grundzüge erfolgt.

Um in übiger die Durchführung einer geordneten Fürsorge für die Bauarbeiter nach Möglichkeit sicherzustellen und eine Gewähr dafür zu erhalten, daß die beteiligten Behörden schon bei der Prüfung der Baueilanträge die Fürsorge für die Gesundheit der Bauarbeiter noch nicht vergessen, möglichst bald entsprechende Polizeiverordnungen erlassen werden.

Als solche Fragen werden beispielsweise in Betracht kommen: 1. Wieviel Arbeiter werden voraussichtlich dauernd auf dem Bau beschäftigt sein? 2. Ist die Bereitstellung eines besonderen Unterkunftsraumes (Wohnbau) notwendig? (Gegebenenfalls ist im Anschluß auf die bestehenden Vorschriften zu verweisen oder aber die Anlage eines ausreißend großen, allseitig umschlossenen, hellen und luftreichen Unterkunftsraumes besonders zu fordern.) 3. Wie die Wasserversorgung sich voraussichtlich bis in die kälteste Jahreszeit ausdehnen und wird behandelnfalls für genügende Erwärmung des Unterkunftsraumes Sorge getragen? (Verweisung auf Vorschriften oder besondere Anordnung.) 4. Werden die Arbeiter auf der Baustelle die Möglichkeit haben, Speisen und Getränke zu erwärmen? (Verweisung auf Vorschriften oder besondere Anordnung.) 5. In welcher Weise soll für die notwendigen Bedürfnisanstalten gesorgt werden? (Verweisung auf die Vorschriften oder besondere Anordnung.)

Die Veranwortung dieser Fragen, die je nach Lage der Verhältnisse mehr oder weniger ausführlich zu lassen sind, soll nur für die größeren Bauten in Betracht kommen. Welche Bauten als „größere“ in diesem Sinne anzusehen sind, wird von dem Wortlaut der Polizeiverordnungen oder der Polizeiverordnungen über die Arbeiterfürsorge abhängig und bleibt im übrigen zunächst der Bestimmung der Regierungspräsidenten überlassen, die über ihre Anordnungen und den Erlass nach Ablauf von zwei Jahren Bericht erstatten sollen.

Diese erweiterten „Grundzüge“ haben folgenden Wortlaut:

1. Die Bestimmungen unter Ziffer 2 bis 6 finden Anwendung:

- a) bei Hochbauten, wenn einschließlich der Poliere und Bedienung mehr als zehn Personen zur Zeit der Hochbauausführung gleichzeitig auf dem Bau beschäftigt sind; während der Hochbauausführung vorübergehend beschäftigte Arbeiter, wie Zimmerleute und Stäfer, werden nicht in diese Zahl eingerechnet;
b) bei Tiefbauten, welche von Unternehmern ausgeführt werden, wenn an einer bestimmten Stelle des Baues mehr als zehn Personen länger als eine Woche gleichzeitig beschäftigt sind. (Nach Lage der örtlichen Verhältnisse kann auch bereits für weniger als zehn dauernd beschäftigte Personen die Herstellung von Unterkunftsräumen und Aborten gefordert werden.)

2. Zur Benutzung während der Arbeitspausen und bei unglücklicher Witterung, sowie zur Aufbewahrung von Kleider, Lebensmitteln und Schutzeinrichtungen für die an Bauten beschäftigten Arbeiter ein alleseitig dicht umschlossener, mit Fenstern genügend versehener, luftbarer Unterkunftsraum geschaffen werden, der im Mittel mindestens 2,20 m hoch sein muß und dessen Grundfläche demnach zu bemessen ist, daß auf jeden am Bau dauernd beschäftigten Arbeiter (Ziffer 1) eine Fläche von mindestens 0,75 qm entfällt. Der Unterkunftsraum muß mit festem Dielenfußboden versehen und in der kältesten Jahreszeit heizbar sein. Für die dauernd beschäftigten Arbeiter sind in den Unterkunfts-räumen Sitzplätze zur Verfügung zu stellen. Auch muß ihnen auf der Baustelle die Möglichkeit gegeben sein, Speisen und Getränke zu erwärmen. Baumaterialien irgendwelcher Art dürfen in den Unterkunftsräumen nicht gelagert werden.

Bei Tiefbauten müssen die Räume so belegen sein, daß der Beschäftigte sofort eines jeden Arbeiters von der Unterkunftsstätte der Regel nach höchstens 750 m entfernt ist.

Für schwimmende Unterkunftsräume findet die Vorschrift über die notwendige Lichte Höhe keine Anwendung.

3. Bei Bauausführungen (vgl. Ziffer 1) müssen für die Arbeiter Aborte in solcher Anzahl vorhanden sein, daß ein Sitz (Wille) für höchstens 25 Personen dient. Zwischen mehreren Sitzen sind Scheidewände anzubringen. Für am Bau beschäftigte Frauen sind besondere Bedürfnisanstalten zu errichten.

Die Aborte müssen möglichst entlegen von den Unterkunftsräumen (Ziffer 2), der Regel nach mindestens 6 m

abon entfernt, aufgestellt werden; sie müssen genügend hell und derart eingerichtet sein, daß von außen nicht hineingesehen werden kann. Erforderlichenfalls sind vor den Türen Blenden anzubringen. Die Aborte dürfen keine durchlässigen Gruben erhalten. Sie sind entweder an eine öffentliche Entwässerungsanlage vorrichtungsmäßig anzuschließen oder es müssen nachsichtige Kammern, welche nach Bedarf fortzuschaffen und durch Leere, mittels Kalkanstrichs desinfizierte Löcher zu versehen sind, aufgestellt werden. Die Kammern sind durch Sitz- und Stößeltrier zu versehen. Bei freier, von Wohngebäuden entfernter Lage der Baustellen kann die Herstellung einer Erdgrube gestattet werden.

4. Bei den für Arbeiter bestimmten Aborten ist ein Pissoir anzulegen. Außerdem ist in jedem Geschosse der Bauausführung ein Urmeinerer aufzustellen.

5. Die Unterkunftsräume und Aborte sind stets in reinlichem Zustande zu erhalten. Die Urmeinerer und Behälter für die Pissoirs sind nach Bedarf, mindestens täglich, zu entleeren. Die Aborte und Pissoirs sind nach Erfordernis zu desinfizieren.

6. Auf jeder Baustelle ist gutes Trinkwasser bereit zu halten.

7. Vom 1. November bis 1. April dürfen Stuckateure, Maler, Putzer- und Klopferarbeiten in Neubauten nur dann ausgeführt werden, wenn die Räume, in denen gearbeitet wird, durch Türen und Fenster verschlossen sind.

Die nur vorläufige Anbringung derartiger Verschlässe ist für genügend zu erachten.

8. In Räumen, in denen offene Koksfeuer ohne Aufsicht der entsprechenden Gabe brennen, darf nicht gearbeitet werden. Solche Räume sind gegen andere, in denen gearbeitet wird, dicht abzuschießen. Sie dürfen nur vorübergehend von den die Koksforde beaufschlagenden Personen betreten werden.

Zum Bauarbeiterchut in Hessen. Dem jetzt tagenden heilischen Landtag wurde in der „Chonrede“ angedeutet, daß die Regierung eine Vorlage über den Bauarbeiterchut vorbereitet. Im Frühjahr vorigen Jahres hatte der Minister des Innern diese Antündigung wiederholt, dabei aber erklärt, ein bestimmter Zeitpunkt für die Einbringung der Gesetzesvorlage könne nicht angegeben werden. Nunmehr liegt nach einer Mitteilung der „Frankfurter Neue Nachrichten“ ein ausführlicher Bericht des zuständigen Ausschusses der Zweiten Ständekammer vor, der die alsbaldige Vorlage eines diesbezüglichen Gesetzesentwurfes fordert. Der Bericht erkennt dabei an, daß eine ridsgezügliche Regelung des Bauarbeiterchutes wohl am erstrebenswerten wäre, scheint aber vom Reich auf diesem Gebiete ebensowenig zu erhoffen, wie er mit dem zutreiben ist, was die Gemeinden auf Grund der ihnen in der heilischen allgemeinen Bauordnung gegebenen Möglichkeit bisher für den Bauarbeiterchut getan haben. Hervorgehoben zu werden verdient auf der Hinweis des Berichtes auf die allerdings schon vor einigen Jahren öffentlich erfolgte Feststellung des Ministers des Innern, daß die Zahl der Reklamationen beim Reichsgericht in der hiesigen hiesigen Baugewerkschaft zur richtigen Lebenshaltung der Unfallverhütungsvorschriften völlig unzureichend ist. Noch wichtiger als der Ertrag besonderer Bauarbeiterchutbestimmungen erscheint dem Kammerausschuß deren wirksame Durchführung durch sachverständige Kräfte; er schlägt vor, die Baukontrolle der Gewerkschaften anzugliedern, in die sie sich am geeignetsten einfüge, da sie den staatlichen Bauoberbehörden wohl schon im wesentlichen übertragen werden könnte, weil diese selbst Bauten ausführen und sich doch nicht selbst überpassen könnten. Dann müßte allerdings auch die Gewerbe-Inspektion bedeutend reformiert werden.

Nachwehen vom Hausseinsitz in Nagold. Gegen die Stabgenossen Nagold hat die württembergische Baugewerkschaft in Nagold angeklagt, bei dem, wie erinnerlich, der „Gahhof zum Hirs“ zusammengefaßt war und etwa 100 Personen teils getötet, teils verletzt wurden. Die Klage ist erhoben worden, weil nach Ansicht der Baugewerkschaft die Stabgenossen die Stabgenossen Nagold die Anordnung gewisser Sicherheitsvorschriften unterlassen hatte. Die dritte Zivilkammer des Stuttgarter Landgerichts hat Beweisbefugnis durch Vernehmung von Zeugen und Sachverständigen gestiftet.

Wie Techniker bezahlt werden. Einen schönen Beitrag zum Lenz der Techniker lieferte neulich das aufstrebende Industrieblättchen „Röhren“ am Main. Dort lüch der Stadtmagistrat für das Bauwesen der Gemeinde einen gelehrten Maurer mit Fachschulbildung, also einen Techniker, als städtischen Bauführer zu engagieren. Die Bedingungen, unter denen diese Stelle besetzt werden soll, liefern einen Beweis, wie wenig die Behörden oft befähigt sind, den Wert der technischen Arbeit zu würdigen. In der amtlichen Bekanntmachung, die zum Eintritt in dieses Erordro auffordert, heißt es: „Der Bewerber muß gesund, kräftig und energisch sein, Kenntnisse im Baufache, im Planzeichnen, in schriftlichen und zeichnerischen Arbeiten und hauptsächlich im Tiefbau zu besitzen und im stande sein, die Kontrolle über Privatbauausführungen auszuüben. Gelehrter Maurer, welcher eine Fachschule besucht hat, wird unter Umständen bevorzugt. Die mit der Stelle verbundenen Bezüge bestehen in einem Jahresgehalt von M. 1000 und in dem Genusse einer freien Wohnung im Bauhofe, einschließlich freier Beheizung und Beleuchtung.“ M. 1000 im Jahre, das sind M. 83,33 im Monat! Was da der Städtische, der diese Stelle erhält, in der Zeit der teuren Lebensmittel auf die Dauer nicht genug kräftig und energisch bleiben? Wieviel der „Beamt“ von diesem „fürstlichen“ Gehalt in die städtische Pensionstasse zu zahlen hat und ob er damit nicht auch noch eine Familie ernähren darf, ist aus der Bekanntmachung nicht ersichtlich. Die Stadt-Röhren möge ihren Nachwächter, oder Polizeibeamter zum Bauführer machen, wenn sie technische Arbeit und technisches Wissen und Können nicht zu bewerten weiß.

Aus anderen Berufen.

Die Unternehmer in der Holzindustrie scheinen mit den Unternehmern des Baugewerbes gemeinsame Sache machen zu wollen, wie aus folgender Kundgebung in der Zeitung der Holzindustriellen und Tischlermeister hervorgeht:

Nachdem sich die vom 9. bis 11. Dezember d. J. in Berlin verammelt gewesenen Vertreter der hiesigen Bezirksverbände, deren Verträge im Laufe dieses Jahres ihr Ende finden, hatten abzugeben müssen, daß der Holzarbeiterverband nicht gesonnen ist, bei niedrigeren Konjunkturlage entgegennehmend seine Ansprüche bei Abschluß neuer Verträge in maßigen Grenzen zu halten, und nachdem die hier geführten Verhandlungen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmern der Bezirksverbände in Stuttgart, Eberfeld, Osnabrück und Ludwigsfelde ergebnislos verlaufen waren, ist es zur Abmilderung der Verträge in nachstehenden Städten gekommen:

Cassel, Chemnitz, Darmstadt, Delmold, Eisenach, Eberfeld, Götting, Gießen, Hork i. d. R., Frankfurt a. M., Hamburg, Herford, Jena, Ludwigsfelde, Magdeburg, Mühlhausen, Neunhäuser, Osnabrück, Posen, Potsdam, Stuttgart, Wiesbaden und Zwickau. Die einheitliche Kündigung aller am 1. April 1908 ablaufenden Verträge machte sich schon aus dem Grunde notwendig, weil mit Sicherheit zu erwarten war, daß der Holzarbeiterverband in der Hälfte der oben benannten Städte seinerseits kündigen und die zweite Hälfte der Verträge um ein Jahr rückwirkend verlängern würde, um die Arbeitgeber getrennt zu schlagen.

Um diese für die Arbeitgeber drohende Gefahr zu verhüten, wurde am 11. Dezember von den Vertretern der Verbände einstimmig die Kündigung der Verträge beschlossen. Die Verträge von Stuttgart und Osnabrück sind am 31. Dezember 1907 bereits abgelaufen, der Vertrag von Ludwigsfelde läuft am 31. Januar d. J. und der von Eberfeld am 28. Februar d. J. ab. Die Verhandlungen in Stuttgart sind vorläufig gescheitert, beim der Lokalvorstand des dortigen Holzarbeiterverbandes hat das an anderer Stelle dieses Blattes zum Abdruck gebrachte Entgegenkommen der Arbeitgeber als nicht geeignet für eine Arbeitervereinbarung abgelehnt.

Ob die beiderseitigen Zentralverbände, wie verabredet, am 24. d. M. in Leipzig zusammentreten, soll davon abhängig gemacht werden, ob in Stuttgart weiter gearbeitet oder gestreikt wird.

Legitimationsausperrung am Niederrhein. In der Grefelder Legitimationsurkunde ist es noch vor Weihnachten zu einer Ausperrung großer Giffs gekommen. Seit einigen Wochen befinden sich die Eisenhüttenwerke in einer Lohobewegung. Sie forderten eine Lohobewegung von 10 pZt. Als diese von den Fabrikanten unter Hinweis auf die Auslandskonturrenz und die mindere Leistungsfähigkeit (1) der Grefelder Arbeiter abgelehnt wurde, reichten die Arbeiter in vier Betrieben am 8. Dezember die Kündigung ein. Die Fabrikanten antworteten am 6. Dezember mit der Ausperrung von circa 2000 Arbeitern in Grefeld; ferner wurde den Arbeitern in Hils, Mors, Wieren, Kempen, Sechsbach, Burgwaldsch, Anrath, Lobberich, Wassenburg und Alstydt gefündigt. Da bis zum 21. Dezember eine Beilegung der Differenzen nicht erfolgt war, trat auch in diesen Orten die Ausperrung in Kraft, so daß insgesamt circa 11000 bis 18000 Arbeiter ausgeperrt sind. Außer dem Legitimationsverband ist der anarchosozialistische und der christliche Verband an dem Kampfe beteiligt. Die Verbandsvertreter haben alles versucht, den Kampf zu vermeiden, durch die strikt ablehnende und probierende Haltung der Unternehmer sind die Arbeiter bereit-erbittert, daß sie den Rat der Verbandsvertreter, den Kampf zur Zeit aufzugeben, nicht beachteten.

Die gewerkschaftlichen Kämpfe im Jahre 1906. Die Generalkommission berichtete im Bericht über die Streiks im Jahre 1906. Datten die Ausperrungen schon im Jahre 1905 eine ganz bedeutende Ausdehnung angenommen, so spielten sie im Jahre 1906 eine noch bedeutendere Rolle im wirtschaftlichen Kampf. Die Zahl der Ausperrungen steigt nicht nur relativ von Jahr zu Jahr, sondern nimmt auch absolut zu im Verhältnis zu den Lohnkämpfen überhaupt. Die Ausperrungen erhöhen auch die Ausgaben der Gewerkschaften in hohem Maße; für Streiks und Ausperrungen gaben die gesamten Gewerkschaften 1905 bereits M. 10.933.721, im Jahre 1906 aber M. 13.297.862 aus, das heißt im Durchschnitt kamen 1905 auf jeden Streikenden und Ausperrten M. 21,52, im Jahre 1906 aber M. 42,08. Von den 16 Jahren 1890 bis 1906, für welche statistische Nachweise über Zahl und Umfang der Streiks und Ausperrungen vorliegen, weist das Jahr 1906 die höchste Zahl der Lohnkämpfe auf. In derselben Zeit betrug die Rollen allein für Ausperrungen M. 14.268.869, das sind 33,7 pZt. der Ausgaben überhaupt, die von den Gewerkschaften in diesem Zeitraum für Lohnkämpfe ausgegeben wurden. Das ist im Grunde der Hauptgrund und der hauptsächlichste Erfolg, den die Unternehmer durch die Ausperrungen erzielen, daß sie den Gewerkschaften ungeheure Opfer auferlegen. Die Ausperrungen wurden 1906 mit besonderer Ausdehnung geführt. Der den Arbeitern durch Ausperrung verursachte Verlust an Arbeitszeit und Arbeitsverdienst wurde 1905 und 1906 für die Ausperrten folgendermaßen:

Der gefante Verlust an Arbeitszeit betrug 1905 1.797.256 Arbeitstage, 1906 aber 2.320.069 Arbeitstage. Während 1905 im Durchschnitt auf einen Ausperrten 13 verlorenen Arbeitstage kamen, beträgt im Jahre 1906 der Verlust für den einzelnen Ausperrten 26 Tage, also das Doppelte. In demselben Zahlenverhältnis stehen die Ausgaben für Ausperrten zueinander. 1905 wurden für jeden Ausperrten nur M. 29,18, 1906 bereits M. 66,90 von den Gesamtausgaben aufgewendet. Von den einzelnen Betrieben steht das Baugewerbe mit 1387 Lohnkämpfen und fast 100000 Beteiligten an erster Stelle. Nach der Zahl der Lohnkämpfe folgt dann mit 711 die Holzindustrie und an dritter Stelle rangiert mit 437 Lohnkämpfen die Metallindustrie. In der Holzindustrie wurden 60,5 pZt. der Kämpfe, im Baugewerbe 65,9 pZt. erfolgreich durchgeführt. Die prozentual günstigen Erfolge erzielen aber die Organisationen im Bergsgewerbe. Von 204 Lohnkämpfern endeten 146, das sind 71,1 pZt., mit Erfolg.

Polizei und Gerichte.

Verurteilung des Kollegen Kessel in Nachen. Am 20. Dezember hand der Kollege Kessel, der der Strafkammer in Nachen, um sich wegen Verletzung der Arbeitswilligen zu verurteilen. Er soll gesagt haben: „Es ist besser, Ihr geht gutwillig mit, als wenn wir Euch mit Gewalt herunterschleppen müssen.“ Er sollte hierfür auf eine Woche ins G. Dem Staatsanwalt, der diese Strafe beantragt hatte, fiel es wohl nachher ein, daß sieben Tage eigentlich noch etwas wenig sei, er legte gegen das Urteil, das er selbst beantragt hatte, Verzeihung ein. Nun lautet die Strafkammer auf vierzehn Tage Gefängnis. Die Verurteilung wurde jedoch verworfen, es bleibt



bei der einen Woche. Interessant ist die Begründung des Urteils. Der Verteidiger wies darauf hin, daß eigentlich der § 240 des Strafgesetzbuches und nicht der § 153 der Gewerbeordnung anzuwenden sei. Der § 73 des Strafgesetzbuches bestimmt, daß derjenige Paragraph anzuwenden ist, der die höchste Strafe vorbestimmt. § 240 sieht nur eine Strafe bis zu einem Jahre; aber auch Geldstrafe vor, während § 153 nur eine Gefängnisstrafe bis zu drei Monaten auspricht. Der Verteidiger führte nun aus, daß wohl eine Verdrängung vorliege, aber keine mit einem Verbrechen oder Vergehen, es könne daher keine Anwendung finden. Hätte der Arbeiter also etwas mehr gebrocht, vielleicht mit einer Mißhandlung, dann wäre vielleicht die Möglichkeit gewesen, daß er mit einer Geldstrafe hätte davon kommen können. Von Rechts wegen!

**Eingegangene Schriften.**

Die „**Neue Zeit**“, Nr. 14. Verlag von Paul Singer in Stuttgart. Mit der vorliegenden Nummer feiert die „Neue Zeit“ die 25. Wiederkehr ihres Geburtsstages, der auf den 1. Januar 1883 fällt. Die Jubiläumnummer macht einen fastlichen Eindruck, da ihr Inhalt weitestgehend erweitert worden ist. Aus dem Inhalt des Hauptblattes haben wir hervor: Eine Schwaibe ohne Ende. — Die Novelle zur Gewerbeordnung. Von Hermann Matfenbühr. — Jules Guesde und die französische Arbeiterbewegung. Von Ch. Mappoport (Paris). I. — Eine Umwälzung der Kriegstechnik. Von Hermann Wendel. — Die Privatangelegenheiten und die staatliche Versicherung. Von Paul Lange (Hamburg). — Literarische Rundschau: Das Büdgerweib und die Kultur. Von G. Diez. — Eduard Bernstein, Ignaz Auer. Von F. M. — Das von Franz Mehring redigierte Feuilleton der „Neuen Zeit“ enthält: Fiktes Neben an die deutsche Nation. Von F. Mehring. Eine literarische Umfrage. Von G. Strobel. Die Utopie eines Fabrics. Von C. Korn. — Väterlichkeit: Otto Julius Bierbaum, Prinz Rudolph. Von G. Wendel. F. M. Dehiojowski, Die Dämonen. Von C. Korn. — Giosius Carducci, Ausgewählte Gedichte. — Vom Bildungsausschuss: Jugendliteratur und Sozialdemokratie. Wissenschaftliche Wanderkurse. — Jose Wälder: Fiktes über den heutigen Abzantismus. Aus Lichtenbergs Maximen.

Für neuzutretende Leser bemerken wir, daß das erste Quartal im neuen Jahre am 4. Januar mit Nr. 14 der „Neuen Zeit“ beginnt.

Der Abonnementpreis bleibt unverändert.

Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kolporteurs zum Preise von M. 3.25 pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abonniert werden. Das einzelne Heft kostet 25 ¢.

Preisnummern stehen jederzeit zur Verfügung.

Die „**Gleichheit**“, Beilage für die Interessen der Arbeiterinnen (Stuttgart, Verlag von Paul Singer), Nr. 1 des 18. Jahrgangs. Die „Gleichheit“ erscheint alle 14 Tage einmal. Preis der Nummer 10 ¢, durch die Post bezogen beträgt der Abonnementpreis vierteljährlich ohne Postgebühren 55 ¢; unter Freisendung 85 ¢. Jahresabonnement M. 2.00.

Der „**Wahre Jacob**“, Nr. 1 des 26. Jahrgangs. Aus ihrem Inhalt erwähnen wir die farbigen Bilder „Glockenliebhaft“ und „Die Bronchusen“, sowie die weiteren Illustrationen „Birkus Wälder“, „Neujahrsbegrüßung“, „Stimmelsbeobachtung in der Silberwälder“, „Der betriebl. Wälder“, „Des Holzfällers Heimkehr“, „Ein Neujahrsgrüßwort“, „Wandbisfont 75 Prozent“, „Jahresüberblick für 1907“, „Erntelicherung“, „Silvester bei Satans“, „Der wahre Zustand der russischen Selbstverwaltung“, „Eintausch“ und „Schmerzhaftes Erkenntnis“. Der Preis der 16 Seiten starken Nummer ist 10 ¢.

**Briefkasten.**

Bei **Veranstaltungsberichten der Zahlstellen** ist jedesmal der Zweigverein anzugeben, zu dem die Zahlstelle gehört. Wo das nicht geschieht, können wir die Berichte nicht bringen.

**Veranstaltungsanzeigen** kamen zu spät von Sommerfeld, Hof a. d. S. und Ertigau.

**Schweinitz.** Veranstaltungsbericht abgelehnt; was soll jetzt noch ein Kassenbericht vom dritten Quartal im „Grundstein“? Und etwas anderes von Belang enthält der Bericht nicht.

**Schweffurt, C. K.** Dazu ist der Unternehmer auf keinen Fall berechtigt und jedes Gewerbegericht wird ihm das rechtskräftig befähigen.

**Wraßhof, K.** Es ist durchaus gerechtfertigt, wenn Du den Ertrag des zerrümmerten Karmenbaums durch einen neuen verlangst; mit dem Wälder brauchst Du nicht zufrieden zu sein. Sollte sich der Schädiger Deines Eigentums ganz und gar auf die Hinterbeine setzen, dann wird Dir das Gericht zur Seite stehen.

**Veldang, C.** Wie am Kopfe der Sterbetafel nachzulesen ist, veröffentlichten wir nur Todesfälle, von denen uns in nächster Woche nach erfolgtem Ableben Mitteilung gemacht wird.

**Anzeigen.**

Anzeigen werden nur durch Vermittlung der Zweigvereins- bzw. Zahlstellen- oder Sektionsvorstände angenommen. Geschäftsanzeigen sind ausgeschlossen.

**Liegnitz.**

Die Adresse des neuen Kassierers ist:  
**Ernst Goldmann, Neue Breslauerstr. 55, I. Et.**  
[M. 1,80] Der Vorstand.

**Penig i. S.**

Die Adresse des Kassierers ist jetzt:  
**Richard Dittrich, Schloßstr. 163.**  
[M. 1,80] Der Vertrauensmann.

**Sterbetafel.**

(Unter dieser Rubrik veröffentlichten wir alle Todesfälle der Verbände, mitgeteilt, von denen uns innerhalb einer Woche nach erfolgtem Ableben Mitteilung gemacht wird. Die Liste folgt S. 4.)

- Anklam.** Am 28. Dezember starb unser Kollege **Karl Strecek** aus Leopoldshagen in der Klinik zu Greifswald an Wintergrippe.
- Berlin.** Am 31. Dezember starb der Kollege **Gottfried Möbius** im Alter von 61 Jahren an Schlaganfall.
- Bielefeld.** Am 29. Dezember starb beim Militär der Kollege **Wilh. Hansmann** im Alter von 29 Jahren an Milzbrandvergiftung.
- Borna.** Am 29. Dezember starb unser Kollege **Max Sappe** in Neufährten im Alter von 33 Jahren an Gehirnentzündung.
- Cöln.** Am 28. Dezember starb das Mitglied **Clemens Franken** aus Kerpen im Alter von 44 Jahren an der Prostataentzündung.
- Elbing.** Am 28. Dezember starb unser Kollege **Joh. Wandt** an Lungentuberkulose.
- Erfurter.** Am 2. Januar starb unser Kollege **Herm. Zeidler** im Alter von 52 Jahren an Brustfellentzündung.
- Kaufbeuren.** Am 30. Dezember starb nach kurzem Leiden unser Verbandskollege **Stefan Fiederling** im Alter von 61 Jahren an Lungentuberkulose.
- Lein.** Am 2. Januar starb nach kurzem Leiden unser treuer Verbandskollege **Otto Walkov** im Alter von 30 Jahren an Gehirnentzündung.
- Magdeburg.** Seehausen. Am 24. Dezember starb unser treuer Mitglied **Heinrich Brösling** im Alter von 54 Jahren. — So heil'ig die Erde. Am 25. Dezember starb unser Ehrenmitglied **Friedr. Kühne** im Alter von 60 Jahren an Herzschwäche.
- Nürnberg-Gürth.** Am 4. Januar starb unser Verbandskollege **Mich. Zerle** im Alter von 51 Jahren an Herzschlag.
- Oels i. Schl.** Am 25. Dezember starb plötzlich unser treuer Kollege **Ernst Gotta** im Alter von 84 Jahren an Lungenentzündung.
- Perleberg.** Am 31. Dezember starb unser treues Mitglied und Hilfskassierer, Kollege **Heinr. Golz**, im Alter von 39 Jahren an Schlaganfall.
- Porzheim.** Am 26. Dezember starb an den Folgen einer Blutvergiftung unser treuer Verbandskollege **Christian Kraus**, Kassierer der Bahnhofs-Kleinbahn, im Alter von 33 Jahren.
- Praun i. B.** Am 24. Dezember starb plötzlich unser treuer Kollege **Jacob Casali** im Alter von 32 Jahren.
- Reinerdorf.** Am 31. Dezember starb unser Verbandskollege **Heinrich Ernst Lorenz** im Alter von 68 Jahren an Lungenentzündung.
- Seehausen.** Am 24. Dezember 1907 starb nach langem Leiden unser treuer Verbandsmitglied **Heinrich Brösling** im Alter von 54 Jahren an Magenkrebs.
- Suttgart.** Am 3. Januar starb nach langem Leiden unser Kollege **Friedrich Schaller** in Neuhäuser im Alter von 39 Jahren. — Am 4. Januar starb unser Vertrauensmann Kollege **Eberhard Bracker** in Densdorf im Alter von 27 Jahren an Milzbrandvergiftung durch Unglücksfall.
- Swinemünde.** Am 29. Dezember starb unser treuer Verbandskollege **Karl Schmidt** aus Ulfsted im Alter von 36 Jahren an Lungenleiden.
- Waldheim.** Am 4. Januar starb unser Verbandskollege **Ernst Kiessling** im Alter von 24 Jahren.
- Weida.** Am 6. Januar starb unser treuer Kollege **Richard Helmert** im Alter von 26 Jahren seinem Leben selbst ein Ziel.

Leben ihrem Andenken!

**Landsberg a. d. W.**

Die Adresse des ersten Kassierers ist jetzt:  
**Paul Bötter, Seinersdorferstr. 60.**  
[M. 1,80] Der Vorstand.

**Zweigverein Driesen.**

**Sonnabend, den 18. Januar, abends 7 Uhr:**  
**Wintervergnügen**  
im Lokale des Herrn Buchholz, Rittergutsgarten, bestehend in Konzert, Theater, Forträgen und Ball.  
Alle Kollegen von Driesen und den angrenzenden Zweigvereinen sind mit ihren Familien freundlich eingeladen.  
[M. 3,00] Der Vorstand.

Öffentliche Sitzung des kgl. Schöffengerichts Stuttgart-Stadt am 17. Dezember 1907.

**In der Privatklagefache**

des Johannes Bailer, Maurer in Stuttgart, Schloßstr. 19, Privatklägers, gegen den Kaufherrn Heinrich Bücheler, Angeklagten wegen Verleumdung, erschienen bei Anruf der Sache:  
1. der Privatkläger mit Rechtsanwält Dr. Kallmann, legitimiert durch Vollmacht (Anlage 2 der Akten),  
2. der Angeklagte mit Rechtsanwält Dr. Wolf, legitimiert durch Vollmacht (Anlage 11 der Akten).

Zwischen den Parteien kam sofort folgender Vergleich zu Stande: Der Angeklagte nimmt die dem Gegenstand der Privatklage stiftenden Verurteilungen mit dem Ausdruck des Bedauerns zurück und verpflichtet sich, sämtliche Kosten zu tragen. Der Privatkläger hat, das Recht, diesen Vergleich einmal auf Kosten des Beklagten in dem Wäurerfachblatt „Grundstein“ veröffentlichten zu lassen.  
Hierauf nimmt der Privatkläger die Privatklage zurück.  
Vorgelesen und genehmigt.  
Zur Urkunde [M. 6,90]

Vorsitzender: Hermann. Gerichtsschreiber: Alexander Tschöcher.

**Erklärung.**

(Nach Vereinbarung vor dem Schiedsgericht.)  
Ich Unterzeichneter nehme hiermit die gemachte Verurteilung an.  
„In der am 1. Oktober stattgefundenen Plattenleger-Versammlung ist vom Zweigvereinsvorsitzenden in Stuttgart, ein gefälschter Bericht gegeben worden.“  
als un wahr mit dem Ausdruck des Bedauerns zurück.  
Stuttgart, den 16. Dezember 1907.  
[M. 3,30] **Paul Mittag**, Plattenleger.

**Veranstaltungs-Anzeiger.**

Die Verbandskollegen werden dringend gebeten, alle Veranstaltungen zu besuchen.

**Verbandsversammlungen der Maurer.**

- Sonntag, den 12. Januar.**
- Altenburg.** Nachm. 2 1/2 Uhr Generalversammlung im „Schwarzen Adler“, Schloßstr. 10. Wichtige Tagesordnung.
- Blitterfeld.** Nachm. 3 1/2 Uhr im „Hohes Joch“. T. D.: Jahresbericht, Preisrechnung zum Sonntag nach Leipzig.
- Brieg.** Nachm. 2 Uhr Generalversammlung bei Herrn Dauter. T. D.: Abrechnung, Vorstandswahl und Bericht über die Tarifverhandlungen, Verschiedenes.
- Colditz.** Nachm. 2 1/2 Uhr Generalversammlung im „Gambirius“.
- Croppenstedt.** Nachm. 3 1/2 Uhr bei H. Witte, „Der grünen Eiche“. T. D.: Jahresbericht, Vorstandswahl.
- Günnersdorf.** Nachm. 3 Uhr Generalversammlung in der „Auberschen“. T. D.: Jahresabrechnung und Vorstandswahl.
- Frankenhausen (Kylln).** Nachm. 3 Uhr im „Barbarosagarten“.
- Gräfenh. Bei Ahlens.** Mitgliederabend mitbringen.
- Nebra.** Nachm. 2 1/2 Uhr im „Waldhaus zur Burg“.
- Schmiedeburg i. R.** T. D.: Jahresbericht, Vorstandswahl, Verschiedenes.
- Seesen.** Im Vereinslokal. Die Ortsföhrer werden ersucht, das Besondere nachzugehen. Referent ist anzugeben.
- Werdau.** Nachmitt. 3 1/2 Uhr Generalversammlung in der „Feuerlunge“. T. D.: Bericht.

**Dienstag, den 14. Januar.**

- Berlin.** (Badenianer) Abends 8 Uhr bei Becker, Weberstr. 17. T. D.: Unter Stellung zum Reich.
- Hamburg.** Cementierer und Kupferarbeiter. Abends 8 Uhr im Gewerkschaftshaus.
- Liegnitz.** Abends 6 Uhr im Gewerkschaftshaus.

**Donnerstag, den 16. Januar.**

- Berlin-Steglitz.** Abends 8 Uhr bei Schlegel. T. D.: Vortrag des Kollegen Jante. Renwalt des Vorstandes.

**Sonntag, den 18. Januar.**

- Aken.** Abends 8 1/2 Uhr.
- Bunzlau.** Nachm. 4 1/2 Uhr in der „Königinn“, Schloßstr. 10. T. D.: Abrechnung vom vierten Quartal, Vorstandswahl, Vortrag des Kollegen Kämpfe, Verschiedenes.
- Solltau.** Abends 7 1/2 Uhr. T. D.: Jahresabrechnung.

**Sonntag, den 19. Januar.**

- Allstedt.** Nachm. 1 Uhr im Verbandslokal. T. D.: Rechnungslegung, Vorstandswahl.
- Belgern.** Nachm. 3 Uhr bei Bräutigam.
- Fürstenwalde.** Nachm. 10 Uhr in der „Hilfbarmanie“, Schloßstr. 10. T. D.: Quartals- und Jahresabrechnung, Vorstandswahl und Beschlusstexte, Verschiedenes.
- Langenwetzendorf.** Nachm. 3 Uhr beim Kollegen Knoll.
- Neusalz.** Nachm. 11 Uhr im „Deutscher Kaiser“. T. D.: Abrechnung, Vorstandswahl des Vorstandes.
- Sangerhausen.** Nachm. 2 1/2 Uhr Generalversammlung bei Witte. Renwalt des Vorstandes.
- Spremburg.** Nachm. 3 Uhr Generalversammlung im Vereinslokal. T. D.: Jahresbericht des Vorstandes, 2. Vorstandswahl, 3. Verschiedenes.
- Unterwiesbach.** Nachm. 2 1/2 Uhr in der „Gente“ in Wittenbach. Mitgliederabend mitbringen.
- Velten i. d. M.** Nachm. 2 1/2 Uhr im Vereinslokal. Daran anschließend Krankenschwester-Versammlung. Referent anzugeben.
- Würzburg.** Nachm. 10 Uhr Generalversammlung im „Eberhard“, Sandstr. 11.

**Öffentliche Maurerverammlung.**

**Sonntag, den 12. Januar.**

- Delitzsch.** Nachm. 3 Uhr im „Lindenhof“.

**Zentral-Krankenkasse der Maurer usw.**

**Sonntag, den 12. Januar.**

- Granse.** Nachm. 3 Uhr im Frankfurter Lokale. T. D.: Abrechnung vom vierten Quartal, Vorstandswahl und Verschiedenes. Mitglieder aus den Ortsstellen sind eingeladen.
- Oranienburg.** Nachm. 2 1/2 Uhr im Lokale des Herrn Braun, Kuchentischstr. 48. T. D.: Vorstandswahl und Verschiedenes. Mitglieder sind mitbringen.
- Weissensee.** Nachm. 2 Uhr bei Schöler, Streu- und Friedlichstr. 10. T. D.: Kassenabrechnung, Vorstandswahl, innerer Kassenangelegenheiten.
- Wiesenburg i. d. M.** Nachm. 2 Uhr bei G. Fröhlich. T. D.: Vorstandswahl und Kassenbericht vom vierten Quartal 1907.
- Zehdenick.** Nachm. 3 Uhr Generalversammlung bei C. Buchholz. T. D.: Bericht des Kassierers und Renwalt der örtlichen Verwaltung.

**Dienstag, den 14. Januar.**

- Spandau.** Abends 8 Uhr bei Kunze, Schulhofstr. 88. T. D.: Abrechnung vom vierten Quartal. Nach der örtlichen Verwaltung. Kassenangelegenheiten.

**Sonntag, den 18. Januar.**

- Mahlsdorf.** Abends 8 Uhr bei Schlie, Hauptstr. 10. T. D.: Kassenbericht und Renwalt des Vorstandes.
- Schwerin i. M.** Abends 8 Uhr bei Herrn Dauter, St. Moor. T. D.: Abrechnung vom vierten Quartal, Vorstandswahl, innerer Kassenberichtsbericht.

**Sonntag, den 19. Januar.**

- Danzig.** Nachm. 10 Uhr Generalversammlung bei Herrn Gadowitz, Schloßstr. 6. T. D.: 1. Jahresabrechnung und Jahresbericht, 2. Renwalt des Vorstandes, 3. Verschiedenes.
- Lehnh.** Nachm. 1 Uhr Generalversammlung. T. D.: Vorstandswahl.
- Marientorf-Tempelhof.** Nachm. 9 1/2 Uhr Generalversammlung bei Reichardt. Bericht des Vorstandes und Renwalt besetzen. Verschiedenes.

**Sonntag, den 26. Januar.**

- Reinickendorf.** Nachm. 9 1/2 Uhr bei Knebel, Hauptstr. 10. T. D.: Abrechnung vom vierten Quartal. Renwalt der örtlichen Verwaltung. Verschiedenes.

Druck: Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Mier & Co. in Hamburg.